

DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP
und Eberhard Welty OP

Nr. 3/2009 Juni 63. Jahrgang

Editorial

Wolfgang Ockenfels, Acht Punkte
zu Staat und Markt 162

Norbert Blüm, „Gerechtigkeit“.
Im Andenken an Oswald von Nell-Breuning 164

Helmut Jenkis, Der Wettbewerb –
ein Entdeckungsverfahren? 173

Otto W.B. Schult, Lassen sich Finanzkrisen
vermeiden? 188

Bericht und Gespräch

Ulrich Weisser, Der südliche Krisenbogen 202

Astrid Meyer-Schubert, Zur Islamisierung
Europas 214

Hans-Peter Raddatz, Der islamische Antise-
mitismus. Anmerkungen zu einer Chronik 220

Heinrich Pompey, Spiritualität der Caritas.
Zu einem Buch von Kardinal Cordes 235

Herausgeber:

Institut für
Gesellschaftswissenschaften
Walberberg e.V.

Redaktion:

Wolfgang Ockenfels OP (verantw.)
Wolfgang Hariolf Spindler OP
Bernd Kettern

Redaktionsbeirat:

Stefan Heid
Martin Lohmann
Edgar Nawroth OP
Herbert B. Schmidt
Manfred Spieker
Rüdiger von Voss

Redaktionsassistentz:

Andrea und Hildegard Schramm

Druck und Vertrieb:

Verlag Franz Schmitt, Postf. 1831
53708 Siegburg
Tel.: 02241/64039 – Fax: 53891

Die Neue Ordnung erscheint alle
2 Monate

Bezug direkt vom Institut
oder durch alle Buchhandlungen

Jahresabonnement: 25,- €

Einzelheft 5,- €

zzgl. Versandkosten

ISSN 09 32 – 76 65

Bankverbindungen:

Sparkasse KölnBonn

Konto-Nr.: 11704533

(BLZ 370 501 98)

Postbank Köln

Konto-Nr.: 13104 505

(BLZ 370 100 50)

Anschrift der
Redaktion und des Instituts:

Simrockstr. 19

D-53113 Bonn

Tel.: 0228/21 68 52

Fax: 0228/22 02 44

Unverlangt eingesandte Manuskripte und

Bücher werden nicht zurückgesandt.

Verlag und Redaktion übernehmen keine

Haftung

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck, elektronische oder photome-
chanische Vervielfältigung nur mit

Genehmigung der Redaktion

<http://www.die-neue-ordnung.de>

Editorial

Acht Punkte zu Staat und Markt

1. Zur Abwehr der Finanz- und Wirtschaftskrise werden staatssozialistische Maßnahmen ergriffen, die nicht mehr mit der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar sind. Der Staat beschränkt sich nicht auf eine Rahmenordnungskompetenz, sondern greift durch Verstaatlichung, Vergesellschaftung, industriepolitische Planungsvorgaben, Subventionen, Protektionen oder sonstige Interventionen in wirtschaftliche Belange ein. Dies begründet er mit dem Gemeinwohl, dem er zu dienen hat. Dabei gerät er aber in Konflikt mit dem Subsidiaritätsprinzip und mit der Privateigentumsordnung. Zur Behebung eines allgemein drohenden Notstands kann die kurzfristige *ultima ratio* des Staates die langfristige wirtschaftsethische Rationalität nur vorübergehend ablösen. Es bedarf jedoch ethisch-rechtlicher Entscheidungskriterien, die der staatlichen Willkür Grenzen setzen.

2. In der Hoffnung auf Gewinn müssen Banken und andere Unternehmungen Risiken eingehen. Je mehr sie riskieren, desto höher können ihre Gewinne sein, aber auch die Verluste. Natürlich neigt jeder dazu, den Nutzen zu privatisieren und die Kosten zu sozialisieren. Diese Rechnung kann jedoch nicht aufgehen. Wer ein Risiko eingeht, muß es auch tragen können und für den Verlust haften. Wegen der großen Bedeutung und Verantwortung der Banken für das Geld- und Kreditwesen hat der Staat die ordnungspolitische Aufgabe, wirksame Regeln zur Risikoabschätzung und –haftung aufzustellen sowie für Transparenz zu sorgen.

3. Die Folgen der gegenwärtigen Rettungspolitik werfen ihre Schatten voraus. Die staatlichen Subventionen laufen auf nationalen Protektionismus hinaus, sie wirken sich schädlich auf eine europäische und globale Wirtschaftsordnung aus. Wer für die wachsenden Staatsausgaben die Steuern erhöht, vermindert die Chancen der Bürger, eigenverantwortlich Daseinsvorsorge zu treffen. Andererseits ist es gegenüber den künftigen Generationen nicht zu verantworten, ihnen die Lasten unserer Gegenwart aufzubürden. Die zunehmende Verschuldung des Staates minimiert jedoch seine Handlungsspielräume, weshalb er bereit zu sein scheint, Inflation in Kauf zu nehmen. Diese läuft auf eine ungerechte Enteignung der Bürger hinaus.

4. Weitere Aufgaben machen das Eingreifen des Staates erforderlich, überfordern aber seine finanziellen Möglichkeiten. Zur Abwendung des „Klimawandels“ werden die Ausgaben für den Umweltschutz erheblich ansteigen. Und die Kosten, die uns die demographische Entwicklung auflasten wird, werden von den Sozialversicherungen kaum noch getragen werden können. Schon jetzt sind diese Institutionen, die einmal als Selbstverwaltungskörperschaften subsidiär konzipiert waren, so stark unter die staatliche Vormundschaft geraten, daß man mit ihrer völligen Verstaatlichung rechnen muß.

5. In Zeiten schwindenden Wachstums verschärfen sich die Verteilungskämpfe. Manche warnen schon vor „sozialen Unruhen“ oder drohen sogar damit. Die

Erwartungen an die Problemlösungskompetenz des Staates steigen in dem Maße, wie die Selbstregulierungskräfte des Marktes nachlassen. Werden die Erwartungen an den Staat nicht erfüllt, wird das „Staatsversagen“ zum großen Thema. Somit könnte auch die Demokratie in eine Legitimationskrise geraten. Umso dringender erscheint eine neue Bewährung der Sozialen Marktwirtschaft einschließlich der Sozialpartnerschaft, in der Arbeitgeber und Gewerkschaften nach verantwortlichen Lösungen suchen.

6. Zu Recht wird das kurzfristige Erfolgsdenken beim *shareholder value* und auch bei den erfolgsabhängigen Managergehältern kritisiert. Die Prämierung kurzfristiger Spekulationen ohne gleichzeitige Haftung für die Folgen gilt als verantwortungslos und sollte staatlich eingegrenzt werden. Das kurzfristige Erfolgsdenken beherrscht jedoch nicht nur die Marktwirtschaft, sondern auch die Träger der staatlichen Gewalt. Politiker entscheiden mit Blick auf den nächsten Wahltermin oft nach der Devise „Nach uns die Sintflut“. Die Gemeinwohlverpflichtung des Staates muß mit einer Verantwortung verknüpft sein, die das Ganze in seiner langfristigen Entwicklung in den Blick nimmt. Leider kann man Politiker für ihre meist kurzfristig angelegten Entscheidungen kaum persönlich verantwortlich und haftbar machen. Die „Selbsteilungskräfte“ des Staates scheinen ebenso beschränkt zu sein wie die des Marktes. Darum kommt es jetzt besonders auf die Mobilisierung geistig-moralischer Kräfte in Kirche und Gesellschaft an, die das Gemeinwohl in subsidiärer Weise anstreben.

7. Soziale Marktwirtschaft und Ordnungspolitik müssen heute weltweit eingerichtet werden, um das drohende Chaos abzuwenden und geordnete Verhältnisse zu schaffen, in denen verantwortliches Wirtschaftshandeln überhaupt erst möglich wird. Das Hauptproblem ist die ordnungspolitische Gestaltung der Bedingungen, unter denen die Banken und andere Unternehmen global operieren sollen. Und zwar im Sinne der ökonomischen Effizienz wie auch der moralischen Verantwortung. Dazu gehört auch die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit der armen Länder und ihren Zugang zu den Weltmärkten. Der zunehmende Subventionismus und Protektionismus der entwickelten Länder schwächt die Chancen der armen Länder, vor allem in Afrika.

8. Trotz der uns aufgezwungenen Notmaßnahmen zur Rettung der Finanzwirtschaft geht es langfristig um neue und tragfähige Regeln, die universalisierbar sind und reziprok gelten. Dadurch könnte eine neue Frontenbildung zwischen Krisenverlierern und Krisengewinnern abgewendet werden. Die Weltgemeinschaft, auch wenn sie einmal zu einer rechtsverbindlich verfaßten Wettbewerbsordnung finden sollte, muß jedoch auf einen zentralistischen Weltstaat verzichten. Die Weltwirtschaft bleibt subsidiär aufgegliedert in einzelne Kulturen, Nationen, Staaten und Staatengruppen, die freilich eine Reihe von Souveränitätsansprüchen und Privilegien aufgeben müssen, damit das Ganze gelingen kann. Für ein gemeinsames Wertbewußtsein einzutreten im Dialog mit den Weltreligionen ist eine vorzügliche Friedensaufgabe der Kirche als Weltkirche.

Wolfgang Ockenfels

Norbert Blüm

„Gerechtigkeit“

Im Andenken an Oswald von Nell-Breuning

Gerechtigkeit – ein großes Wort. Es bedeutet mehr, als 13 Buchstaben ausdrücken. Gerechtigkeit ist das Heimweh nach dem verlorenen Paradies und manchmal sogar die Chiffre einer Sehnsucht nach dem erträumten Utopia. Gerechtigkeit jedenfalls ist das Kraftwerk großer geschichtlicher Energien, die selbst etablierte Gesellschaften sprengen. Für „Gerechtigkeit“ haben Menschen ihr Leben eingesetzt und geopfert. Daß zwei mal zwei vier und nicht fünf ist, dafür ist noch kein Mensch gestorben. Mathematische Wahrheiten lassen die Herzen kalt. Für Gerechtigkeit jedoch sind Menschen in den Tod gegangen. Die Idee der Gerechtigkeit ergriff Menschen und ließ sie über sich hinauswachsen.

Gerechtigkeit wohnt immer ein Potential der Transzendenz inne. Die Kämpfe, die in ihrem Namen geführt werden, übersteigen meist die Anlässe, die sie auslösten. Selbst im Kampf gegen Hunger geht es nicht nur um das Sattwerden durch Nahrungsaufnahme, also nicht nur um Kalorien, die gezählt werden können, sondern um eine Vorstellung vom Zusammenleben von Menschen, das mehr ist als eine Zusammenrottung. Es ist ein humanes Spezifikum im Spiel, wenn es um Gerechtigkeit geht. Es ist das Menschenrecht, nicht nur zu leben, sondern anerkannt zu werden als Subjekt von Rechten und Pflichten. Der Aufstand der Hungernden und die Demonstrationen der Armen sind etwas anderes als die Bewegungen von Tierhorden auf der Wassersuche. Eine durstige Kehle und ein leerer Magen tun weh. Noch mehr allerdings schmerzt die Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens, wenn sie mit Verachtung verknüpft ist.

Das elementare Gerechtigkeitsverlangen wird also keineswegs allein durch materiellen Mangel stimuliert. Die Revolte der Unterdrückten wird angetrieben vom Mangel an Achtung und Anerkennung, unter dem die Verachteten und Unterdrückten leiden. Deshalb: die Elementarkunde der Gerechtigkeit beginnt mit der Anerkennung des anderen als anderer. Der Bauer *Kain* hatte die Lektion Anerkennung gegenüber dem Viehhirten *Abel* noch nicht kapiert. Und bis in unsere Tage tun wir uns mit der Toleranz schwer. Toleranz ist noch nicht Gerechtigkeit, jedoch das Propädeutikum der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bezieht sich auf andere. Gerechtigkeit ist immer sozial. „Soziale Gerechtigkeit“ ist also ein „weißer Schimmel“.

Was Gerechtigkeit genau ist, darüber werden Menschen streiten, solange Menschen auf dieser Welt leben. Die klügsten Köpfe sind sich selbst in Jahrtausenden nicht darüber einig geworden, was sie sei. *Platon* dachte darüber anders als *Kant*, und dieser unterschied sich von *Konfuzius* und *Hamurabi*. *Hegel* und *Marx* waren mit keiner dieser Antworten einverstanden und selbst gegensätzlicher Meinung. Der Streit ist offenbar die Begleitkompanie der Gerechtigkeit.

Was allerdings ungerecht ist, darüber können sich die Menschen schneller einigen. Es ist mit der Gerechtigkeit wie mit dem lieben Gott. Die klügsten Theologen aller Religionen können leichter sagen, was Gott nicht ist, als genau zu beschreiben, was oder wer er sei. Ungerechtigkeit schmerzt. Deshalb ist sie schneller und heftiger identifiziert, als die Gerechtigkeit definiert wird; wahrscheinlich auch deshalb, weil ins Moralische nicht nur die Vorschläge der Vernunft, sondern auch die Impulse der Leidenschaften eingehen, die aus Verletzungen des Empfindens gespeist werden. Es gibt Erfahrungen, die auf der ganzen Welt und zu jeder Zeit wehtun. Nicht nur Vernunft ist „universal“, sondern auch Schmerzen sind „global“. Hunger tut immer und überall weh. Die Folter löst in jeder Sprache Schreie aus.

Also fangen wir der Einfachheit halber damit an zu sagen, was Ungerechtigkeit ist. Der Kampf gegen blanke Ungerechtigkeit ist der Anfang vom Einsatz für Gerechtigkeit. Ungerecht ist, daß auf der Welt jeden Tag 30.000 Kinder „verrecken“, weil sie zu wenig zum Essen haben, während andere in Saus und Braus leben. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Darüber muß weder geforscht noch diskutiert werden. Dagegen muß gehandelt werden. Ich brauche keine weiteren UN-Armutsbereiche und selbstreferentielles ILO-Betroffenheitspalaver. Es gibt wahrscheinlich mehr gedruckte ILO-Papiere als ausgebeutete Kinder. Spart Euch eure folgenlosen, hohlen Worte! Es ist alles bekannt, was unbestreitbar ungerecht ist. Ungerecht ist, daß ein Fünftel der Weltbevölkerung von vier Fünftel der Erdengüter leben und vier Fünftel der Menschen von einem Fünftel des Reichtums. Es gibt kein Diagnose-Defizit, sondern einen Mangel an Therapie.

Gleiches und Ungleiches

Vor Gott sind alle Menschen gleich. Das ist der Kern der christlichen Botschaft von dem Menschen als Gottes Ebenbild. Die Gleichheit der Menschen ist die Elementarstufe der Gerechtigkeit. Sie ist identisch mit der Würde des Menschen und setzt mit seiner Existenz ein. Oberhalb der Anerkennung des Existenzrechtes der Menschen, das nicht nur ein biologisches ist, gibt es jedoch gerechtfertigte Unterschiede. Daß die einen mehr haben und die anderen weniger, ist noch nicht ungerecht. Aber warum haben die einen mehr und die anderen weniger? Die „gemachten“ Unterschiede stehen unter Rechtfertigungszwang.

Die Christliche Soziallehre kennt nur zwei Rechtfertigungsgründe für die Besitzergreifung der Güter dieser Welt: Der erste Grund ist die Arbeit und der zweite die Besitzergreifung herrenlosen Gutes. Den zweiten Grund kann man heutzutage vernachlässigen, denn außer ein paar vergessenen Inseln ist auf der Welt alles entdeckt und verteilt. Aber wie ist es mit dem Rest? Ist die Güterverteilung die Frucht der Arbeit? Die 27 Milliardäre, welche zum Beispiel in Rußland über Nacht aus dem Boden geschossen sind, haben ihren Besitz nicht erworben, weil sie mehr gearbeitet hätten oder tüchtiger gewesen wären; etwa indem sie täglich ein paar „Überstunden“ machten. Sie sind auch nicht sparsamer gewesen als diese, indem sie vielleicht abends gar ein Gläschen Wodka weniger getrunken als jene, die nichts haben. Ihren Reichtum verdanken die russischen Neureichen

unter anderem der Korruption, die *Putin* ermöglichte – und förderte! Gerechtigkeit? Die 358 reichsten Familien dieser Welt, welche die Hälfte des Weltvermögens besitzen, haben ihren Reichtum nicht durch Fleiß ergattert. Gerechtigkeit? Die Güterverteilung auf der Welt ist ein Faustschlag ins Gesicht der Gerechtigkeit.

Hayek, der Urgroßvater der Neoliberalen, nannte die Gerechtigkeit einen „Phantombegriff“. Da wird er sich aber im Himmel noch wundern, und seine auf Erden lebenden Enkel noch mehr, welche Vitalität dieses „Phantom“ noch entwickeln wird. Es ist nämlich noch nicht aller Tage Abend. Globalisierung heißt nämlich nicht nur freier Handel mit Gütern, sondern auch unbegrenzter Zugang zu Informationen. Die Armen lassen sich nicht mehr so leicht für dumm verkaufen wie früher. Sie erfahren, wie es aussieht auf der Welt, und daß es auch anders geht, wie es ihnen ergeht. Reichtum von Gottes Gnaden oder Armut als Schicksal werden nicht mehr gutgläubig-dumm hingenommen wie sintemal.

„Jedem das Seine“ ist der Grundsatz der Gerechtigkeit, und „Gleiches gleich behandeln“ und „Ungleiches ungleich“ ist ihre Faustregel. Der Kommunismus ist einst zusammengebrochen, weil er Vielfalt unterdrückte. Die Kapitalisten werden daran scheitern, daß sie die elementaren Gleichheitsrechte mißachteten. Die Gerechtigkeit hält gleich weiten Abstand von kapitalistischen und kommunistischen Irrtümern. Kommunismus wie Kapitalismus haben die Balance zwischen Gleichheit und Differenz nicht geschafft. Gleichheit und Differenz sind die beiden Gewichte des Prinzips Gerechtigkeit, welche sie im Gleichgewicht halten muß. In welchem Verhältnis stehen sie zueinander und in welcher Mischung? Das ist die Frage, mit der das Gerechtigkeitsprinzip konkretisiert wird.

Gleichheit kann nicht Differenzierung ersetzen und Differenzierung nicht Gleichheit. Wenn alle hungern, ist deshalb noch nicht Gerechtigkeit erreicht, obwohl alle gleich betroffen sind. Andererseits ist auch der Anstieg des allgemeinen Wohlstandes noch kein Gerechtigkeitsindiz. Wenn einer zwei Bratwürste ißt, der andere aber keine, hat jeder durchschnittlich eine Bratwurst gegessen, obwohl der eine hungrig und der andere satt ist.

Auch die *Rawls*'sche Gerechtigkeitsformel, wonach eine Verteilung dann gerechtfertigt sei, wenn die Schwächsten bei der Veränderung den stärksten Vorteil hätten, erfüllt noch nicht die hohen Ansprüche der Gerechtigkeit. Wenn durch Verteilungsveränderung einer, der 10 Bratwürste hat, nur noch 8 Bratwürste besitzt, weil er dem, der 1 Bratwurst besaß, 2 abgab, so ist die neue Verteilung 8 : 3 nicht selbstverständlich gerecht, obwohl der Mann, der am Ende 3 Bratwürste verzehrte, den größten Vorteil bei diesem Handel hatte. Aber nicht jeder Kuhhandel ist schon gerecht, nur weil die Schwächeren dabei gewonnen haben.

Neoliberale Erfolgsmeldungen über wachsenden Wohlstand, die sich mit Durchschnittszahlen brüsten, sagen nichts über den differenten Zustand des Wohlstandes der Welt. In Deutschland wächst der Wohlstand, und der Abstand zwischen reich und arm. Wohlstandswachstum und Zunahme der Ungerechtigkeit ist also machbar. Die Gesellschaft driftet auch in Deutschland auseinander. Die Mitte wird schwächer. Der Bevölkerungsteil, der weniger als 70% der Durch-

schnittseinkommen bezieht, ist vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2006 von 17,8% auf 25,4% gewachsen. Gestiegen ist auch der Anteil derjenigen, die mehr als 150% des Durchschnittseinkommens beziehen, nämlich von 18,2% auf 20,4%. Die Ränder werden stärker, die Mitte schwächer. Deutschland spiegelt die Weltentwicklung.

Auch wenn das Finanzgenie *Soros* von seinen Spekulantengewinnen Milliarden für wohltätige Zwecke stiftet, ist damit noch nicht das Gebot der Gerechtigkeit erfüllt. Die Rockefeller-Stiftung ist eine lobenswerte soziale Institution – ebenso wie die Bertelsmann-Stiftung und andere. Einrichtungen der Gerechtigkeit sind sie deshalb noch lange nicht. Gerechtigkeit ist etwas anderes als Spendenbereitschaft und Mäzenatentum. Gerechtigkeit und Barmherzigkeit sind beide vonnöten in jedweder Gesellschaft. So perfekt wird nämlich keine menschliche Gesellschaft sein, daß sie auf Barmherzigkeit verzichten könnte. Rufe aber nicht voreilig Barmherzigkeit zu Hilfe, wenn Gerechtigkeit gefordert ist. Es kann die Flucht aus der Feigheit vor der Gerechtigkeit sein, die vorschnell Zuflucht bei der Barmherzigkeit sucht.

Die zwei Seiten der Gerechtigkeit

Die Gerechtigkeit entfaltet sich auf zwei Seiten, auf welchen der Mensch existiert. Der Mensch ist Individual- und Sozialwesen. Der Fehler von Kapitalismus und Sozialismus besteht darin, daß beide einseitig sind und „ihre Seite“ jeweils für das Ganze gehalten haben. Der Kapitalismus das Individuelle, der Sozialismus das Soziale. Die christliche Anthropologie integriert die zweifältige Existenzweise des Menschen. Person ist immer beides: individuelles und soziales Wesen. Dementsprechend entfaltet sich Gerechtigkeit in zwei Relationen:

1. Zwischen den Einzelnen: Das ist die Tauschgerechtigkeit,
2. zwischen der Gemeinschaft und dem Einzelnen, und zwar in zwei Richtungen: Vom Ganzen zum Einzelnen. Das ist die „Verteilungsgerechtigkeit“. Und vom Einzelnen zum Ganzen, das ist die „allgemeine Gerechtigkeit“.

Gerechtigkeit ist zwar ein uraltes Ordnungsraster, entpuppt sich aber als immer noch brauchbar, moderne, komplexe Sozialverhältnisse zu entwirren und zu ordnen. Dazu einige Beispiele:

Die Entlohnung der Arbeit steht unter dem Gebot der Tauschgerechtigkeit. Es gilt das Prinzip der Äquivalenz: Lohn für Leistung.

Solange die Arbeiter an den Investitionen nicht beteiligt werden, die sie mit erwirtschaften, sind sie die Betrogenen einer jeden Lohnfindung. Der „gerechte Lohn“ kann zwar nicht mathematisch ermittelt und auf Euro und Cent ausgerechnet werden, aber was „ungerechter Lohn“ ist, läßt sich feststellen. Ohne investive Beteiligung, in welcher Form und über welchem Weg auch immer, ist jedoch jede Entlohnung ungerecht. Es darf nicht alles konsumiert werden, was erwirtschaftet wird. Das ist klar und jedermann erklärbar. Wie der kluge Bauer von der jährlichen Ernte das Saatgut abzweigt, damit er im nächsten Jahr auch noch ernten kann, müssen auch vom wirtschaftlichen Ergebnis Teile für Investi-

tionen reserviert werden. Wieso aber werden die Mittel, die für neue Investitionen notwendig sind, einfach dem alten Kapital zugeschlagen? Diese Verteilungsgewohnheit hat sich zur Selbstverständlichkeit aufgespielt, die sie aber nicht ist. Der Überschußertrag Gewinn stammt aus der Leistungsgemeinschaft von Arbeit und Kapital und muß deshalb auch beiden Seiten zu Gute kommen.

Es geht nicht um die Verteilung bestehenden Eigentums, sondern um die des neu entstehenden. Daß wir das alte, bereits gebildete Eigentum ungeschoren lassen, ist ein pragmatisches Zugeständnis, welches der Einsicht in die Unmöglichkeit geschuldet ist, alle Fehler der Vergangenheit in der Gegenwart wettmachen zu können. Die Epikie, welche die Gerechtigkeit mit der Billigkeit versöhnt, ist ein Obolus an die Unvollkommenheit der Welt.

Eigentum in Arbeitnehmerhand

Eigentum in Arbeitnehmerhand ist ein altes, christlich-soziales Programm. Es kommt nur in Trippelschritten voran. Die Kapitalkumulierung dagegen eilt seiner Verwirklichung weltweit mit Riesenschritten davon. Das gilt auch hierzulande. 10% der Haushalte in Deutschland besitzen 50% des Vermögens, und 50% nur 4,5%. Ist das gerecht? Verteilungsveränderung wird erst handfest, wenn der Eigentumslohn Gegenstand der Einkommenspolitik der Tarifpartner wird.

Die Versöhnung von Arbeit und Kapital könnte der Rettungsanker des Kapitals werden. Das von Arbeit und Wertschöpfung entkoppelte Finanzkapital ruiniert das Eigentum. Wenn der Finanzkapitalismus sich weiter von der Arbeit entfernt und sich dabei zum Stellwerksmeister der Globalisierung aufspielt, wird er sich allerdings selbst zugrunde richten. 1,5 Billionen Dollar bewegen sich Tag für Tag auf der globalen Datenautobahn um die Erde. 97% haben mit Arbeit und realen Gütern nichts zu tun. Sie sind das virtuelle Spielmaterial von Spekulanten. Damit emanzipiert sich das Kapital von den Realitäten. Die bevorzugten Plätze des Kapitals werden die Luftblasen, von denen Fachleute behaupten, ihre schädliche Wirkung auf die Weltwirtschaft könnte nur vermieden werden, wenn auf die geplatze eine noch größere Blase folgte.

Virtueller Finanzmarkt und Realität klaffen weit auseinander. Mit Eigentum und Arbeit haben die Jongleure des Finanzmarktes weniger zu tun als die süddeutsche Klassenlotterie mit der Belohnung von Leistung. Wenn sich auf der Welt die Börsenkurse um 1 Prozent verändern, wird mehr „umverteilt“, als alle Arbeitnehmer an diesem Tag verdienen. Lohngerechtigkeit ist zum dekorativen Rahmenprogramm der Kapitalbildung verkommen. Auf der Bühne wird um Lohnkosten gekämpft. Tarifpartner liegen sich erschöpft in den Armen. Doch ihr Verteilungskampf ist noch nicht einmal das Rahmenprogramm zum Geschäft, das hinter den Kulissen abläuft und von dem niemand mehr weiß, wer, wann, wie viel, wo, wen über's Ohr haut.

Sozialpolitiker werden hierzulande als „Verteilungspolitiker“ attackiert. Die Börsenumverteiler wurden dagegen hofiert. So wurde „Sozialpolitiker“ ein Schimpfwort, „Börsenmakler“ ein Kavaliärsbegriff. Beide organisieren Umverteilung. An der Börse nur unvergleichlich mehr, aber relativ lautlos.

Der vagabundierende Finanzkapitalismus bedroht Arbeit und Eigentum. Deshalb sind neben den Arbeitern auch die selbständigen Unternehmer die Opfer dieser Art von Globalisierung. Der Mittelstand hat nur Zukunft im Bündnis mit der Arbeit. Im Dienste des Finanzkapitals werden die Mittelständler bestenfalls Lehensträger, abhängig von den Launen der Finanzjongleure, denen sie dienen, zu- und abliefern.

Marktwirtschaft und Tauschgerechtigkeit

Tauschgerechtigkeit ist ein noch immer aktuelles Kapitel der Gerechtigkeit. Sie steht der Marktwirtschaft nicht im Wege. Im Gegenteil. Sie ist ein Fundament der Marktwirtschaft. Denn das Äquivalenzprinzip, also das Gleichgewicht von Leistung und Gegenleistung, von Angebot und Nachfrage, steuert die Marktwirtschaft, so jedenfalls sieht es das marktwirtschaftliche Modell vor.

Dabei agiert Markt basisbezogen, also bedürfnisorientiert; die Marktwirtschaft schätzt die Gewichte, welche auf die Waage der Äquivalenz gelegt werden, nicht autoritär ein. Das unterscheidet sie von der Planwirtschaft. In der Marktwirtschaft entscheidet die Knappheit über den Preis, also ein bedarfsbezogenes Kriterium. Nicht eine Planbürokratie entscheidet, was „gebraucht“ und „gemacht“ wird und wie teuer es ist. Was knapp ist, ist teurer. Wenn beispielsweise Müllmänner knapp sind, Professoren aber überreichlich vorhanden, müssen die Müllmänner nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage mehr verdienen. Das Bedürfnis also entscheidet über den Preis, und so wird Leistung an den Kunden rückgekoppelt. Das Bedürfnis lenkt den Leistungseinsatz. Das Angebot folgt der Nachfrage. Der Kunde ist König. Das jedenfalls entspricht dem marktwirtschaftlichen Ideal.

Die globale Wirtschaft jedoch ist weitgehend eine Angebotswirtschaft. Das Kapital lenkt und stranguliert die Arbeit, nicht die Nachfrage entscheidet. Die Bedürfnisse sind zu Funktionen des Finanzkapitals geworden. Der Produktionsapparat und die in ihn eingespeisten Innovationen sind nicht von Verbrauchern gesteuert, sonst würde die Mondfahrt nicht vor der Beseitigung von Hunger und Elend von der Erde gestartet sein.

Die Anbieter dirigieren die Wirtschaft. Noten schreiben die Rating-Agenturen nach eigenen, oft eigensüchtigen Mustern. Rating-Agenturen bestimmten über das Auf und Ab von Unternehmen und ganzer Staaten dazu. Die zwei größten von ihnen, nämlich Moodys und Standard Poors, kontrollierten – so wird geschätzt – mit ihren Ratings den Fluß von rund 80 Prozent des Weltkapitals. Sie entscheiden mit ihren „Vollstreckungsurteilen“ auch über die Kreditwürdigkeit von Schwellen- und Entwicklungsländern. Wer hat diese Stellwerksmeister der Globalisierung eigentlich legitimiert? Das Äquivalenzprinzip scheint ihnen noch nicht einmal vom Hörensagen bekannt zu sein. Die „Leistungen“ der Rating-Agenturen entpuppten sich schlagartig in der amerikanischen Hypothekenkrise als prognostische Hochstapelei. Es handelt sich in Wirklichkeit um Schiedsrichter, die mitspielen. Sie verdienen an ihren eigennützigen Beratungsgeschäften und wirtschaften vornehmlich mit Blick in die eigene Tasche. Mit Marktwirt-

schaft und Tauschgerechtigkeit hat das so wenig zu tun wie ein Banküberfall. Es handelt sich eher um eine Form von organisierter Korruption.

Der Finanzkapitalismus entledigte sich seiner Fessel. Die Regulierungen, die 1933 im sog. *Glass Steagall Act* als Konsequenz aus einem großen Weltwirtschafts-crash gezogen worden waren, wurden 1999 abgeschafft. Hurra! Wettet und rettet sich, wer kann. Die Finanzwirtschaft wurde dereguliert, privatisiert und ruiniert. Das war der letzte „neoliberale“ Pyrrhussieg.

Sozialstaat, Arbeit, Wohlstand

Das Äquivalenzprinzip kann auch im Sozialstaat seine Ordnungsaufgaben erfüllen. Leistungen der Rentenversicherung entsprechen zum Beispiel der Beitragsdauer und -höhe, freilich mit sozialen Ausgleichsregulationen ergänzt. Der Versuch, Renten- und Arbeitslosenversicherung durch ein allgemeines staatliches Grundeinkommen zu ersetzen, wie ihn ausgerechnet ein Christdemokrat, Ministerpräsident *Althaus*, unternimmt, verwechselt Gerechtigkeit mit Nivellierung. Mit einer solchen Sozialpolitik wird jeder Anreiz für Fleiß und Sparsamkeit aus dem Sozialstaat herausoperiert.

Wer den Sozialstaat mit Steuern finanziert, koppelt ihn vom Äquivalenzprinzip ab und macht ihn zum Nachfolger des alten Obrigkeitsstaates, diesmal allerdings in der Maske des fürsorglichen Wohltäters. Wer unser Sozialsystem andererseits der Kapitaldeckung übergibt, wirft es der Spekulation zum Fraß vor. In beiden Fällen entledigt sich der Sozialstaat des Zusammenhangs mit der Arbeit. Chile, von der Weltbank verführt, von *Pinochet* zur Kapitaldeckung drangsaliert, liefert im Übrigen eindrucksvolles Anschauungsmaterial, wie es mit der Sicherheit von Kapitaldeckungssystemen aussieht. Das Desaster ist weltweit zu besichtigen. Und von 112.000 Pensionsfonds der Vereinigten Staaten haben gerade mal 32.000 überlebt.

Wer die Arbeit rehabilitieren will, darf den Sozialstaat nicht der Kapitaldeckung ausliefern. Das wäre nicht nur ein sozialpolitischer, sondern auch ein gesellschaftsstrategischer Fehler, der zur weiteren Entwertung der Arbeit führt und zur Schwächung der Leistungsgerechtigkeit führt. Mit der kapitalgedeckten Privatrente finanzieren die Arbeiter die Schlächter ihrer Arbeitsplätze. Das ist eine Art von ungewolltem beschäftigungspolitischen Selbstmord. Nachdem das vagabundierende Finanzkapital die Wiesen der Privatisierung langsam abgegrast hat, entdeckt es als letzten Futterplatz die Soziale Sicherheit. Die soll jetzt auch privatisiert, d. h. der Ratio der Spekulation anheim gegeben werden. Der Sozialstaat, der in einer ausbalancierten Sozialen Marktwirtschaft das Gegengewicht zur Marktwirtschaft bildet, wird so zum Hilfsmittel einer Marktwirtschaft, die alles vertilgt, was sich noch außerhalb der Reichweite ihrer Verwertung befindet.

Es geht um die Gerechtigkeit. Die Arbeit steht der Würde des Menschen näher als das des Kapitals, das nur instrumentalen Wert besitzt. Das jedenfalls ist der unbestreitbare Kernsatz der Christlichen Soziallehre. Arbeit ist wichtiger als Besitz. „So ist also das Prinzip des Primates der Arbeit vor dem Kapital eine Forderung sozialetischer Natur“ (*Laborem exercens*).

Die weltweite Sozialaufgabe ist: Den Zugang zur Arbeit für alle zu öffnen. Arbeit gibt es genug: Hier wie anderswo. Angesichts des Elends in der Welt zu behaupten, daß uns die Arbeit ausginge, kann nur dem bornierten Selbstverständnis von Wohlstandskindern entspringen, die ihren Nabel für den Mittelpunkt der Welt halten. Wenn die Armen der Erde mehr Arbeit haben und damit mehr Wohlstand, ist auch der Wohlstand in den entwickelten Ländern sicherer. Vor allen Dingen: Die „Satten“ werden sich ihres Wohlstandes nicht erfreuen können, wenn die Ungerechtigkeit so groß bleibt, wie sie zur Zeit ist.

Gerechtigkeit und CDU

Gerechtigkeit ist das Prinzip, an dem sich die Geister scheiden. Die Erinnerung an Gerechtigkeit kann lästig werden. Deshalb gerät sie immer wieder in Gefahr, verdrängt oder einfach als veraltet hingestellt zu werden. *Angela Merkel* wollte Gerechtigkeit programmatisch zur „Fairneß“ verniedlichen. Fairneß ist jedoch nur eine Verhaltens- und Verfahrensregel, aber kein Strukturprinzip. Selbst auf „Verlässlichkeit“ sollte die Gerechtigkeit nach dem Willen der CDU reduziert werden. Verlässlichkeit ist gut, aber nicht immer. Auch die Mafia kann schließlich verlässlich agieren.

Die CDU hat diesen modischen Neoliberalismus bitter bezahlen müssen, denn das Gerechtigkeitsbewußtsein war offenbar bei den Wählern tiefer verwurzelt, als es bei den Delegierten des Dresdner Parteitages und von den CDU-Wahlkampfstrategen vermutet worden war. Kopfpauschalen balbieren alle über den gleichen Kamm. Ungleiches wird gleich behandelt. Das verstößt elementar gegen die Verteilungsgerechtigkeit. Der Verstoß wird nicht gemildert, indem den Einkommenschwächeren ein staatlicher Zuschuß zu ihrem Kopf-Pauschalbeitrag gewährt wird. Eine solche Regel verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip, weil damit der Staat zu Hilfe gerufen wird, während das Subsidiaritätsprinzip verlangt, den vorstaatlichen Regelungen den Vorzug zu geben. Proportionale Beiträge, welche von der Sozialversicherung festgesetzt werden, schaffen den Sozialausgleich intern und haben demnach Vorfahrt vor der steuerfinanzierten Transferregelung.

Die CDU kann sich drehen und wenden wie sie will. Sie kommt aus ihrer neoliberalen sozialpolitischen Verstrickung nicht heraus, wenn sie nicht in der Krankenversicherung einen klaren Trennungsstrich von den sozialpolitischen Verwirrungen ihres Dresdener Parteitags zieht. Der jetzige Vorschlag zur Reform der Krankenversicherung ist ein bürokratisches Monstrum, das die alte Kopfpauschalenregelung kaschiert, ohne von ihr loszukommen. Prestigebedürfnisse gemischt mit Rechthabereien verhindern den Befreiungsschlag ... und so folgt ein „Schrecken ohne Ende“, und der ist bekanntlich schlechter als ein „Ende mit Schrecken“.

Suchmeldungen nach Gerechtigkeit umkreisen den Erdball. Sie bedürfen keiner Datenautobahn. Die Nachfrage nach ihr ist dem Menschen angeboren. Man stutzt verwundert: Gerechtigkeit, diese uralte Idee, von manchem als museales Erinnerungstück abgestellt, erlebt im Zeitalter der Globalisierung eine universale Re-

naissance. Globalisierung ist eben doch mehr als eine Finanzmarktkunst, so wie die europäische Einheit mehr ist als der Euro.

Gerechtigkeit – ein akademischer Ladenhüter oder gar ein *Hayek*'scher Phantombegriff? Von wegen! Gerechtigkeit ist ein Streitzünder. Sie bleibt umstritten, und sie selbst entfacht Streit. Wer aber glaubt, ohne sie auszukommen oder sie gar zum rhetorischen Festdekor von Parteitagsreden verkommen lassen zu können, wird es bitter bereuen und teuer bezahlen müssen.

Die CDU hat in den Wahlen 2005 schon einmal Lehrgeld bezahlt. Das zweit-schlechteste Wahlergebnis gegen den schwächsten Gegner in ihrer Geschichte, nämlich gegen eine Regierung, die das Handtuch geworfen hatte, war die Ernte für die neoliberale Wahlkampfsaat. Wem das nicht zu denken gibt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Man kann auch aus Erfahrungen klüger werden. Der mißverstandene „Neoliberalismus“ hat seine beste Zeit schon hinter sich. Es scheint das Schicksal vieler Ideologien zu sein, sich als Vorreiter zu gerieren, während sie schon längst in der Nachhut trappeln.

Dr. Norbert Blüm war von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Regierung Kohl.

Helmut Jenkis

Der Wettbewerb – ein Entdeckungsverfahren?

Versuch einer Konkretisierung

Der Nobelpreisträger *Friedrich August von Hayek* (1899-1992) hat im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel seinen Vortrag unter dem Titel „Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ gehalten.¹ Der Titel dieses Vortrages kann als unangefochtener Lehrsatz der Nationalökonomie bezeichnet werden, denn er wird mit großer Selbstverständlichkeit zitiert, um die Überlegenheit der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft zu dokumentieren.

Wir wollen den Versuch unternehmen, diesen Lehrsatz nicht zu widerlegen, sondern ihn zu konkretisieren, d.h., wir wollen weder auf die Marktunvollkommenheiten noch auf das Marktversagen eingehen,² sondern die unausgesprochenen *von Hayek'schen Prämissen prüfen* und auf dieser Basis das Entdeckungsverfahren realitätsnah konkretisieren; es ist ein erster Versuch.

I. Anmerkungen zu den theoretischen Grundlagen

Es wird bewußt auf eine Zusammenfassung des Kieler Vortrages verzichtet, vielmehr soll auf verschiedene Aspekte – zum Beispiel die sprachliche Darstellungsweise, die Begriffsbildung, die nicht definierten Prämissen usw. – eingegangen werden. Die Prämissenkritik ist das zentrale Anliegen dieser Untersuchung.

1. Die sprachliche Darstellungsweise

Friedrich August von Hayek definiert sein Wettbewerbs- und Entdeckungstheorem wie folgt (S. 3, Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.): „Ich (von Hayek) möchte ,den Wettbewerb einmal systematisch als ein Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen betrachten, die ohne sein Bestehen entweder unbekannt bleiben oder doch zumindest nicht genutzt werden würden. Daß es sich beim Wettbewerb *immer* um ein solches Entdeckungsverfahren handelt, mag zunächst selbstverständlich erscheinen, daß es kaum Hervorhebung verdient.“

Dieser (Nominal-)Definition kann man zustimmen. Dagegen kann man gegenüber der These, daß es sich *immer* um ein Entdeckungsverfahren handle, Bedenken anmelden: Es gibt den verzerrten oder verfälschten Wettbewerb auf Grund natürlicher oder politisch bedingter Monopole, Marktbeherrschungen, es können Kampfpreise gebildet werden, es kann ein Eliminierungswettbewerb vorliegen, Produktpiraterie und nicht zuletzt kann Korruption – die in jüngster Zeit eine bedeutende Rolle spielt – den fairen Wettbewerb denaturieren. Unausgesprochen unterstellt *von Hayek* einen „sauberen“ oder „fairen“ Wettbewerb – wie immer man diesen definieren mag –, der in der Wirklichkeit nicht immer gegeben ist. Es sei nur auf Bestechungen in der Bau- und Automobilwirtschaft,

die Fleischskandale, die ‚nützlichen Zuwendungen‘ (Bakschisch) bei der Hereinholung von Großaufträgen in vielen Ländern und die Dopingskandale im Radsport hingewiesen. *Von Hayeks* nicht erläuteter Begriff des Wettbewerbs ist eine nicht realitätsnahe Prämisse.

Von Hayek unterscheidet zwischen der Wirtschaft im strengen Sinne des Wortes (echte Wirtschaft, eine Organisation, in der gleichmäßig Mittel im Dienste einer einheitlichen Zielhierarchie verwendet werden) und der spontanen Ordnung, der Katallaxie.³

Daran schließt *von Hayek* die folgende Feststellung an (S. 9): „Aus der Tatsache, daß die Katallaxie keinem einheitlichen Zielsystem dient, ergeben sich all die bekannten Schwierigkeiten, die nicht nur die Sozialisten, sondern alle Ökonomen beunruhigen, die sich bemühen, die Leistung der Marktordnung zu bewerten: denn wenn die Marktordnung nicht einer bestimmten Rangordnung von Zielen dient, ja wenn von ihr, wie von jeder spontan gebildeten Ordnung, legitimerweise gar nicht gesagt werden kann, daß sie bestimmte Zwecke hat, dann ist es auch nicht möglich, den Wert ihrer Ergebnisse als Summe der einzelnen Produkte darzustellen.“

Sprachlogisch bedient sich *von Hayek* des „wenn ... dann-Satzes“: *Wenn* die Marktordnung nicht einer bestimmten Rangordnung von Zielen dient ... *dann* ist es auch nicht möglich, den Wert ihrer einzelnen Produkte darzustellen. Aus der nicht bewiesenen Prämisse (wenn) wird eine Schlußfolgerung gezogen (dann). *Ex falso quod libet*, d.h., aus einer unzutreffenden Annahme kann man Beliebige ableiten. Unabhängig davon ist es nicht nachvollziehbar, daß *von Hayek* der Katallaxie einen sinnentleerten Tauschhandel attestiert.⁴

Von Hayek kritisiert die starre Lohnstruktur, die eines der größten Hindernisse für den Anstieg der Realeinkommen der Arbeiterschaft als Ganzes geworden ist. Daran schließt sich die folgende Aussage an (S. 18, ohne Hervorhebung im Original, Jk.): „Der Hauptpunkt scheint mir aber zu sein, daß, wenn es richtig ist, daß das Reallohniveau, zu dem Vollbeschäftigung möglich ist, von der Lohnstruktur abhängt, und infolgedessen, wenn bei Veränderung der Verhältnisse die Relationen zwischen den verschiedenen Löhnen unverändert bleiben, das Reallohniveau, bei dem Vollbeschäftigung eintritt, entweder ständig sinken oder doch nicht so schnell steigen wird wie sonst möglich wäre; dies heißt, daß eine Manipulierung des Reallohniveaus durch die Währungspolitik keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten bietet.“

Sprachlich ist dieser „Bandwurmsatz“ kaum nachvollziehbar.⁵ Im übrigen: In Deutschland werden die Tarifverträge für Branchen oder Regionen – häufig mit Öffnungsklauseln – abgeschlossen, so daß es keine bundesweite starre Lohnstruktur gibt.

Von Hayek bedient sich der Konditionalsätze, die er in „Bandwurmsätze“ kleidet: Die *Konditionalsätze* finden ihren sprachlichen Ausdruck in der „*wenn ... dann*“ *Formulierung*; im Wörtchen „wenn“ sind die weder erklärten noch begründeten Prämissen enthalten, aus denen dann die logisch überzeugenden Ab-

leitungen vorgenommen werden. *Ex falso quod libet*. Auch die „Bandwurmsätze“ tragen nicht zur Klarheit der Thesen bei.

2. Der „Wettbewerb“ – ein unbestimmter Begriff

Wie bereits angemerkt, stellt *von Hayek* lakonisch fest: „... den Wettbewerb einmal systematisch als ein Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen betrachten, die ohne sein Bestehen entweder unbekannt bleiben oder doch zumindest nicht genutzt werden würden.“ (S. 3)

Von Hayek unterscheidet nicht zwischen der *theoretischen* und der *praktischen Wettbewerbspolitik*,⁶ sondern verwendet den Begriff des Wettbewerbs, als ob er – in welcher Form auch immer – ohne staatliche Eingriffe funktioniert, das heißt, es gibt gar keine Wettbewerbspolitik. Man gewinnt den Eindruck, der Wettbewerb „schwebe“ und funktioniere lautlos im luftleeren Raum, in dem es keine Friktionen gibt. Diese Annahme soll geprüft werden.

Von Hayek gibt keine Auskunft darüber, welche Form oder welches Leitbild des Wettbewerbs ihm vorschwebt, der das Entdeckungsverfahren bewerkstelligt: Handelt es sich um den freien Leistungswettbewerb und um die freie Preisbildung, um die Theorie der vollkommenen Konkurrenz (perfect competition), die Theorie des unvollkommenen Wettbewerbs (imperfect competition), des monopolistischen Wettbewerbs (monopolistic competition) oder um den funktionsfähigen Wettbewerb, die „workable competition“ im Sinne von *Maurice Clark*, werden die Marktformen und das Marktverhalten berücksichtigt? In Ermangelung einer Erklärung könnte man annehmen, daß sämtliche Wettbewerbsformen in unterschiedlicher Weise zum Entdeckungsverfahren beitragen. Dann kann es sich um pseudo-empirische Leerformeln handeln.

Sowohl Ökonomen als auch Juristen haben den *Versuch* unternommen, den *Begriff Wettbewerb* (oder Konkurrenz) zu definieren. Dieser Versuch ist gescheitert:⁷

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – das sogenannte Kartellgesetz – hat auf die Definition des wirtschaftlichen Wettbewerbsbegriffes verzichtet, da eine Legaldefinition nicht möglich sei und daher auch nicht versucht wurde, zumal es Wettbewerb auch in der Politik, im Sport, in der Wissenschaft usw. gibt. Daher normiert man in der praktischen Wettbewerbspolitik den Wettbewerb indirekt oder negativ, wie zum Beispiel als Antikartellpolitik, Antitrust- oder Antimonopolpolitik, Wettbewerbsbeschränkungen, Diskriminierungen usw. „Es wird also vermieden, jenen Wettbewerb zu beschreiben, den man durch derartige Gesetze und Vorschriften schützen will. ... Dabei kommt man nicht nur ohne einen positiv definierten Begriff aus, sondern demonstriert ... daß alle bisherigen *Definitionsversuche* der Theorie mehr oder weniger mangelhaft oder überhaupt *untauglich* waren.“⁸ Und schließlich stellt *Hoppmann* fest: „Die Nationalökonomie kann der Aufforderung *nicht* nachkommen, jene wettbewerblichen Prozesse, deren Realisierung das Ziel der Wettbewerbspolitik ist, in positiver Form praktikabel zu beschreiben. ... Die Regeln ordnen an, was Marktteilnehmer nicht tun dürfen. Auf diese Weise wird der *Wettbewerb indirekt und negativ normiert*, und zwar durch globale und abstrakte Normen.“⁹

Wenn weder die Ökonomen noch die Juristen eine Legaldefinition des Begriffes „Wettbewerb“ geben können, dann ist es außerordentlich problematisch, aus einem unbestimmten oder sogar unbestimmbaren Rechtsbegriff das Entdeckungsverfahren zu entwickeln.

II. Prinzipien der Wettbewerbspolitik

Friedrich August von Hayek hat sich in seinem Kieler Vortrag 1968 ausschließlich mit der Wettbewerbstheorie, nicht aber mit der (praktischen) Wettbewerbspolitik – den staatlichen Eingriffen in den Markt und dessen Regulierungen – befaßt. Daß eine totale Planwirtschaft, wie in den sozialistischen Ländern praktiziert, zum Scheitern verurteilt war und ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Eine „staatsfreie“ Marktwirtschaft ist – ohne jegliche staatliche Eingriffe und Regulierungen – theoretisch denkbar, aber mit dem modernen Demokratieverständnis, das auf einen ökonomischen und sozialen Interessenausgleich angelegt ist, nicht vereinbar.

Es soll lediglich auf zwei Theoretiker bzw. Politiker der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts hingewiesen werden, die zwar die Marktwirtschaft bejahen, aber deren Grenzen erkennen und daher einen starken und aktiven Staat fordern: *Alfred Müller-Armack* und *Ludwig Erhard*.

1. *Alfred Müller-Armacks Kritik des Liberalismus*

Alfred Müller-Armack (1901-1978) – dem man zuschreibt, daß er den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ eingeführt hat¹⁰ –, hat die Notwendigkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik im allgemeinen und die der Wettbewerbspolitik im Besonderen gefordert. Zugleich hat er das *Versagen des Liberalismus* nachdrücklich kritisiert: „So sehr es notwendig ist, die marktwirtschaftliche Ordnung als ein zusammenhängendes Ganzes zu begreifen und zu sichern, so sehr ist es ebenfalls notwendig, sich des *technischen und partiellen Charakters der Marktordnung* bewußt zu werden. Sie ist nur ein überaus *zweckmäßiges Organisationsmittel*, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen. Es bedarf vielmehr hier einer bewußten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht. Der Liberalismus hat es unterlassen, diese übergreifende Aufgabe sich zu eigen zu machen.“¹¹

Hier werden die unterschiedlichen Denkansätze bei *von Hayek* und *Müller-Armack* deutlich: *Von Hayek* geht von der Katallaxie aus (diesen Begriff dürfte *Müller-Armack* nicht gekannt haben), die keinem einheitlichen Zielsystem dient, *Müller-Armack* sieht den Markt bzw. den Marktmechanismus als ein „überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber nicht mehr“ an. *Von Hayek* begnügt sich mit der Katallaxie, die keinen bestimmten Zweck hat; *Müller-Armack* gibt sich mit der technischen Effizienz des Marktmechanismus nicht zufrieden, sondern fordert eine „bewußte Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in

eine übergreifende Lebensordnung.“ Verkürzt kann man sagen, *von Hayek* ist „Markt-(Katallaxie-)Philosoph“, *Müller-Armack* ist Sozialphilosoph, er geht von einem umfassenderen Denkansatz aus.

Nach diesen Feststellungen schließt *Müller-Armack* im Kapitel „Wettbewerbspolitik“ die folgenden Aussagen an: „Eine künftig *bewußt gestaltete Marktwirtschaft* wird geradezu als wirtschaftspolitisches Kernstück eine *konstruktive Wettbewerbspolitik* haben müssen. ... Der Liberalismus hatte die Konkurrenz als eine selbstverständliche gesellschaftliche Erscheinung angesehen und verteidigt. ... heute (müssen wir) die *Organisierung des Wettbewerbs* als eine bewußte *Aufgabe öffentlicher Wirtschaftspolitik* auffassen.“¹²

Auch hier werden die Unterschiede deutlich: *Müller-Armack* ist nicht nur Ökonom, der den Markt und den Wettbewerb fordert, sondern auch die Grenzen des effizienten Marktmechanismus erkennt, als Sozialökonom hat er sich zum Beispiel – im Anschluß an *Max Weber* – mit den Beziehungen zwischen der Ökonomie und der Religion beschäftigt und damit die Grenzen der Wirtschaft überschritten. *Von Hayek* tritt – zumindest in seinem Kieler Vortrag – als „reiner“ Marktwirtschaftler auf, der die Katallaxie, den Wettbewerb und die Effizienz des Marktes in den Vordergrund seiner Argumentation stellt, die Aufgaben und Funktionen des Staates werden vollkommen ausgeklammert. Seine umfangreichen philosophischen Betrachtungen kommen – leider – in seinem Kieler Vortrag nicht zur Geltung.

Nach einem halben Jahrhundert kann man feststellen, daß sich weder *von Hayeks* Begriff der „Katallaxie“ noch die staatsfreie Wirtschaftsordnung durchgesetzt haben. Dagegen ist in der westlichen Welt die staatlich beeinflusste oder regulierte Wirtschaftsordnung das vorherrschende Ordnungskonzept, wobei es immer wieder Grenzüberschreitungen nach der einen wie der anderen Seite erfolgen und daher Kritik an diesem Ordnungskonzept hervorrufen.

2. *Erhards Kampf um das Kartellgesetz:*

Ludwig Erhard (1897-1977) ist zwar nicht der „Erfinder“ des Begriffes „Soziale Marktwirtschaft“, hat aber diese in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftspolitisch durchgesetzt,¹³ allerdings unterstützt durch Kanzler *Konrad Adenauer*. *Erhard* mußte zahlreiche Widerstände mit geradezu missionarischem Eifer überwinden: Das galt für das im Zuge der Währungsreform vom 20. Juni 1948 erlassene „Leitsatzgesetz“, durch das die kriegs- und nachkriegsbedingte Zwangswirtschaft weitestgehend beseitigt wurde, für den (letzten) Generalstreik am 12. November 1948, der sich gegen die steigenden Preise richtete usw. Auf diese und andere Probleme soll nicht eingegangen werden, sondern *Erhards* Kampf um das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – kurz: Kartellgesetz – skizziert werden:

Die amerikanische und die britische Militärregierungen hatten – ohne Rücksprache mit den Deutschen – am 12. Februar 1947 ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen erlassen, das Kartelle verbot und die Entflechtung marktmächtiger Unternehmen vorsah. Die Alliierten wünschten, daß dieses Gesetz durch ein dauerhaftes deutsches Gesetz ersetzt werden sollte. Der von Ministerialdirektor

Paul Josten erarbeitete Entwurf eines Kartellgesetzes ging von der *Verbotskonzeption* aus, d.h. er verlangte mit großer Entschiedenheit die Beseitigung, Verhinderung und Kontrolle der Kartelle sowie die Entflechtung von Konzernen, darüber sollte ein unabhängiges Monopolamt befinden. Gegenspieler war *Roland Risse*, der von der *Mißbrauchskonzeption* ausging. Nach internen Querelen wurde die Mißbrauchsvorlage Anfang Januar 1950 zur Grundlage der interministeriellen Gespräche erhoben. Die Kartelldiskussion hatte sich verfangen, im Mai 1951 wurde die 13. Entwurfsfassung als Kabinettsvorläge zugeleitet.

Nicht nur auf ministerieller Ebene, sondern auch im Verhältnis von *Ludwig Erhard* und der Industrie gab es hinsichtlich des geplanten Kartellgesetzes Verwerfungen. *Erhard* hat sich immer wieder gegen die aus den Wirtschaftskreisen stammenden Argumente gewandt, Kartelle würden den Wirtschaftsablauf stabilisieren.

Der Industrielle *Otto A. Friedrich* veröffentlichte um die Jahreswende 1949/50 einen Offenen Brief in DIE WELT an *Erhard*, in dem er vorschlug, der Wirtschaftsminister möge das Urteil der Wirtschaft über seine Wirtschaftspolitik anhören. Hierauf antwortete *Erhard* in der Zeitung DIE WELT am 4. Januar 1950:¹⁴ Es gäbe in der deutschen Wirtschaft Kräfte, „denen der Wettbewerb lästig zu werden beginnt, die die bequemen Pfründe der Planwirtschaft zurückersehnen ...“ Damit machte *Erhard* deutlich, daß in der Wirtschaft Kräfte vorhanden waren, die den Markt und den Wettbewerb in „lästigen“ Situationen außer Kraft setzen wollen, d.h. daß der Wettbewerb nicht als Entdeckungsverfahren wirkt und sich nicht im luftleeren Raum vollzieht, sondern sehr stark von der Interessenlage der Marktteilnehmer beeinflußt wird.

Im Jahr 1952 verschärfte sich die Kartelldebatte:¹⁵ Der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) verwahrte sich gegen das Verbotsprinzip, umstritten waren die Begriffe der marktbeherrschenden Unternehmen, der des Machtmißbrauchs, die Befugnisse des Monopolamtes usw. Im Gegensatz dazu ging der Entwurf der Alliierten Hohen Kommission (AHK) nicht weit genug.

Gegen die kritischen Vorstellungen des BDI wandte sich *Erhard* in seinen Thesen zur Verteidigung der Kartellverbotsgesetzgebung¹⁶: In der ersten These stellt *Erhard* apodiktisch fest: „Es ist unbestreitbar und erwiesen, daß ein freier Markt ohne einen freien Leistungswettbewerb und dieser ohne eine freie Preisbildung nicht bestehen kann.“¹⁷ Dieses ist ein klares Bekenntnis zum Wettbewerb, allerdings in der freien Form, denn: Versuche der Kartelle, Schwankungen und Wandlungen des Marktes sowie wirtschaftliche Zusammenbrüche verhindern zu wollen, kann in letzter Konsequenz zur Planwirtschaft führen. „Die Kartellfreunde begehen den großen Fehler, daß sie die Wirkungen von Kartellmaßnahmen immer nur an den privatwirtschaftlichen Folgen der beteiligten Unternehmen messen, daß sie jeder volkswirtschaftlichen Betrachtung geflissentlich ausweichen.“¹⁸

Erhard geht noch einen Schritt weiter, indem er das Argument der Kartellanhänger zurückweist, das Kartellverbot würde das Recht und die *Freiheit von Zusammenschlüssen beeinträchtigen*. Hierzu bemerkt er kategorisch: „Die von den

Kartellfreunden geforderte Freiheit zur Unterbindung oder zur Beseitigung der Freiheit ist jedenfalls nicht die Freiheit, die ich im Interesse des Fortbestehens freier Unternehmer meine. Wer den Begriff der Freiheit im Munde führt, der muß sie auch ehrlich wollen.“¹⁹

Am 24. März 1955 kam es zur ersten Lesung des „Entwurfes eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (GWB). In seiner Grundsatzrede hat *Erhard* zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen,²⁰ in der er deutlich machte, daß es sich nicht nur um ein wirtschaftliches Problem – die Katallaxie –, sondern um die *gesellschafts-wirtschaftlichen Wurzeln* ging. Es sei nur auf einige Kernthesen hingewiesen: „Wer den staatlichen Dirigismus als Lenkungsinstrument im wirtschaftlichen Leben ablehnt, kann nicht zugleich die kollektive Steuerung der Wirtschaft durch Kartelle gutheißen oder gar als nützlich oder notwendig erachten. Wer im Kollektivismus politische, soziale und gesellschaftswirtschaftliche Gefahren erblickt, kann nicht gleichzeitig Kartelle als eine besondere Spielart kollektivistischen Geistes verteidigen.“²¹

Hier wird deutlich, daß *Erhard* weit über den Tellerrand der Katallaxie hinauschaute, indem er in die ökonomische Argumentation die politische und soziale Dimension einbezog.

Ähnlich wie *Alfred Müller-Armack* geht auch *Ludwig Erhard* – im Gegensatz zu *Friedrich August von Hayek* – davon aus, daß dem Staat sowohl hinsichtlich der Gestaltung der Wirtschaftsordnung im allgemeinen als auch hinsichtlich der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im besonderen eine aktive Rolle zukommt: „... Denn es darf wohl als *selbstverständlich gelten*, daß es vornehmlich die *Aufgabe des Staates ist* – und nur die Aufgabe des Staates sein darf –, die Grundlagen der wirtschaftlichen Verfassung und der volkswirtschaftlichen Ordnung zu schaffen und zu überwachen. ... Er ist verantwortlich für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft und ihre organische Einordnung in die Weltwirtschaft. ... Der *freie Wettbewerb* ist, um es noch einmal zu sagen, ein *Grundelement* unserer demokratischen und ökonomischen Ordnung und darf deshalb durch private Organisationen nicht ausgeschaltet werden.“²²

Diese Skizze der *Erhard*'schen Position zur Wirtschaftsordnung im allgemeinen und zum Wettbewerb im besonderen macht die Unterschiede zu *von Hayek* deutlich: *Erhard* ist Theoretiker und (politischer) Wirtschaftspraktiker zugleich, der weiß, daß das Modell des freien Wettbewerbs sich nicht im luftleeren Raum abspielt, d.h., daß die Freiheit mißbraucht werden kann und zur Unfreiheit führt. Für *Alfred Müller-Armack* und für *Ludwig Erhard* gilt, daß die Sicherung der Wettbewerbsordnung eine staatliche Aufgabe ist.²³ Im Gegensatz dazu ist *von Hayek* ein Vertreter der „*Verbal-Modelle*“, d.h., er konstruiert nicht mathematische, sondern begriffliche Modelle, die er weder konkretisiert noch empirisch überprüft. *Ex falso quod libet*.

III. Empirische Überprüfung des Entdeckungsverfahrens

Der Schweizer Nationalökonom *Fritz Marbach* hat treffend festgestellt: „Im Modell stimmt zwar alles. Aber die Wirklichkeit hält sich nicht an das Modell.“²⁴

Aus diesem Grunde soll – beispielhaft – geprüft werden, ob in der realen Welt der Wettbewerb und nur der Wettbewerb dem Entdeckungsverfahren dient. Aus Gründen der Vereinfachung wird einerseits zwischen dem Dienstleistungssektor und andererseits zwischen dem Markt für technische Produkte unterschieden.

1) Das nicht-marktliche Auslese- und Zulassungsverfahren im Dienstleistungssektor

In der Markt- und Wettbewerbstheorie gibt es keine einheitliche Nomenklatur. Bei der gedanklichen Konstruktion des Marktmodells könnte man davon ausgehen, daß es sich um die Vollständigkeit bzw. Unvollständigkeit des Marktes handelt (volle Teilbarkeit und Beweglichkeit der Güter, volle Transparenz und volle Voraussicht), der Homogenität bzw. Inhomogenität des Marktes (keine sachlichen, räumlichen zeitlichen oder persönlichen Präferenzen), Freiheit oder Regulierung des Marktes (freie bzw. regulierte Märkte, marktkonforme oder marktkonträre Regulierungen), Zahl, Verhalten und Ziele der Marktteilnehmer usw. Dieser unvollständige Katalog macht deutlich, daß das *Marktmodell ein theoretisches Konstrukt* ist, zumal die Marktteilnehmer nicht-rational agieren (homo oeconomicus).

Für unsere Betrachtung ist von Bedeutung, ob es sich um offene, beschränkt offene oder um geschlossene Märkte handelt: Wenn ein *offener Markt* vorliegt, ist es jedem Wirtschaftssubjekt unbenommen, seine Dienstleistung oder das Gut nach Belieben anzubieten oder nachzufragen. Bei einem *beschränkt offenen Markt* ist der Marktzutritt an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, die nicht jeder erfüllt und die nicht wettbewerblicher Natur sind. Bei einem *geschlossenen Markt* wird der Marktzutritt vom Staat oder zum Beispiel früher von den Zünften geregelt. Im Dienstleistungssektor dominiert nicht der offene, sondern der beschränkt offene Markt, d.h., daß das Entdeckungsverfahren nicht durch den Wettbewerb realisiert wird, vielmehr ist ein *nicht-marktliches Auslese- und Zulassungsverfahren* vorgeschaltet, das entweder direkt von der öffentlichen Hand oder durch von ihm beauftragte Stellen (z.B. TÜV) ausgeübt wird. Dieses gilt für nahezu sämtliche qualifizierten Berufe:

Aus der Vielzahl der Dienstleistungsberufe, die beschränkten Marktzutritt zu haben, seien nur genannt: Physiotherapeuten, Apotheker, Ärzte, Lehrer, Hochschullehrer, Pastoren, Rechtsanwälte, Richter, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten usw. Vor der Berufszulassung und dem damit verbundenen Marktzutritt steht eine spezielle theoretische und praktische Berufsausbildung, die häufig an den Hochschulen erfolgt und mit einer universitären oder staatlichen Prüfung abgeschlossen wird. Beispiel hierfür ist die Ärzteausbildung: Am Ende des Studiums wird das Staatsexamen abgelegt und nach zusätzlicher praktischer Ausbildung die Approbation, d.h., die Zulassung zur Berufsausübung erteilt. Dieser Ausbildungsgang und die Approbation haben nichts mit dem Markt und dem Wettbewerb zu tun, es ist eine qualifizierte akademische Ausbildung. Erst *nach* der Approbation begibt sich der zugelassene Arzt „auf den Markt“ und damit in den Wettbewerb, gleichgültig, ob er praktizierender Arzt wird, in einer Klinik oder in der Forschung arbeitet, erst nach der nicht-marktlichen Approba-

tion beginnt das Entdeckungsverfahren. Dieses gilt auch sinngemäß für die Architekten, Juristen, Betriebswirte und zahlreiche andere Berufe.

Die Empirie lehrt, daß nicht jeder „Einser“ Jurist, Mediziner, Architekt oder Ingenieur nach seiner Approbation – Zulassung – im Wettbewerb besteht und erfolgreich ist. Die staatliche Ausbildung, Prüfung und Zulassung ist für die Berufsausübung eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung, um im Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Friedrich August von Hayek weist mit keinem Wort darauf hin, daß es für zahlreiche Berufe einen vorgeschalteten nicht-marktlichen Sektor gibt, der die Grundlage des späteren Wettbewerbs- und des Entdeckungsverfahrens ist.

2) Das Auslese- und Zulassungsverfahren für technische Produkte

Nicht nur für den Dienstleistungsbereich, sondern auch für zahlreiche technische oder ähnliche Güter gibt es ein nicht-marktliches Auslese- und Zulassungsverfahren: Das gilt für nahezu sämtliche Haushaltsgeräte, die vor der Markteinführung technisch geprüft und zugelassen werden, selbstverständlich für jedes Auto, Lastkraftwagen, Kran, Fahrstuhl, Flugzeug, Wohn- oder Hochhaus, Fernsehturm und schließlich ein Atomkraftwerk. Zahlreiche Produkte werden zugelassen („approbiert“) und insbesondere Bauvorhaben nicht nur in technischer oder statischer Hinsicht vorher geprüft bzw. genehmigt, sondern nach deren Fertigstellung „abgenommen“ und damit zur Benutzung freigegeben. Diese und andere Prüfungs- und Zulassungsverfahren sind dem Markt vorgeschaltet, es sind nicht-marktliche, administrative Eingriffe in die unternehmerischen Entscheidungen, die zu einem beschränkten Marktzugang führen. Der Bau und der Betrieb von Atomkraftwerken erfolgt auf einem staatlich geschlossenen Markt.

Folgt man *von Hayeks* ohne jede Einschränkung vorgetragene These, der Wettbewerb sei ein Entdeckungsverfahren, dann könnte man wie folgt argumentieren: Wenn Heizungen Kohlenmonoxyd erzeugen und die Bewohner vergiften, wenn Autobremsen versagen, wenn Lifts oder Flugzeuge abstürzen und schließlich Atomkraftwerke explodieren – wie Tschernobyl –, dann wird der Wettbewerb (Markt) signalisieren, daß man entweder diese Produkte nicht mehr herstellen oder nicht kaufen und nicht benutzen darf, dann wäre auch der TÜV überflüssig. Ist das eine realistische Betrachtung und Bewertung der modernen technischen Welt?

Nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern auch im technischen Güterbereich ist dem Markt und dem Wettbewerb – damit auch dem Entdeckungsverfahren – ein nicht-marktliches Auslese- und Prüfungsverfahren vorgeschaltet. Entweder wird dieses durch *Friedrich August von Hayek* als selbstverständlich unterstellt – dann sollte darauf zumindest hingewiesen werden – oder aber von ihm übersehen. Wenn *von Hayek* dieses vorgeschaltete nicht-marktliche Verfahren berücksichtigt hätte, dann hätte seine „Entdeckungsthese“ an Überzeugungskraft verloren.

3) Beispiele für das nicht-marktliche Entdeckungsverfahren

Sowohl für den Dienstleistungssektor als auch für den Güterbereich könnte man hunderte oder tausende Fälle anführen, in denen das Entdeckungsverfahren ver-

sagt hat. Stellvertretend sollen aus drei – allerdings sehr unterschiedlichen – Bereichen Beispiele genannt werden: Einmal aus der Kunstgeschichte, dann aus der Medizin und schließlich aus der Politik bzw. der jüngeren Zeitgeschichte.

In der *Kunstgeschichte* gibt es nahezu keinen Bereich, in dem keine Fälschungen vorgenommen und auch heute noch in den Verkehr gebracht werden. *Frank Arnau* stellt in seinem Buch „Kunst der Fälscher – Fälscher der Kunst“²⁵ als Leitmotiv voran: „Allein in den USA befinden sich mehr als 5.000 Corots. Nach den gewissenhaften Ermittlungen der Kunstsachverständigen hat Corot jedoch nur annähernd 3.000 Werke geschaffen.“

Aus der jüngeren *europäischen „Fälschergeschichte“* sollen zwei Beispiele angeführt werden: Einmal der *Vermeer-Fälscher Han van Meegeren* und zum anderen die Fälschungen im Schleswiger Dom durch *Lothar Malskat*:

Jan Vermeer (1632-1675) gehört zu den bedeutendsten flämischen Malern, seine Bilder erzielen hohe Preise.²⁶ Als die alliierte Kunstkommission nach dem Zweiten Weltkrieg nach verschwundenen Kunstschatzen suchte, entdeckte sie in der Sammlung des Reichsmarschalls *Hermann Göring* das bisher unbekannt Bild „Christus und die Ehebrecherin“ von *Jan Vermeer*. Die Militärpolizei ermittelte *Han van Meegeren* (1889-1947) als Verkäufer an *Göring*. Unter dem Verdacht der Kollaboration mit dem Feind – das schwerste Strafen bedeutete – gestand *van Meegeren*, das er vierzehn „klassische holländische Meister“ gefälscht habe. Die größten Kunstexperten und Kunstkenner von internationalem Rang waren entsetzt, daß sie getäuscht wurden. *Van Meegeren* gestand weitere Fälschungen, nach seinem Tode – er wurde nur zu einem Jahr Gefängnis verurteilt – am 30. Dezember 1947 wurde darüber gestritten, ob die von *van Meegeren* benannten Fälschungen nicht doch echte *Vermeer*-Bilder seien.

Ein anderes Fälscher-Beispiel ist das des *Lothar Malskat*,²⁷ der im Rahmen der Restaurierungen des Schleswiger Domes (später der Lübecker Marienkirche) früh-gotische Kirchenfenster mit Tierbildern – darunter den Truthahn – malte, obgleich der Truthahn erst um 1550 von den Spaniern nach Europa gebracht wurde. Am 2. September 1951 fand die 700-Jahr-Feier der Kirche St. Marien zu Lübeck in Anwesenheit in- und ausländischer Vertreter der Kirchen, der öffentlichen Hand, der Wissenschaft usw. statt, die die einzigartigen Wandmalereien, die angeblich um 1300 entstanden waren, bewunderten. Der Kirchenmaler und Restaurator Professor *Dietrich Fey* engagierte *Malskat* als Hilfskraft. *Fey* erhielt den Ruhm, zahlte aber nur einen Stundenlohn von 1,20 Reichsmark an *Malskat*, der sich entrechtet und ausgebeutet fühlte. Am 10. Mai 1952 forderte *Malskat Fey* auf, „alle interessierten Stellen zu unterrichten, daß es sich um Neumalungen, nicht aber um Freilegungen handelte.“²⁸ Niemand wollte ihm glauben, erst eine Strafanzeige gegen sich selbst und *Fey* brachte die Fälschungen ans Licht; *Fey* wurde zu zwanzig und *Malskat* zu achtzehn Monate Gefängnis verurteilt.

Sowohl das Beispiel *Jan Vermeer* und *Han van Meegeren* als das von *Dietrich Fey* und *Lothar Malskat* belegen, daß nicht der Markt und nicht der Wettbewerb die Fälschungen „entdeckt“ haben. Über beide Fälle liegt eine gewisse Tragik: Wenn nicht *Göring* den „echten“ *Vermeer* gekauft hätte, dann könnten Kunstmu-

seen und Privatsammler stolz sein, im Besitz von *Vermeer*-Gemälden zu sein; wenn *Fey* seinen Gehilfen *Malskat* anständig entlohnt²⁹ und mit ihm den Ruhm geteilt hätte, dann würde man noch heute glauben, der Truthahn sei bereits um das Jahr 1000 nach Europa gekommen.

Im *Contergan-Fall* hat in der *Medizin* der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren versagt: Im Schlaf- und Beruhigungsmittel *Contergan* ist der Wirkstoff *Thalidomid* enthalten, das von der Pharmafirma Grünenthal vom 1. Oktober 1957 bis Ende 1961 rezeptfrei vertrieben wurde. Dieses Beruhigungsmedikament führte in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft zu schweren Fehlbildungen (Dysmalien) oder sogar zum Fehlen von Gliedmaßen und Organen (Aplasien).³⁰ Erstmals wurde 1960 über häufige Mißbildungen bei Neugeborenen berichtet, der Zusammenhang zwischen der Einnahme von *Contergan* und den Mißbildungen wurde nachgewiesen, aber die genauen biochemischen Zusammenhänge der Schädigung des Embryos sind bis heute nicht geklärt.

Die negativen Folgen des Wirkstoffes *Thalidomid* wurden nicht durch den Wettbewerb und damit nicht durch den Markt entdeckt, sondern durch den deutschen Humangenetiker Dr. *Widukind Lenz*. Der Pharmahersteller hat sich vehement gegen die Kritik gewandt, die Rezeptpflicht abgelehnt und den Kritikern Regreß angedroht. Das 1968 eingeleitete Strafverfahren wurde im Dezember 1970 „wegen geringer Schuld“ eingestellt; 1972 wurde die Stiftung zur Unterstützung der *Contergan*-Geschädigten gegründet, in die die Bundesregierung 100 Mill. DM und die Firma Grünenthal 114 Mill. DM einbrachten. In den Jahren 2007/08 hat die Firma Grünenthal bis zum Bundesverfassungsgericht versucht zu verhindern, daß ein „*Contergan*-Film“ im Fernsehen ausgestrahlt wird. Im Frühsommer 2008 haben sich sowohl die Bundesregierung als auch die Firma Grünenthal geeinigt und Mittel bereitgestellt, um die Spätfolgen der *Contergan*-Schäden zumindest finanziell zu mildern.

Es wurden bei rund 7.000 Kindern Mißbildungen an Armen und Beinen, Augen und Ohren, inneren Organen und Genitalien festgestellt, etwa 4.000 von ihnen haben nicht überlebt. Als wohl bekanntester Fall gilt der inzwischen weltberühmte Baßbariton *Thomas Quasthoff* (1959 in Hildesheim geboren).

Als drittes Beispiel, daß der Wettbewerb (Markt) nicht immer als Entdeckungsverfahren funktioniert, ist der Presseskandal um die *Hitler-Tagebücher*, die durch das Magazin „*Stern*“ präsentiert wurden:³¹

Der Maler *Konrad Kujau* (1938-2000) bot bereits 1975 einem schwäbischen Sammler sein erstes „*Hitler-Tagebuch*“ an, mit dem der „*Stern*“-Reporter *Gerd Heidemann* im Januar 1980 Kontakt aufnahm, so erlangte er Kenntnis von der Existenz der *Hitler-Tagebücher*; *Kujau* gab sich als *Konrad Fischer* aus. Dieser berichtete, daß am 21. April 1945 bei Börnersdorf (Sachsen) ein Flugzeug abgestürzt sei, in dem sich die *Tagebücher* befanden; *Heidemann* fuhr nach Börnersdorf, wo er die Gräber der Piloten fand. Unter Umgehung der Redaktion wurde die Verlagsleitung von der Echtheit der *Tagebücher* überzeugt. Im ersten Schritt wurden drei *Tagebücher* für 120.000,- DM angekauft, später veranlaßte die Ver-

lagsleitung den Ankauf von 59 Bänden für insgesamt 9,34 Mill. DM; „Stern“ zahlte bis zu 200.000,- DM pro Band.

Der Schweizer Kriminalwissenschaftler Dr. *Frei-Sulzer* bestätigt im April 1982, daß die Handschriften echt seien, der amerikanische Schriftsachverständige *Ordway Hilton* kommt zum gleichen Ergebnis, aber: In beiden Fällen wurden gefälschte Handschriften von *Kujau* miteinander verglichen. Auch das Bundesarchiv und das LKA Rheinland-Pfalz waren zuerst von der Echtheit überzeugt. Im März 1983 wiesen Experten des Bundeskriminalamtes darauf hin, daß für einige Seiten der Tagebücher Aufheller verwandt wurden, die erst in den 50er Jahren bekannt waren. Als der Kölner Historiker *Andreas Hillgruber* auf eine chemisch-physikalische Echtheitsüberprüfung drängte, titulierte ihn der Stern als „Archiv-Ayatollah“. Trotz dieser Bedenken wurden die ersten Tagebücher veröffentlicht.

Am 25. April 1983 lud der Stern zu einer internationalen Pressekonferenz ein, an der Fernsehanstalten und hunderte von Reportern teilnahmen. In der gedruckten Ausgabe des Magazins behauptete der Stern-Chefredakteur: „Große Teile der deutschen Geschichte müssen umgeschrieben werden.“ Am 6. Mai 1983 flog der Schwindel auf: Kurz nach der Pressekonferenz ergaben Untersuchungen des Bundesarchivs, des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Materialprüfung, daß es sich bei den *Hitler*-Tagebüchern um eine „grotesk oberflächliche Fälschung“ handelte. Der Fälscher habe plump aus der von *Max Domarus* veröffentlichten Sammlung von *Hitler*-Reden abgeschrieben. *Konrad Fischer* entpuppte sich als *Konrad Kujau*, sein Bruder, der angebliche NVA-General *Heinz Fischer*, war Gepäckträger bei der DDR-Reichsbahn. Materialtechnisch wurde festgestellt, daß es sich eindeutig um Nachkriegspapier handelte, bei der Bindung wurden Materialien verwendet, die erst seit den 50er Jahren produziert wurden und die Tinte kaum älter als zwei Jahre war. Es war der Super-GAU nicht nur für den Stern, sondern für den deutschen Journalismus.

Sowohl *Kujau* als auch *Heidemann* wurden angeklagt: *Kujau*, der die Fälschungen gestand, wurde zu vier Jahren und sechs Monaten, *Heidemann* zu vier Jahren und acht Monaten verurteilt; *Kujau* wurde wegen seines Krebsleiden nach drei Jahren begnadigt, er starb im Jahr 2000. Der Regisseur *Helmut Dietl* brachte die Absurditäten der damaligen Ereignisse auf die Leinwand, sein Film „Schtunk!“ brachte ihm eine Oscar-Nominierung ein.

Der Skandal um die gefälschten *Hitler*-Tagebücher belegt ein Doppeltes: Nicht der Wettbewerb hat diese Fälschungen entdeckt, sondern Fachleute in den zuständigen Dienststellen, im Bundesarchiv, Bundeskriminalamt und im Bundesamt für Materialprüfung. Wenn diese Fälschungen nicht oder erst wesentlich später entdeckt worden wären, dann hätte der Nachrichtenmarkt weltweit die vermeintlichen *Hitler*-Tagebücher in zahlreichen Sprachen gedruckt, die Katalaktik hätte funktioniert und es wäre ein lukratives Geschäft geworden; der Stern hätte mehr als die gezahlten 9,34 Mill. DM als Gewinn verbucht. Es wäre ein marktwirtschaftlicher Erfolg gewesen, der aber auf Grund nicht-wettbewerblicher Vorgänge zum Verlust führte.

IV. Die Grenzen des wettbewerblichen Entdeckungsverfahrens

Es ging nicht um die Frage, ob der Wettbewerb – die Marktwirtschaft – der Planwirtschaft überlegen ist, denn dieses ist mit dem Zusammenbruch des Sozialismus entschieden. Es ging vielmehr darum, ob – wie von *Friedrich August von Hayek* dargelegt – der *Wettbewerb ein allgemeingültiges Entdeckungsverfahren* ist. Dieses ist nicht der Fall: Nahezu sämtliche *qualifizierten Berufe* (Dienstleistungen) müssen eine theoretische oder praktische Ausbildung absolvieren, Examina ablegen und eine Berufszulassung (Approbation) erhalten, die nichts mit dem Wettbewerb zu tun haben. Erst nach der Approbation beginnt das Entdeckungsverfahren des Marktes; nicht jeder „Einser-Jurist“ oder „Einser-Mediziner“ ist im Wettbewerb erfolgreich. Nahezu sämtliche *technischen Produkte* werden vom Staat oder von ihm Beauftragten zugelassen und unterliegen der regelmäßigen Kontrolle bzw. Überwachung; das gilt für die Heizung, das Auto und das Atomkraftwerk. Das heißt, daß der Staat es nicht dem Wettbewerb (Markt) überläßt zu entdecken, ob das betreffende Produkt funktionstüchtig ist. Erst wenn die technische Zulassung vorliegt und die regelmäßigen Überprüfungen bestanden sind, beginnt der Wettbewerb, der die nicht-marktliche Zulassung und deren Kontrollen voraussetzt.

Aus den tausendfachen Vorgängen haben drei Beispiele die *Grenzen des Entdeckungsverfahrens* belegt: Die Kunstwelt würde von fünf oder sechs zusätzlichen Gemälden des *Jan Vermeer* ausgehen, wenn *van Meegeren* seine Fälschungen nicht gestanden hätte; tausende Kinder wären durch die Einnahme von Contergan mißgebildet auf die Welt gekommen, wenn nicht einige Ärzte auf die Ursachen hingewiesen hätten; die Zeitgeschichte hätte neu geschrieben werden müssen, wenn nicht Technokraten die Fälschungen erkannt hätten. Auf dem Markt würden die gefälschten Bilder mit hohen Preisen bewertet, die Pharmafirma würde weiterhin Gewinne machen und der Fälscher sowie die Journalisten würden Ruhm und Geld verdienen. Die Katallaktik funktioniert, aber sie entdeckt nur auf der Basis nicht-wettbewerblicher Ordnungssysteme.

Anmerkungen

- 1) F. A. von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel 1968 (die Seitenangabe erfolgt im Text).
- 2) Stellvertretend sei genannt: Michael Fritsch/Thomas Wein/Hans-Jürgen Ewers: Marktversagen und Wirtschaftspolitik – Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns, 4. Aufl., München 2001.
- 3) Friedrich August von Hayek schlägt vor, die Theorie, die das Funktionieren des Marktes erklärt, Katallaktik zu nennen, nach dem griechischen Wort mit der Bedeutung „tauschen“ oder „Handel treiben“. „Ich habe daher vorgeschlagen, daß wir das Spiel des Marktes ... ‚Spiel der Katallaxie‘ nennen.“ So Friedrich A. von Hayek: Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, in: Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze 63, Tübingen 1977; Aufsatz: Der Atavismus „soziale Gerechtigkeit“, S. 23-28, zitiert S. 27.
- 4) Beispiel für eine „sinnlos“ erscheinende Katallaxie ist die Börse, wo „wild durcheinander“ lautstark Kurse gerufen oder über den Ticker genannt werden. Am Ende des Börsen-

tages werden aus dieser spontanen (Un-)Ordnung Kurse (Ergebnisse) gebildet. Wie die Börsenhändler so verfolgen auch die Marktteilnehmer keinem einheitlichen Zielsystem und erreichen dennoch ein Ziel; das sinnlose Handeln ist durchaus sinnvoll.

5) John Kenneth Galbraith läßt in seinem Roman „Baisse“ (Frankfurt a.M. 1992, S. 59) eine Professorin sagen: „Sie dürfen niemals vergessen, mein Lieber, daß akademisches Ansehen auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften nicht dadurch erreicht wird, daß man vorführt, wie die Welt funktioniert. Das hat schon Keynes gewußt. Hätte er seine Allgemeine Theorie durchweg verständlich geschrieben, wäre sie nicht zur Kenntnis genommen worden. ... Und wen man nicht versteht, den bewundert man in besonderem Maße. Alle sind bestrebt, so zu tun, als hätten sie ein Geheimnis ergründet. Dies erhebt ihn über alle.“ Zitiert nach Rainer Ölten: Wettbewerbstheorie und Wettbewerbspolitik, 2. Aufl., München-Wien 1998, S. 3 (Vorwort).

6) Siehe hierzu Erich Hoppmann: Zum Problem einer wirtschaftspolitisch praktikablen Definition des Wettbewerbs, in: Hans K. Schneider (Herausg.): Grundlagen der Wettbewerbspolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 48, Berlin 1968, S. 9-49, zitiert S. 47.

7) Siehe Hoppmann, S. 9 f.

8) Ebenda, S. 10 (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.).

9) Ebenda, S. 47 (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.).

10) Alfred Müller-Armack: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947; Faksimilie-Ausgabe: Bertram Schefold/Otto Schlecht/Christian Watrin: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft – Vademecum zu einem Klassiker der Ordnungspolitik, Düsseldorf 1999 (es wird aus dem Original von 1947 zitiert).

11) Ebenda, S. 85 (Hervorhebungen abweichend vom Original, Jk.) Ebenda, S. 96 (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.).

12) Ebenda, S. 96 (Hervorhebung erfolgte durch und Jk.).

13) Bemerkenswert ist, daß weder in das Grundgesetz von 1949 noch bei den späteren Novellierungen das ordnungspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft verfassungsrechtlich festgeschrieben wurde. Daher hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Investitionshilfeurteil vom 20. Juli 1954 „den Grundsatz der wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes“ festgestellt. Dagegen ist seit 1949 die Sozialisierung von Grund und Boden, der Naturschätze und Produktionsmittel in Art. 15 GG weiterhin enthalten.

14) Siehe Ludwig Erhard: Deutsche Wirtschaftspolitik – Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf-Wien und Frankfurt 1962, S. 118-122, zitiert S. 120.

15) Siehe Volker Hentschel: Ludwig Erhard – Ein Politikerleben, Berlin 1998 (Taschenbuchausgabe), S. 223-231.

16) Erhard: Zehn Thesen zur Verteidigung der Kartellverbotsgesetzgebung, S. 201-208.

17) Ebenda, S. 202.

18) Ebenda, S. 205.

19) Ebenda, S. 206.

20) Erhard: Die Ziele des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, ebenda, S. 267-275.

21) Ebenda, S. 268.

22) Ebenda, S. 271 f. (Hervorhebungen erfolgten durch uns, Jk.).

- 23) Ein enger Mitarbeiter von Ludwig Erhard in der Bi-Zonenverwaltung, Leonhard Miksch, hat bereits 1937 festgestellt: „Die Wettbewerbsordnung des Staates, dessen Bedeutung die Klassiker nicht oder nicht genügend erkannt haben, rückt in den Mittelpunkt, aus der ‚Naturordnung‘ wird eine staatliche Veranstaltung“. So Leonhard Miksch: Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung, in: Ordnung der Wirtschaft, Heft 4, Stuttgart-Berlin 1937, S. 9.
- 24) Fritz Marbach: Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950, S. 205.
- 25) Frank Arnau: Kunst der Fälscher – Fälscher der Kunst – Dreitausend Jahre Betrug mit Antiquitäten, Berlin-Darmstadt-Wien 1961.
- 26) Ebenda, S. 279-305. Luigi Guarnieri: Das Doppelleben des Vermeer, aus dem Italienischen, München 2005
- 27) Arnau, S. 306-320 („Der Truthahn oder der Fall Malskat“).
- 28) Ebenda, S. 315.
- 29) Die meisten „Gammelfleischskandale“ sind weder durch den Wettbewerb noch durch die zuständigen Behörden, sondern häufig durch Anzeigen enttäuschter Mitarbeiter bekannt geworden, die nicht befördert, anständig besoldet oder die entlassen wurden. Es sind gesetzliche Bestrebungen im Gange, die „Whistleblower“ – die jemanden „verpfeifen“ – besser rechtlich zu schützen.
- 30) Siehe Beate Kirk: Der Contergan-Fall: eine unvermeidbare Arzneimittelkatastrophe? – Zur Geschichte des Arzneistoffs Thalidomid, in: Greifswalder Schriften zur Geschichte der Pharmazie und Sozialpharmazie, Bd. 1, Stuttgart 2000; L. Zichner/M.A. Rauschmann/K.D. Thoman (Herausg.): Die Contergankatastrophe – eine Bilanz nach 40 Jahren, Darmstadt 2005.
- 31) Siehe: Erich Kuby: Der Fall „Stern“ und die Folgen, Hamburg 1983; Peter-Ferdinand Koch: Der Fund – Der Skandal des Stern – Gerd Heidemann und die Hitler-Tagebücher, Hamburg 1990; Robert Harris: Selling Hitler: Story of the Hitler Diaries, London 1991; Michael Seuffert: Der Skandal um die Hitler-Tagebücher, Frankfurt 2008.

Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Jenkis lehrte Wohnungswirtschaft und Raumplanung an wissenschaftlichen Instituten im In- und Ausland; heute wirkt er als freier Publizist in Garbsen.

Lassen sich Finanzkrisen vermeiden?

Als vor rund 20 Jahren das sowjet-kommunistische System in sich zusammenbrach, wußten viele von uns, daß dieses sozialistische System keinen Bestand haben konnte. Aber wer hat sich die Frage gestellt, ob das anglo-amerikanische Modell eines Wirtschaftsystems, das sich in „freien Märkten“ entwickelt, dem Gewinnstreben höchste Priorität einräumt und damit das Kapital überbetont, nicht einer Verbesserung bedarf (siehe auch Luttwak, 1999, S. 19)? Der zwischen Kommunismus und Kapitalismus eingeschlagene dritte Weg der sozialen Marktwirtschaft war längere Zeit prosperierend. Doch dann erfolgte im Zusammenhang mit der begrüßenswerten Globalisierung (Luttwak, 1999) eine Verschiebung von einer ausgeglichenen Waren- und Geldwirtschaft hin zu einer überbordenden Kapital- und Schuldenwirtschaft, die Ende des vergangenen Jahrhunderts zu zahlreichen und nun zu einer dramatischen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat. Besonders bedenklich ist dabei, daß diese Entwicklung – *Wolfgang Ockenfels* spricht von der „Folge eines Moraldefizits“ – begleitet wird mit einem Werteverlust, der, wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern, vielleicht eine hohe Kultur und gesunde Zivilisation zerstört.

Krisen

Finanz- und Wirtschaftskrisen hat es inzwischen schon ziemlich viele gegeben (<http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftskrise>). Die Tulpenkrise war vor 372 Jahren in Holland. Der Eisenbahnboom begann 1825 in England (Linneweber, 2008) und führte um 1847 zu einer heftigen Wirtschaftskrise. Die Krise von 1857, die *Christoph Birnbaum* unter „Schwarzer Herbst“ beschreibt, war die erste Weltwirtschaftskrise. Die nächste bislang wohl bedeutendste Weltwirtschaftskrise begann 1929. Sie hatte verheerende Auswirkungen. Nach den Ölkrisen 1973 und 1979 folgten zahlreiche weitere Krisen gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts: in Mexiko, Ost-Asien 1997-98, Rußland 1998-99, Brasilien und Argentinien. Dann gab es noch die Dotcom-Blase. Der Wirtschaftsnobelpreisträger *Joseph Stiglitz* schreibt in seinem sehr lesenswerten Buch auf S. 240: „Die Milliarden von \$, die der IWF bereitstellte, dienen dazu, den Wechselkurs für kurze Zeit auf einem langfristig nicht haltbaren Niveau abzustützen; unterdessen können die Ausländer und die Reichen ihr Geld (durch die offenen Kapitalmärkte, die der IWF den Ländern aufoktroziert hatte) zu günstigen Bedingungen außer Landes schaffen“, und auf S. 243: „Die Kapitalmarktliberalisierung hatte zu einer destabilisierenden Spekulation geführt“.

Inzwischen haben sich die Kapitalmärkte, die eigentlich ein sinnvolles Maß an Kontrolle brauchen (Luttwak, 1999, S. 11), weitgehend verselbständigt. Dient die Finanzwirtschaft noch der Realwirtschaft? *Paul Kirchhof* meint: „Der moderne Finanzmarkt ... entfernt sich mehr und mehr von der Realwirtschaft kon-

kreter Produktion. Dadurch verliert er das Maß für die Knappheit und damit für den Wert des Guts.“ Ist nicht Spekulation im großen Stil die wichtigste Ursache für Krisen? Und wurden Krisen nicht besonders begünstigt durch zu geringe oder gänzlich fehlende Eigenkapitaldecken und zu hohe Staatsverschuldungen? Sind die Unternehmen – und man muß die Regierungen dazuzählen – gezwungen, sich den Wünschen der „Financial Engineers“ zu beugen?

Um solchen Fragen wenigstens zum Teil nachgehen zu können, sollte man sich einige Zahlen in Erinnerung rufen und versuchen, diese zu verinnerlichen:

Die Menge des Kapitals, das von einer Währung in eine andere gewechselt wird, ist gigantisch: Sie betrug 1999 global rund 1,5 Billionen US \$ pro Tag! (Gray, 1999, S. 88; Lorz, 2000; Brönstrup, 2000; Goertz, 1999).

Mit 6 Milliarden Menschen auf unserer Erde entsprach das ~ 250 US \$ pro Person und Tag.

~ 22% aller Menschen mußten mit weniger als 1 US \$ / Tag auskommen (Kevenhörster, 2000), ~ 47% mit weniger als 2 US \$ / Tag (Stiglitz, 2002, S. 39).

Die globale Schuldenlast lag bei 1,7 Billionen US \$, entsprach also dem täglichen globalen Kapitaltransfer.

Etwa 1/50 davon, ~ 33 Milliarden US \$, betrug die jährliche Entwicklungshilfe (Kevenhörster, 2000).

Das Welt-Bruttosozialprodukt lag bei 30 Billionen US \$, (Thurow, 1996, S. 194) nur ~ 1/18 des jährlichen Kapitaltransfers.

Da der jährliche globale Export um 1999 nur 3 Billionen US \$ (Thurow, 1996, S. 326) ausmachte, war der globale Kapitaltransfer ~180-mal größer! *Bernard A. Lietaer*, ein ehemaliger Broker, von *Goertz* zitiert, meinte, daß 98% spekulativ waren und nur 2% zur Bezahlung von Waren benötigt wurden. *Norbert Walter* schrieb vor zwei Jahren: „Das Volumen der Geldbewegung überstieg das der Güterbewegung zu Beginn dieses Jahrhunderts um mehr als das Hundertfache.“

Da zur Bezahlung der weltweit gehandelten Waren nur eine Summe benötigt wird, die somit geringer ist als 1% des Kapitaltransfers und Absicherungsgeschäfte kaum ein weiteres Prozent beanspruchen dürften, stellt sich die Frage nach dem gigantischen Rest, der offensichtlich rein spekulativer Natur sein muß (Kauf von „Optionen“, Spekulation auf steigende oder fallende Kurse, etc.). Dieser besteht wahrscheinlich zum großen Teil auch aus den enormen Schulden vieler Staaten. Lassen sich nicht solche Finanzposten geschickt in undurchschaubare Derivate verpacken und wie beim „Schwarzen Peter“ in großer Stückzahl weiterreichen und wegen völlig unzureichender Kontrolle und Bewertung, also ohne solide Prüfung, verkaufen? Das läßt riesige Finanzblasen wachsen und begünstigt Krisen mit allen ihren schlimmen Auswirkungen auf die Ökonomie.

Probleme

Die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine Tatsache. Als verantwortungsbewußte Menschen fragen wir uns, ob wir sie gedanken- und tatenlos hinnehmen müssen oder darüber nachdenken sollten, wie solchen Krisen am besten zu be-

gegen ist. Ist es fair, von den Ökonomen, in deren Forschungs- und Zuständigkeitsfeld Finanzkrisen fallen, zu fordern, daß sie diese allein meistern? Aus der Vergangenheit mußten wir leider lernen, daß durch ihre Arbeiten und Anstrengungen Krisen sich doch nicht vermeiden ließen. Geht das deshalb uns Steuerzahler nicht auch alle an? Ist es nicht unsere Pflicht, uns jetzt einzumischen und alles zu tun, um solche Krisen möglichst zu vermeiden, zusammen mit den Ökonomen, Politikern und allen Menschen, die Frieden, Gerechtigkeit, die Überwindung der Armut und Not sowie den verantwortungsbewußten Umgang mit dem, was uns anvertraut ist, ebenfalls wollen. Das betont auch *Karl Kardinal Lehmann*.

Ein Physiker kann dazu nur Anregungen, bestenfalls einen sehr kleinen Beitrag leisten, im Bewußtsein seines sehr begrenzten Wissens, in Bescheidenheit und Demut. Wer sich über ein Jahrzehnt lang mit finanzwissenschaftlichen Problemen befaßt, viel über Globalisierung gelesen und an einer Konferenz zu diesem Thema in Leuven teilgenommen hat, zu der der frühere belgische Ministerpräsident *Verhofstad* eingeladen hatte, und außerdem viele Artikel in ökonomischen Fachzeitschriften nicht nur gelesen, sondern verinnerlicht und auch selbst intensiv über die Ursachen von Krisen nachgedacht hat, sieht vielleicht mehr als jemand der meint: „Krisen hat es immer gegeben und wird es auch zukünftig geben“. Da es nicht bewiesen ist, daß Finanzkrisen unvermeidbar sind, fragt er sich nämlich, ob diese sich nicht doch vermeiden lassen.

Zur Beantwortung dieser Frage müssen die Kategorien „beschreiben“ und „verstehen“ getrennt betrachtet werden, und dann ist zu verdeutlichen, was „verstehen“ heißt. Vorweg dazu eine These: Kein Politiker, kein noch so guter Ökonom und kein Mensch kann die jetzige Krise wirklich verstehen! Als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung dient das logische Argument: Wenn wir Krisen verstünden, gäbe es sie nicht!

Im Nachhinein kann man einen Vorgang „beschreiben“, z. B. das Wetter vom Vortag. Weshalb es so war, es zu „verstehen“ ist ungleich schwieriger. Das würde nämlich ein mathematisches Klimamodell voraussetzen, das verlässliche Prognosen erlaubt. Ein derartiges Modell muß an der Wirklichkeit getestet werden. Beschreibt es die Realität nicht, ist es falsch. Der englische Philosoph *Karl Popper* hat darauf hingewiesen, daß es grundsätzlich unmöglich ist, ein Modell zu verifizieren, weil es bei komplexen Modellen immer viele Parameter gibt und es deshalb sein kann, daß das Modell wegen der speziellen Parameterwahl in einem Fall oder sogar in mehreren die Wirklichkeit zufällig richtig, in anderen Fällen aber falsch wiedergibt. 100% Sicherheit hat man (bis auf den Tod und die Steuern) nie. Modelle, die immer wieder die Wirklichkeit korrekt beschreiben, heißen „validiert“ (werthaltig, gültig).

In der Physik haben wir sehr viele validierte Modelle, wie unsere technischen Geräte beweisen. Selbst das extrem komplexe Geo-Positionssystem ist validiert. Auch die Quantenmechanik und die Quantenchromodynamik sind weitgehend validiert. Aber wir sind nicht im Besitz einer Weltformel! Viele Details in der Technik und im Alltagsleben können wir sehr gut vorhersagen und erklären.

Aber die Welt in ihrer vollen Komplexität nicht und deshalb auch nicht verstehen.

Dieses Problem hat auch die Ökonomie. Die Zinseszins-Rechnung ist validiert. Auch gilt das für einfache ökonomische Sachverhalte. Aber es gibt kein validiertes universelles ökonomisches Modell, das alle marktwirtschaftlichen Phänomene im Rahmen eines mathematischen Modells quantitativ beschreibt und somit erklärt. Es gibt darum dort auch keine Vorhersagen. Die Wirtschaftsweisen benutzen zwar ihre nicht-validierten Modelle für ihre Berechnungen. Diese sind aber nie verlässliche Vorhersagen, sondern lediglich Projektionen, die mehr oder weniger ungenau sind und Abweichungen von der Realität zeigen. *Klaus F. Zimmermann*, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, schrieb im Oktober 2008: „Schließlich liefert die Vielfalt wichtige Informationen über die Genauigkeit des Erkenntnisstandes der Profession.“ In weisen Worten fügt er hinzu „Genaueres wissen aber nur Kaffeesatzleser und Wahrsagerinnen.“ Man sollte aus diesen Gründen für die Ökonomen Verständnis aufbringen. Sie können es nicht besser! Die Ökonomen haben es nämlich ungleich schwerer als Physiker, die nur Phänomene aus der leblosen Welt beschreiben, weitgehend erklären und somit auch verständlich machen. In der Ökonomie geht es aber zusätzlich zum Waren- und Geldverkehr auch noch um den Menschen mit seinen mathematisch nicht quantifizierbaren Emotionen. Wie will man die Nervosität eines Anlegers oder „Gier“ erfassen, um sie in ein mathematisches Modell einzubauen?

Die Schwierigkeiten mit dem Fehlen universeller validierter Modelle haben alle Wissenschaften. Das ist prinzipiell einleuchtend. Niemand ist, wie der Finanzwissenschaftler *Lars Feld* es treffend formuliert hat „im Besitz des heiligen Grals“. Für die Gesellschaftswissenschaften gilt das ebenfalls. Der Kulturwissenschaftler *Harald Welzer*, der das Zentrum für Interdisziplinäre Gedächtnisforschung leitet, schreibt: „Erstaunlicherweise verfügen weder Soziologie noch Politologie oder Geschichtswissenschaft über eine Theorie oder auch nur über Konzepte zur Beschreibung oder Erklärung solcher sich selbst dynamisierender Gesellschaftsprozesse. ... Ohne eine adäquate Theorie aber gibt es keine Möglichkeit, solche Phänomene wahrzunehmen, zu analysieren und gegebenenfalls zu steuern.“

Ist das wirklich erstaunlich? Hätten wir ein ihr Gebiet betreffendes validiertes Modell, ließen sich Kriege vermeiden. Liegt es nicht an der außerordentlichen Komplexität des rational und oft irrational handelnden „homo sapiens-sapiens“ und an der Vielfalt der auch in der leblosen Welt noch schlummernden Geheimnisse, daß es letztlich in allen Wissenschaftsdisziplinen wahrscheinlich nie ein universelles validiertes mathematisches Modell (in der Physik die „Weltformel“) geben wird? Haben wir darum nicht allen Grund zur Bescheidenheit und Demut? Sollten wir deshalb nicht auch einsehen, daß wir nur dann verlässliche Prognosen machen können, wenn wir validierte Modelle dafür haben? Sonst können wir doch nur „Meinungen“ äußern, oder auf der Grundlage unserer nicht-validierten Modelle lediglich „Projektionen“ abgeben. Natürlich kann jemand, auch wenn er das nicht zu beweisen vermag, zu Aussagen gelangen, welche zukünftige Ent-

wicklungen weitgehend richtig wiedergeben. Das gelingt besonders dann, wenn „implizit“ die wesentlichen naturgesetzlichen Einflüsse „mitgenommen werden“ und bewußt oder unbewußt in weiser Ahnung, mit dem „richtigen Gespür“ vorgegangen wird, so wie das ein langfristig und nachhaltig denkender, erfolgreicher Unternehmer tut.

Die *Long Term* Geschichte

Wer wirklich einen Blick hinter die ökonomischen Kulissen der wichtigsten Akteure der Welt werfen möchte, dem ist das sehr aufschlußreiche Buch von *Paul Bluestein*, einem Korrespondenten der *Washington Post* zu empfehlen, der nicht nur den IWF durchleuchtet, sondern auch das Schicksal des Long Term Hedge Fonds beschreibt. Die Long Term Geschichte (Bluestein, S. 306 ff) zeigt deren farbenfrohe Aspekte, die sehr bekannt sind – besonders wegen ihrer Stars in der Liste der Geschäftspartner, zu denen ein früherer stellvertretender Vorsitzender der Federal Reserve Bank gehörte wie auch zwei Ökonomie-Nobelpreisträger, deren Theorien darüber, wie Märkte zu funktionieren scheinen, die Basis bildete für den Großteil der Strategie von Long Term. Dennoch, die essentiellen Umstände über Long Terms meteorhaften Aufstieg und Fall bleiben verblüffend. Die Firma war ~1993 gegründet worden und hatte nie mehr als 190 Mitarbeiter. Aber der Gewinn von 2,1 Mrd. \$ in 1996 war größer als der von McDonald, und die 140 Mrd. Aktivvermögen konnten mit den größten Finanzinstitutionen der Welt mithalten. Im Zenit hatte Long Term ein Kapitalvermögen von 7 Mrd. \$. Die Long Term Leute meinten, bei minimalem Risiko die Investoren mit jährlich 40% belohnen zu können. Aber alles löste sich in Rauch auf, in einer Periode von nur 5 Wochen, was die globale Krise von 1998 näher denn je an den Punkt brachte, an dem die gesamte US-Ökonomie erschüttert worden wäre.

Erkennen die Finanzwissenschaftler die Gefahr des „Financial Engineering“? Sieht man noch den Unterschied zwischen realem und virtuellem Geld, den „Derivaten“? Hat inzwischen der notwendige Paradigmenwechsel besonders in der Finanzwirtschaft stattgefunden? Wahrscheinlich nicht, und deshalb kam es, wie es kommen mußte: Nach der Long Term Krise 1998 kam zehn Jahre später die US-Immobilienkrise, die nun die ganze Welt erfaßt.

Wir wissen, daß Wissenschaftler die Neugier treibt, Spekulanten jedoch die Geldgier. So wie jeder Mensch mehr oder weniger sündhaft ist, vielleicht sogar korrupt, ist jeder auch mehr oder weniger Spekulant. Das ist menschlich. Aber Spekulation im großen Stil, besonders unter Mitwirkung großer Banken, verursacht Krisen. Weil wir kein validiertes universelles ökonomisches Modell haben, können wir Krisen weder verstehen noch vorhersagen und nie mit absoluter Sicherheit vermeiden.

Sollen wir uns damit begnügen? Die Vorgehensweise eines Wissenschaftlers ist es, zwar skeptisch, aber mutig die Grenzen des Wissens immer weiter in den Bereich des Nicht-Wissens zu verschieben. Die politische Umsetzbarkeit seiner Ideen oder Vorschläge liegt nicht in seiner Macht. Weil Krisen volkswirtschaft-

lich so gewaltige Schäden anrichten, kann er sich nur fragen, was er tun kann, um sie möglichst zu vermeiden oder, daß sie nicht so verheerende Folgen haben, wenn sie nicht verhindert werden können.

Wir können zwar Finanzkrisen nicht verstehen. Aber heißt das logisch zwingend, daß wir sie deswegen nicht vermeiden können? Ein einfaches Beispiel: Wer versteht schon genau, was in einem laufenden Automotor vor sich geht? Trotzdem können wir ihn einfach abstellen. Bei Finanzkrisen geht das nicht so leicht. Doch da führt ein anderes Beispiel weiter. Der Ärzteschaft gelingt es durch Schutzimpfungen mit großem Erfolg, die Gefahr von Epidemien weitgehend zu verhindern. Sollten sich analog dazu durch geeignete Maßnahmen nicht auch Krisen vermeiden lassen? Die Politiker versuchen das durch eine Fülle von Gesetzen und Regelungen und eine stärkere Bankenaufsicht zu erreichen (vgl. auch Steffens, 2009). Die Spekulanten aber agieren phantasievoll und betreiben, wie *Stephan Lina* schreibt, „weltweite Zockerei mit Wertpapieren, deren komplexe Konstruktion und deren Risikopotential sowohl die Banken als auch die Aufsichtsgremien nicht mehr durchschauten“. So finden sie immer wieder neue Schlupflöcher oder Finanzinstrumente, die erst recht kein normaler Mensch mehr versteht und hebeln das System aus, bis die nächste Krise kommt. Haben die Ökonomen, Politiker und wir alle aus den vielen Krisen der vergangenen 400 Jahre gelernt? Sind wir nun bereit einzusehen, daß unsere bisherigen ökonomischen Werkzeuge nicht mehr ausreichen und es jetzt Zeit ist für einen Paradigmenwechsel, wobei wir auch die in anderen Wissensgebieten bewährten Methoden einbeziehen sollten? Wenn die Politiker nicht wirksame Gesetze beschließen, sind sie immer gezwungen zu reagieren. Der Steuerzahler muß dann immer die Rechnung begleichen.

Um Krisen zu vermeiden, müssen wir angesichts der Kenntnis der gigantischen Finanzströme die Akteure betrachten, und das sind einerseits die Regierungen, andererseits die Bürger und sonstigen Institutionen, wie Banken, Versicherungen, Firmen etc. Allen Details explizit nachzugehen ist nicht möglich. Wir versuchen es deshalb implizit. Die Ökonomen *Michael Frenkel* und *Lukas Menkhoff* haben schon im Jahre 2000 einen ordnungspolitischen Rahmen gefordert: „Dieser muß sicherstellen, daß keine aus volkswirtschaftlicher Sicht unangemessenen Risiken eingegangen werden, deren Erträge privat anfallen, die aber der Allgemeinheit Kosten aufladen können.“ Haben die Regierungen in der westlichen Welt, in unseren demokratischen Staaten, oder sonst irgendwo auf der Erde das gesetzlich festgelegt? *Udo Steffens* schreibt: „Daher drängt sich die Frage nach Staatsversagen auf“. *Balling* und *Dege* meinen „Der Bock wird Gärtner“. Und *Patrick Adenauer* macht sich Gedanken über „die durch Staatsversagen entstandene Not“. Erst wenn wir die Frage beantwortet haben, was ordnungspolitische Maßnahmen sind, macht es Sinn zu fragen wie man sie implementieren könnte.

Die alte Ordnung

Seit mehr als dreitausend Jahren kennen wir fundamentale Regeln: die Zehn Gebote. Das 5. Gebot lautet: „du sollst nicht töten!“ Wie uns die Erzählung von

Kain und *Abel* lehrt, war es offenbar in grauer Vorzeit nicht ungewöhnlich, daß ein Mensch einen andern, auf den er entweder einen schrecklichen Groll empfand oder der ihm Schlimmes angetan hatte, einfach tötete um sich damit des Problems zu entledigen. Bis auf Kriege, wo wir Menschen in unserer geistigen Entwicklung offenbar immer noch in der Vorzeit steckengeblieben sind, ist Töten heute nicht mehr zulässig. Es hat Jahrhunderte gedauert bis, bedingt durch die Aufklärung, die Menschenrechte anerkannt wurden. Leider ist das noch nicht in allen Staaten der Fall. „Moderne“ Staaten haben ordnungspolitische Rahmenseetzungen, die besagen, daß nur der Staat das Gewaltmonopol hat und Gesetzesbrecher bestraft, dabei aber die Menschenwürde beachten muß. Staaten, in denen es die Todesstrafe noch heute gibt, sind noch nicht in der Gegenwart angekommen. Bei fortschrittlichen Staaten sollte auch der Opferschutz Vorrang haben gegenüber dem Täterschutz.

Es gibt auch noch das 7. Gebot „du sollst nicht stehlen!“ und das 10. „du sollst nicht begehren deines nächsten Hab und Gut!“. Dabei handelte es sich früher immer nur um materielle Güter. Die entsprechende ordnungspolitische Rahmenseetzung des Staates ahndet deshalb Diebstahl, Einbruch und Raub etc. Erst als Geld ein wesentliches Element des Handels wurde, wurden auch Geld-Diebstahl und Bankeinbrüche verfolgt und geahndet. Die Kapitalwirtschaft hat sich aber weiterentwickelt und verselbständigt, in einer Weise, daß die Regierungen praktisch den Einfluß verloren haben. Schon früher war auf diesen Sachverhalt hingewiesen worden (Luttwak, 1999, S. 353). Das hatte die Ökonomen *Frenkel* und *Menkhoff* zu ihrem Appell veranlaßt. Bisher wurden aber immer noch die Spekulanten geschont und die Steuerzahler belastet. Es läßt sich nicht beweisen, daß es ökonomisch besser ist, wenn die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Die soziale Marktwirtschaft deutet eher das Gegenteil an. Es soll hier nicht die Frage vertieft werden, ob sich die jetzige Krise hätte vermeiden lassen, wenn die westlichen Regierungen die Forderung von *Frenkel* und *Menkhoff* gesetzlich fixiert hätten. Eine durchaus nicht uninteressante Schuldfrage. Man könnte sogar heute fragen, ob die Verwirklichung der Forderung von *Frenkel* und *Menkhoff* nicht viel effektiver wäre als finanzpolitische Rettungsmaßnahmen. Wer sich fragt, wie die Forderung dieser Ökonomen praktisch umgesetzt werden könnte, muß feststellen, daß das gar nicht so einfach geht. In jedem Fall ist zu hoffen, daß es nicht wieder Jahrhunderte dauert, bis wir die allen Menschen dienende Optimierung der Kapitalwirtschaft erleben dürfen.

Ist nicht die kurzfristige Spekulation die eigentliche Ursache von Krisen? Das besser zu verstehen erfordert eine vernünftige Unterscheidung zwischen den Begriffen „kurzfristig“ und „langfristig“. Schon *Joseph Stiglitz* hat, wie eingangs zitiert, auf die Probleme verwiesen, die resultieren, wenn für kurze Zeit Aktivitäten entwickelt werden, die langfristig nicht haltbar sind. Ein bekannter deutscher Ökonom, den der Autor aus menschlichen Gründen sehr schätzt, dessen Name aber hier nicht genannt werden soll (NN), schrieb in einem Kommentar: „Für den einzelnen Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen ist es ein enormer Vorteil, wenn er über Vermögensbestandteile verfügt, die er jederzeit sozusagen in Sekundenschnelle verkaufen kann.“

Für Buchungsvorgänge findet diese Meinungsäußerung eines Ökonomen aus der Sicht eines Physikers volle Zustimmung. In der Physik sind Zeitmessungen Routine, die Zeiträume umschließen von kleiner als eine Milliardstel Sekunde bis größer als eine Billion Jahre. Wenn aber der Ökonom im Zusammenhang mit Pensionszahlungen schreibt: „Damit die Pensionen pünktlich bezahlt werden können, bedarf es der Finanztitel, die liquide sind, d. h. jeder Zeit verkauft werden können“, muß hinterfragt werden, ob nicht „jeder Zeit“ ebenso wie „in Sekundenschnelle“ der Kategorie „kurzfristig“ zugeordnet werden muß. Pensionszahlungen müssen aber durch langfristige Rücklagen bereitgehalten oder anderen Haushaltstiteln (Umlageverfahren) entnommen werden, also bedacht und auf einer Zeitskala von vielen, im Mittel 20 Jahren, eingeplant werden. Das ist zweifelsfrei langfristig, auch wenn die Überweisungen letztlich pünktlich und damit kurzfristig erfolgen sollen.

Die ökonomisch erforderliche Planung und Entscheidungsphase ist somit eindeutig langfristiger Natur. Was wäre der Vorteil kurzfristigen Handelns, wenn langfristig überlegte, angepaßte Vorgehensweise möglich und wahrscheinlich sogar besser ist? *Michael Rutz* meint: „Letztlich geht es darum, Zeit zu kaufen. Sie wird benötigt um alle Risiken zu erkennen. Dabei geht es nicht um Monate, sondern um Jahre.“ Ein generelles Plädoyer für „Sekundenschnelle“ ist also nicht gerechtfertigt, besonders nicht für vernünftiges marktwirtschaftliches Denken und Handeln. Es ist nämlich bekannt, daß kurzfristiges, nicht einmal sekunden-schnelles Abziehen von Geld, das Anleger nicht lange Zeit vorher in irgendeinem Land investiert hatten, Krisen ausgelöst haben. Ist die derzeitige Weltwirtschaftskrise nicht wesentlich verursacht durch den Verzicht auf sorgfältige und notwendigerweise längere Zeit erfordernde, also langfristige Prüfung von „Wertpapieren“, besonders durch Banken, denen es um kurzfristige Gewinnerzielung ging?

Der Erzbischof von München *Reinhard Marx* meint: „Aufgabe des Staates sei es, Strukturen zu schaffen, in denen die Märkte die Funktion haben, langfristig das Gute zu fördern.“ Auch die Unternehmerin *Renate Pilz* betont langfristige Strategien. Ob Kurzfristigkeit oder Langfristigkeit die erstrebenswerten ökonomischen Ziele sind, ist keine akademische Frage. Die praktische Antwort liefert die Tatsache, daß rund 70% der Arbeitsplätze in kleineren und mittleren Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Und diese sollten definitiv langfristig gesichert sein. Wirklich unbegründete Kurzfristigkeit führt zur Hysterie (Luttwak, S. 293). *Luttwak* plädiert auch für eine Reduktion des Tempos (S. 173). Der kurzfristig agierende Spekulant verhält sich wie der Spieler in der Spielbank, der für echtes Geld Jetons erwirbt und damit spielt, so wie die Banken „Derivate“ erworben haben.

Kirchhof schrieb: „Anleger setzen auf Wertsteigerungen oder Wertverluste, wetten auf eine Wertentwicklung. Aus der Bank wird eine Spielbank. Die Finanzakteure handeln anfangs nach Wahrscheinlichkeit, dann nach Vermutung, danach nach Hoffnung, schließlich nach Verzweiflung. Das ganze System droht in die Unverständlichkeit und damit in die Unkalkulierbarkeit und Unverantwortlichkeit zu entschwinden.“ Und: „Die staatlich provozierte Unvernunft wird zu ei-

nem Teil des Systems.“ *Andreas Zielcke* geht in seiner Besprechung des Buchs von *Anne T.* „Die Gier war grenzenlos. Eine Börsenhändlerin packt aus“ (Berlin 2009) auf das Wirken der Finanzakteure an den Schlüsselstellen ein. Durch Kreditkarten läßt sich Geld „vermehrten“, aber nur virtuell, für ein Leben „über die Verhältnisse“. Auch durch maßlose, ebenfalls spekulative Inanspruchnahme von Bankkrediten, selbst, wenn diese den Kunden durch Bankberater in Bonuserwartung nahegelegt wurden, meinten manche „Häuslebauer“ in den USA schnell reich zu werden. Bei Spiel-Ende oder bei einer soliden Realisierung wird aber „echtes“ Geld fällig. Dann wird von „Gewinnen“ und „Verlusten“ gesprochen. In Wirklichkeit wurde aber nur echtes Geld „umverteilt“. Wenn die Derivate nicht durch Bargeld gedeckt sind und die Hausherren die Zinslasten nicht mehr schultern können, platzt die Blase und wird zur Finanzkrise.

James Tobin hatte schon vor mehr als 30 Jahren die Gefahr solcher Krisen erkannt und einen Vorschlag zur Reform des Finanzsystems unterbreitet, der aber von der ATTAC-Gruppe für ihre Zwecke genutzt wurde. Zur Vermeidung von Finanz-Krisen sollte man gezielt die kurzfristige Spekulation sinnvoll „dämpfen“ und nach dem Prinzip „Verantwortung“ alle Akteure in die Pflicht nehmen. Da der Ökonom (NN) schreibt: „Die Spekulanten sind genau ein solcher Dämpfungsmechanismus“, um „die Kursschwankungen klein zu machen“, stellt sich die Frage, weshalb die Börsenkursschwankungen in den letzten Monaten so ungewöhnlich groß waren. Eine gute Dämpfung sollte wirkungsvoller sein. Vielleicht gibt *Kirchhof* einen guten Rat für die Zukunft: „Eine maßvolle Besteuerung aller Finanztransaktionen könnte die Aufgeregtheit und Geschwindigkeit des Finanztransfers mäßigen.“

Ein derartiger Vorschlag wurde schon vor fünf Jahren unterbreitet (vgl. Schult, 2004). Da niemand über ein validiertes ökonomisches Modell verfügt, das so komplizierte Phänomene wie die derzeitige Weltwirtschaftskrise realistisch zu beschreiben erlaubt, kann auch ein Dämpfungsmodell ohne Implementierung und Test an der Wirklichkeit nie validiert werden. Auch kann es nicht aus bisherigen ökonomischen Grundregeln abgeleitet werden. Die üblichen staatlichen Regelungen bewirken nur ein überbordendes Anwachsen der Bürokratie. Notwendig und wirkungsvoll sind nur solche Regelungen, die den Akteur unmittelbar einbeziehen und sich auf das naturwissenschaftliche Prinzip der Gegenkopplung stützen, einen Begriff, der in der Physik und Technik grundlegend ist und sich bei Autos und Meßgeräten etc. milliardenfach bewährt hat. Dieses Prinzip der Dämpfung gilt es in die fundamentalen marktwirtschaftlichen Regeln zu integrieren unter Beachtung essentieller Effizienzerfordernisse:

1. dem Marktteilnehmer soll möglichst viel Freiheit gewährt werden.
2. Die Dämpfungsregeln müssen einfach, transparent und selbst für den Laien verständlich sein.
3. Nach Möglichkeit sollten dadurch andere und vor allem den Marktteilnehmer bürokratisch belastende Vorschriften und Regelungen entfallen.

Für den *ad hoc*-Ansatz einer Dämpfungsregel muß man also möglichst Naturgesetzmäßigkeiten und vor allem die Zeit berücksichtigen. Naturgesetze sind bei-

spielsweise der Energieerhaltungssatz. Gibt es auch einen Gelderhaltungssatz? Danach gefragt, weichen die meisten Ökonomen aus. Aber *Flassbeck* und *Spiecker* formulieren diesen Satz so: „Weltweit ist die Gesamtsumme des Geldes Null“. Das leuchtet sofort ein, kann aber nur zutreffen in einer in Ordnung befindlichen Geldwirtschaft, nicht aber in einer spekulativen, wo „Schein“-Geld „geschöpft“ oder „vernichtet“ wird.

Der *Flassbeck-Spieckersche* Erhaltungssatz bedeutet, daß weder „echtes“ Geld geschaffen noch vernichtet werden kann. Auch mit der Banknotenpresse kann man, genau genommen, durch Gelddrucken den „echten“ Wert der vorhandenen Noten nur mindern. Selbst wenn ein Mensch Geld „verspeisen“ würde, hätte das nur den Effekt einer leichten Werterhöhung der restlichen Noten, weil dann weniger Geld im Umlauf wäre. Geld läßt sich nur „umverteilen“. Da derzeit praktisch nur von gigantischen Verlusten gesprochen wird, müssen irgendwo die entsprechenden Gewinne vorliegen. Wäre es nicht im Sinne der von *Stiglitz* geforderten und menschlich begrüßenswerten Transparenz eine ehrenvolle und lohnende Aufgabe für Finanzexperten, die fraglos mühsame Arbeit mit Entschlossenheit anzugehen, um herauszufinden, wohin die Mittel umverteilt worden sind? In einer Zeit, wo Buchungen in Sekundenschnelle vorgenommen und die Daten sicherlich ordentlich dokumentiert sind, wie bei Banken üblich, bedarf es nur der Erfassung und Sortierung, um Transparenz in die Finanzkrise zu bringen.

Dämpfungsvorschlag

Berücksichtigt man ökonomische und physikalisch-technische Gesetzmäßigkeiten und sinnvolle Zeiträume, dann gelingt die Dämpfung am einfachsten durch Erhebung einer Dämpfungsgebühr (DG) nach folgender Regel:

- a) Kapital, das nachweislich nur der Bezahlung von Waren dient, ist DG-frei.
- b) Investitionen fördern den Markt, auch Fusionen und Übernahmen, solange sie nicht der Spekulation dienen. Sie sollten beim Kauf ebenso DG-frei bleiben.
- c) Beim Verkauf ist die DG das einfachste Regulativ. Im Interesse einer Dynamisierung des Marktgeschehens muß die Zeitspanne T zwischen Kauf und Verkauf berücksichtigt werden. Diese Zeitspanne muß an einer „natürlichen“ Zeitspanne orientiert sein. Solche sind die Lebensdauer eines Menschen (im Mittel ~85 Jahre), die einer soliden Firma (~ 50 bis weit über 100 Jahre. Als Gegenbeispiel: Long Term wurde knapp 5 Jahre alt), eines Arbeitslebens (~ 40 Jahre), der Ruhestandszeit (~ 20 Jahre (65-85)), einer Ausbildungszeit etc., in jedem Fall mindestens 10 Jahre.

Eine grundsätzlich optimierbare, aber einfache Dämpfungsformel lautet dann:

$$DG = 0,5\% \text{ mal Kapitalgewinn mal } (10 \text{ Jahre}/T)^2.$$

Das bedeutet, daß nach $T = 10$ Jahren eine DG von 0,5% des Kapitalgewinns zu entrichten ist. Nach 30 Jahren (z. B. bei einer kapitalgedeckten Rentenversicherung) bei 100.000 Euro Rentengewinn nur 55,56 Euro. Wenn aber jemand kurzfristig spekuliert, wird die DG für $T=1$ Jahr 50% des Kapitalgewinns. Bei Ver-

lusten erfolgt kein Ausgleich. Wer, wie beim Carry-Trade (Flassbeck und La Marca, 2007), kurzfristig spekulieren möchte, merkt, daß sich das nicht lohnt. Der Sinn der Dämpfung des Kapital- und Börsenmarktes ist es, den Akteur nicht zu zwingen, sondern zu motivieren, sein Kapital langfristig anzulegen. Es wurde schon erwähnt, daß mathematische Modelle, besonders, wenn sie komplizierte Zusammenhänge beschreiben sollen, oft viele Parameter enthalten. Die einfache Dämpfungsformel enthält schon drei Parameter, den Dämpfungs-%-Satz von 0,5%, die Dämpfungszeitkonstante von 10 Jahren und den Exponenten 2. Die Dämpfungsformel läßt längerfristige Spekulation zu, die aber Krisen nicht auslöst. Wenn man auch noch kurzfristige Spekulation möchte, könnte man zwar festsetzen, daß die DG maximal z. B. 80% des Gewinns ausmachen darf. Wäre das sinnvoll oder gerechtfertigt? Kurzfristige Spekulation sollte möglichst unterbunden werden. Ihr die Tür auch nur einen Spalt breit zu öffnen, wäre wie – entgegen dem 6. Gebot –,„ein bisschen“ Ehebruch gutzuheißen.

Die Dämpfungsgebühr ist keine nennenswerte Mehrbelastung des Normalbürgers. Sie belastet praktisch nur den Spekulanten, dem es darum geht, kurzfristig Gewinn zu erzielen und zwar nach dem *Flassbeck-Spieckerschen* Erhaltungssatz zu Lasten anderer. Bedenkt man diesen Erhaltungssatz, muß man die gesamte Abgeltungssteuer und den gesamten Gewinn aus der Dämpfung zusammen betrachten. Die Abgeltungssteuer von 25% ist kein Naturgesetz. Ist es nicht angebracht, sie bis $T = 10$ Jahre konstant zu halten bei derzeit 25%, zusätzlich zur Dämpfungsgebühr, da der Staat zu seiner Entschuldung ja dringend Geld benötigt? Personen, auch juristische, die kurzfristig spekulieren können, haben Geld im Überfluß, Arme haben nur wenig. Sie sollte der Staat schonen. Für T über 10 Jahre könnte man auch die Abgeltungssteuer nach der ebenfalls optimierbaren Formel:

$$\text{Abgeltungssteuer} = 25\% \text{ mal Kapitalgewinn mal } (10 \text{ Jahre}/T)$$

abnehmen lassen, was dann Anlagen über 10 Jahre honoriert. Gibt es einen wirkungsvolleren Vorschlag als die oben angegebene Dämpfungsformel? Sie hat zudem den Vorteil, daß auf sonstige Vorschriften und Regelungen weitgehend verzichtet werden kann und deckt sogar, geradezu automatisch, den wesentlichen Teil der Forderung von *Frenkel* und *Menkhoff* ab. Dem Menschen, auch dem Spekulanten, ist völlige Freiheit gelassen, wie lange er sein Geld anlegt. Je weniger kurzfristige Spekulation, desto günstiger für den Anleger.

Die vorgeschlagene Dämpfungsformel, die durchaus noch verbessert werden kann, betrifft vor allem Aktionäre, Investoren und Personen, die gern spekulieren. Besonders, was Banken betrifft, ist eine Verbesserung wünschenswert, die mit der Haftung der Entscheidungsträger zusammenhängt. *Frederik Jötten* zeigt in seinem Essay über Privatbanken, daß die Bankhäuser Wegelin & Co in St. Gallen und Metzler in Frankfurt vorzüglich mit der Finanzkrise umzugehen wissen, was offensichtlich mit der Tatsache zusammenhängt, daß dort die Manager mit ihrem eigenen Vermögen haften. Für andere Banken sind die Regierungen gefordert, die entsprechende Rahmensetzung zu beschließen.

Die Dämpfungsgebühr kommt wie die Abgeltungssteuer dem Staatshaushalt zugute. Wer „Umverteilung“ als wirtschaftliche Maßnahme verstanden hat und für fairen Ausgleich zwischen den Menschen plädiert, die nicht nur Rechte für sich beanspruchen, sondern auch Pflichten gegenüber den anderen zu übernehmen bereit sind, erkennt auch, daß nach Optimierung der Entwicklungshilfe besonders durch die Dämpfung der Staatshaushalt entlastet wird. Dadurch kann den wirklich benachteiligten Menschen auf dieser Erde – selbst in unserm Land – geholfen werden, damit auch sie in Würde leben dürfen und dadurch das Leben in der Welt besser und friedlicher wird. Die vorgeschlagene Dämpfung könnte zu einem optimal freien Markt führen, zu einer wirklich „sozialen Marktwirtschaft“.

Die jetzige Finanzkrise ist nicht nur eine Tatsache, sie ist ein katastrophales Problem. Und Probleme müssen gelöst werden. Es ist menschlich verständlich, daß hier die Regierungen gern den einfachsten Weg einschlagen: „Nichtstun“ oder „Aussetzen“. Das dient ebenso wenig der Problemlösung wie die bekannten bürokratischen Sprüche: *Das haben wir immer schon so gemacht*, oder: *Das haben wir noch nie anders gemacht*, oder: *Da könnte ja jeder kommen*. Fortschritt eröffnet den einzig richtigen Weg in die Zukunft. Dieser muß durch einen sinnvollen und menschlich fairen Handlungsvorschlag bereitet und dann von den Regierungen beschlossen werden, durch mutiges Engagement und eine entschlossene Tat zum Wohl aller Menschen. Am wirkungsvollsten ist es, wenn sich die überwältigende Mehrheit der Staaten dieser Dämpfungsmaßnahme anschließt, so wie 1948 die Menschenrechte durch die Vereinten Nationen erklärt wurden. Nur dann kann eine Zukunft gelingen in der Krisen mit ihren gigantischen weltwirtschaftlichen Schäden weitgehend vermieden werden. Darum ist unsere langfristige Aufgabe, nicht Krisen zu verstehen, sondern sie zu meistern, indem wir sie vermeiden.

P.S.: Mein besonderer Dank gilt meinem Freund Heinz Huppmann für seine vielen, sehr wertvollen Ratschläge.

Literatur

Adenauer, P. (2008), Die große Koalition verfehlt den großen Wurf, Zwischenbilanz / Bisher blieb vor allem der Marktwirtschaftliche Aufbruch aus, *Rheinischer Merkur* 35, 11.

Balling St. und St. Deges (2008), Der Bock wird Gärtner, Finanzkrise / Nun soll der Staat es richten. Er rettet mit Milliardensummen Banken und stellte Institute unter Kuratel. Dabei hat der Staat, nicht der Markt, die aktuellen Probleme heraufbeschworen, *Rheinischer Merkur* 40, 11.

Birnbaum, C. (2008), Schwarzer Herbst, Finanzkrise / 1857 erschütterte der Zusammenbruch mehrerer Banken erst die Wall Street dann die Welt. Die Parallelen zu heute sind erstaunlich, *Rheinischer Merkur* 43, 10.

Bluestein, P. (2001), *The Chastening, Inside the Crisis that Rocked the Global Financial System and Humbled the IMF*, Public Affairs, ISBN 1-891620-81-9.

- Brönstrup, C. (2000), Aufbruch ins Extreme, Volatilität / Die Wirtschaft entwickelt sich zu einer Achterbahn – Ökonomie, *Rheinischer Merkur* 3, 14.
- Feld, L. (2008), persönliche Mitteilung.
- Flassbeck H. und F. Spiecker (2007), *Das Ende der Massenarbeitslosigkeit – Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen*, Frankfurt/Main: Westend Verlag, ISBN 978-3-938060-29-9.
- Flassbeck, H. and M. La Marca (2007), Global imbalances and destabilizing speculation, private Mitteilung.
- Frenkel, M. und L. Menkhoff (2000), Neue internationale Finanzarchitektur: Defizite und Handlungsoptionen, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1, Heft 3, 259-279.
- Goertz, H. (1999), Time Dollars gegen Kriminalität, Tauschringe / Weltweit gibt es mehr als 1900 Organisationen, die ohne materiellen Einsatz Gutes tun, *Rheinischer Merkur* 48, 31.
- Gray, J. (1998 and 1999), *Die falsche Verheißung – Der globale Kapitalismus und seine Folgen*, Berlin: Alexander Fest Verlag, ISBN 3-8286-0086-7.
- Jötten, F. (2009), Traditionalisten trotzen der Krise. Privatbanken, Anleger bringen ihr Geld vermehrt zu kleinen Bankhäusern – denn hier haften die Manager für Fehler mit ihrem eigenen Vermögen. Ein Besuch in zwei Instituten, die mit vorsichtiger Strategie Jahrhunderte überdauert haben, *Rheinischer Merkur* 13,13.
- Kevenhörster, P. (2000), Verkehrte Welt, Entwicklungshilfe / Die OECD Staaten haben nur noch 33 Milliarden Dollar für die Armen übrig, *Rheinischer Merkur* 1, 14.
- Kirchhof, P. (2008), Die Verantwortung für das Geld, *Rheinischer Merkur* 45, 22.
- Lehman, K. Kardinal (2008), Mensch und Markt, Debatte / Karl Kardinal Lehmann über die Schattenseiten des homo oeconomicus. Plädoyer für eine lebensdienliche Ethik des Wirtschaftens, *Rheinischer Merkur* 38, 12.
- Lina, St. (2008), Im Schatten brodelt es weiter, Landesbanken / Prognosen über ihre eigene Zukunft trauen sich die staatlichen Institute nicht mehr zu, *Rheinischer Merkur* 41, 3.
- Linneweber, S. (2008), Und er beugt sich doch, Finanzmärkte / Börsen und Banken tun mehr für den Wohlstand als der Staat. Vorausgesetzt, man läßt sie an der langen Leine, *Rheinischer Merkur* 42, 11.
- Lorz, St. (2000), Europa wird geentert, *Rheinischer Merkur* 1, 11.
- Luttwak, E. (1998 and 1999), *Turbokapitalismus – Gewinner und Verlierer der Globalisierung*. Hamburg/Wien: Europa Verlag GmbH, ISBN 3-203-79549-3.
- Marx, R. (2008), *BKU-Journal des Bundes Katholischer Unternehmer*, Heft 4, 19.
- NN (2007) Kommentar vom 19. 3. zu einem Vorschlag des Autors, persönliche Mitteilung.
- Ockenfels, W. (2008), Folge eines Moraldefizits, Wirtschaftsethiker Wolfgang Ockenfels über die Ursachen der Finanzkrise und die Lehren daraus, *Wertpapier* 23, 26.
- Pilz, R. (2009), Vertrauen ist besser, Menschenbild / Ein Christlicher Unternehmer betrachtet seine Mitarbeiter nicht als Produktionsfaktor, sondern als Person, die Würde und Rechte hat. Danach handelt auch Renate Pilz in ihrer Firma, *Rheinischer Merkur* 13, 23.
- Rutz, M. (2008), Ruhe ist Pflicht, Finanzmärkte / Wahlkämpfe in den USA und auch bei uns: Für Streit ist kein Raum. Es gilt, weltweit gemeinsam Vertrauen aufzubauen, *Rheinischer Merkur*, 39, 1.

- Schult, O. (2004), Zur Dämpfung der Globalisierung, *Die Neue Ordnung* 58, Heft 4, 264-279.
- Steffens, U. (2009), Auf und durch, Finanzmärkte / Auf dem G-29 Gipfel in London wurden neue Regeln für Banken definiert, doch danach wird es an weiterem Regulierungsbedarf nicht mangeln, *Rheinischer Merkur* 14,12.
- Stiglitz, J. (2002), *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin: Siedler Verlag.
- Thurow, L. C. (1996), *Die Zukunft des Kapitalismus*, Düsseldorf, München: Metropolitan Verlag.
- Tobin, J. (1978), A Proposal for International Monetary Reform, *Eastern Economic Journal* 4, 153-9.
- Walter, N. (2007), Fest vertäuet mit der Welt, Mein globales Dorf, Norbert Walter verteidigt die internationale Arbeitsteilung, die viele Deutsche kritisch betrachten, *Rheinischer Merkur* 16, 11.
- Welzer, H. (2008), Ratlos in die Zukunft, *Spektrum der Wissenschaft*, November, 138-143.
- Zielcke, A. (2009), Halbwissen ist Macht. Eine Börsenmaklerin rechnet ab: Wie sich die Finanzwelt durch Broker mit raffiniert strukturierten Risikopapieren verdummen ließ, *Süddeutsche Zeitung* 64,14.
- Zimmermann, K. F. (2008), Häufig richtig, immer wichtig; Konjunkturprognosen: Die Kritik an der Flut von Vorhersagen nimmt zu, *Rheinischer Merkur* 40, 11.

Prof. em. Dr. Otto W. B. Schult arbeitet am Institut für Kernphysik im Forschungszentrum Jülich.

Bericht und Gespräch

Ulrich Weisser

Der südliche Krisenbogen

Strategische Analyse zur Lage im Nahen und Mittleren Osten

I.

Die Welt ist aus den Fugen. Die dramatischen Auswirkungen der globalen Finanzkrise spürt die Wirtschaft, spürt unser Volk, Europa und die Welt. Diese Krise ist kaum zu meistern. Aber sie würde völlig außer Kontrolle geraten, wenn sie auch noch strategisch aufgeladen würde – durch Konflikte oder Kriege, die nicht mehr regional beherrschbar bleiben. Es gilt deshalb, sich mit dem globalen *Krisen- und Konfliktpotential* zu befassen. Im Vordergrund unseres Interesses steht wohl aus verständlichen Gründen die Peripherie Europas, der *südliche Krisenbogen*. Er umfaßt den erweiterten Nahen und Mittleren Osten – den Krisengürtel, zu dem der vom Terror gefährdete Mittelmeer-Raum Nordafrikas gehört, wie auch der israelisch-palästinensische Konflikt, der noch nicht beruhigte Irak, Irans nukleare Ambitionen, die Brüchigkeit Pakistans, der Krieg in Afghanistan und vor allem der islamistische Terror von Gaza bis Mumbai. Und alles ist mit allem verbunden.

II.

Wir sind mit einer Lage konfrontiert, die von Unsicherheiten geprägt ist – durch demographische Entwicklungen, durch Migration, Klimawandel und schwindende Energiereserven, durch labile Strukturen von Staaten und Institutionen und durch die Schattenseiten der Globalisierung – mit internationalem Terrorismus, organisierter Kriminalität und asymmetrischen Bedrohungen. Strategische Risiken der Globalisierung wie die Verwundbarkeit der globalen Kommunikationsstrukturen, der zweifelhafte Umgang mit potentiell hochgefährlichen Technologien, die mangelhafte Sicherheit von Nuklearwaffen gegen mißbräuchlichen Einsatz, der leichte Zugang zu Waffen aller Art oder auch der Mangel an demokratischer Kontrolle sowie die Kombination solcher Entwicklungen charakterisieren die Herausforderungen für Sicherheit, Wirtschaft und Stabilität.

Die Vereinten Nationen sehen sich gezwungen, in aller Welt Frieden zu schaffen. Explodierende Krisen und implodierende Staaten sind unter Kontrolle zu bringen; häufig brechen staatliche Strukturen zusammen.

Im Vordergrund der Gefahren steht der globale islamische Terrorismus, der *Djihad Terrorismus*. Er verfolgt mit einer langfristig angelegten globalen Strategie drei Ziele. Er will *erstens* die Schauplätze des Terrorismus in Nordafrika, der Golfregion und auf dem indischen Subkontinent ideologisch *vernetzen*. Er möchte *zweitens* ethnische Konflikte islamisieren. Er nutzt *drittens* die Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität beim Rauschgifthandel, bei Geldwäsche und beim Menschenschmuggel. Der Djihad Terrorismus entzieht sich einem rationalen Zugang.

In einer interdependenten Welt sind alle Staaten verwundbar: unterentwickelte Länder auf Grund ihrer Schwäche und hoch entwickelte Industriestaaten auf Grund ihrer empfindlichen Strukturen. Jede internationale Destabilisierung beeinträchtigt den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, zerstört Entwicklungschancen, setzt Migrationsströme frei, vernichtet Ressourcen, begünstigt politische Radikalisierung und fördert Gewaltbereitschaft. Solche Fehlentwicklungen tragen zerstörerische Einflüsse auch in die hoch entwickelten Gesellschaften.

In dieser Lage zeigt sich immer deutlicher, daß die Stabilisierung von konfliktträchtigen Regionen sich nicht auf militärische Interventionen beschränken darf. Die neuen Formen von Terror und Krieg als Ausdruck einer gestörten Weltordnung verlangen, alle Dimensionen einer weit gefaßten Strategie zur Geltung zu bringen, die politische, die diplomatische, die kulturelle, die ökonomische Dimension - und Militär nur als letztes Mittel.

III.

Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist das Kernproblem des Nahen Ostens. Kompliziert ist die Lage, *weil alles mit allem zusammen hängt*: Israel geht es vor allem um Sicherheit; die Palästinenser wollen einen lebensfähigen Staat; Syrien fordert die von Israel besetzten Golanhöhen zurück; Libanon möchte in der Lage sein, seine Souveränität auszuüben. Der Machtkampf zwischen Sunniten und Schiiten verlangt eine umfassende Friedenslösung, die den Iran als regionalen Stabilitätsfaktor zuläßt. Alle Beteiligten gehören an einen Tisch: Israel, Libanon, die Hisbollah, Syrien, der Iran, die Hamas, Ägypten, Jordanien und die UNO.

Für *Israel* bedeutet Sicherheit nichts anderes als Existenzsicherung auf einem Territorium, auf das Israelis *und* Palästinenser einen historisch legitimierten Anspruch geltend machen. Für beide ist dieser Anspruch Teil der nationalen Identität. Die geschichtliche Erfahrung, gekoppelt mit der Erinnerung an die Judenvernichtung im Dritten Reich, macht die Frage „Sicherheit für Israel“ zum allerwichtigsten Thema; Israel will einen sicheren Frieden mit seinen arabischen Nachbarn. Von ihnen wird erwartet, daß sie den Staat Israel anerkennen und Terrorismus aktiv bekämpfen. Hauptanliegen der *Palästinenser* ist ein lebensfähiger Staat auf der Westbank mit einer sicheren Verbindung zu Gaza-Streifen. Es geht um das Konzept *Land für Frieden*:

Syrien will nicht nur die Golanhöhen zurückhaben; das Land will sich aus der politischen und wirtschaftlichen Isolation befreien. Syrien hat bisher die Hisbol-

lah im Libanon instrumentalisiert, um Druck auf Israel auszuüben. Wenn dafür der Grund entfällt, entfällt auch das Motiv Syriens, die Hisbollah weiter zu stützen; denn religiöse Motive gibt es in Damaskus nicht. Die Stabilisierung des Libanon schwächt die Hamas und wird sie dialogfähiger machen. Die Bemühungen Ägyptens, eine Einheitsregierung von Hamas und Fatah zu vermitteln, kommen dem entgegen.

Eine politisch-diplomatische Offensive in Form einer Paketlösung, die Israel, den Libanon, die Palästinenser und Syrien einbezieht, wird den Einfluß des Iran relativieren. *Der Schlüssel für diesen politisch-strategischen Ansatz liegt mithin in Damaskus.*

Präsident *Obama* hat schon während des Wahlkampfes betont: Mit Syrien muß Amerika nach dreißig Jahren totaler Dialogverweigerung sprechen. Diese grundlegende Änderung der amerikanischen Politik wird nun umgesetzt. Washington möchte die amerikanische Fixierung auf Irak mit dem nun beginnenden Truppenabzug zu Ende bringen. Washington will *die Schwerpunkte der amerikanischen Nahost-Politik auf eine tragfähige Zweistaatenlösung für Israelis und Palästinenser und auf Iran verschieben.*

Für Israel wird ein Friedensschluß mit Syrien unschätzbare Vorteile haben. Denn damit wird es keine Bedrohung mehr von allen Seiten geben. Israel kann sich ganz darauf konzentrieren, den Konflikt mit den Palästinensern weiter zu entschärfen und zu einer gütlichen Einigung unter Einschluß der Hamas zu führen.

Die Türkei hat in den letzten Monaten diskret, aber nachhaltig zwischen Israel und Syrien vermittelt. Ankara wird in dieser Rolle von den USA nun bestärkt.

Leider hat die Wahl in Israel am 10. Februar kein eindeutiges Mandat ergeben, auf das sich Frau *Livni* bei weiteren Verhandlungen mit Syrien stützen könnte. Im Gegenteil: Nun bildet *Benjamin Netanyahu* eine Koalition mit den radikalen Rechten und zeigt sich wenig geneigt, den Friedensprozeß durch Verhandlungen voran zu treiben. Aber die Gesamtentwicklung in der Region wird auch seine Regierung dazu zwingen. Israel wird einsehen müssen, daß der Konflikt letztendlich nicht militärisch lösbar ist – auch wenn dazu weitreichende Konzessionen an Syrien innenpolitisch durchgesetzt werden müssen. Die USA werden Israel dazu drängen, dem amerikanischen Lösungsansatz zu folgen und sich nicht scheuen, die jährliche finanzielle Unterstützung für Israel auch davon abhängig zu machen. Aus der Sicht Washingtons hat ein israelisch-syrisches Friedensabkommen wohl Vorrang vor einem Frieden Israels mit den Palästinensern; denn Syrien wird so aus der iranischen Umklammerung gelöst.

IV.

In einem Umkreis von 3.000 km um Teheran liegen sechzig Prozent der Weltenergieserven und zugleich die gefährlichsten Konfliktpotentiale der Welt. Die politisch kaum berechenbare Staatsführung des Iran, seine Unterstützung von Hamas und Hisbollah gegen Israel und vor allem seine Nuklearpolitik geben Anlaß zu Sorge. Wenn der Iran seine Raketen in den nächsten Jahren mit nuklearen Sprengköpfen bestückt, ergäbe sich eine existentielle Bedrohung für Israel,

aber bald auch für Europa. Die strategische Gesamtlage im erweiterten Nahen Osten würde sich dramatisch verändern.

Deshalb soll dem Iran der Zugang zu Nuklearwaffen verwehrt werden; es gilt, dafür mit höchster Priorität eine politische Lösung zu finden. Dazu muß man die strategischen Motive für die iranischen nuklearen Ambitionen ergründen; nur so ist nach zu vollziehen, wie die Regierung in Teheran die Sicherheitslage Persiens beurteilt: Iran fühlt sich eingekreist und sieht sich bedroht durch wachsende Instabilität in seiner Nachbarschaft und durch unberechenbare Nuklearmächte, die anders behandelt werden wie der Iran. Der Iran möchte also zu allererst Sicherheit in einer zunehmend destabilisierten Region und möchte langfristig dominierende Regionalmacht werden.

Bisher waren die Verhandlungen mit dem Iran auf die Frage konzentriert, ob der Iran sich Nuklearwaffen zulegen will und ob es dafür Beweise gibt. Künftige Verhandlungen mit dem Iran müssen aber einem viel weiteren Ansatz folgen: Einbezogen werden muß die Sicherheitsproblematik in der gesamten Golfregion, die weitere Präsenz amerikanischer Streitkräfte im Irak, die Rolle Syriens im Libanon und schließlich die Zusammenarbeit mit dem Iran bei der Stabilisierung Afghanistans. Ohne den Iran wird es keine regionale Stabilität geben, die auch Irak und Afghanistan einschließt. Der Iran hat eine geostrategische Schlüsselrolle für Frieden oder Krieg im Nahen Osten.

Präsident *Obama* hat sich ebenso wie seine Außenministerin *Hillary Clinton* darauf festgelegt, daß er ohne Vorbedingungen mit dem Iran reden will. Dafür muß jetzt Vertrauen gebildet werden, damit der Dialog auf hoher Ebene nach den iranischen Wahlen im Sommer beginnen kann. Die Glaubwürdigkeit jeden Gesprächsangebotes und jeder Strategieänderung Amerikas steht und fällt mit der Zusage der neuen US-Administration, einen Regimewechsel in Teheran von der außenpolitischen Agenda zu streichen. Kernforderung der USA wird sein: Keine weitere Unterstützung gewaltbereiter Gruppen und Verzicht auf Nuklearwaffen. Kernforderungen des Iran werden sein: Anerkennung iranischer Forderungen zur regionalen Sicherheit, Freigabe der eingefrorenen „financial assets“, Aufhebung der Sanktionen sowie freier Handel mit den Verbündeten der USA.

Der Stabilitätsgewinn im Irak erlaubt es Washington, sich dem Iran politisch und strategisch zuzuwenden. Aber auch Teheran ist heute auf den Westen angewiesen. Diese Situation läßt sich in den Verhandlungen über das Nuklearprogramm nutzen, indem für Teheran die Aussicht auf Investitionen, Know-How und Technologie verstärkt wird. Das iranische Regime muß Jahr um Jahr für eine Million junger Leute Arbeitsplätze finden, die es nicht gibt. 65% der Bevölkerung sind jünger als dreißig Jahre.

Der Iran ist das Schlüsselland der Region und muß als solches behandelt werden. Der iranische Parlamentspräsident *Laridschani* hat auf der Sicherheitskonferenz in München davon gesprochen, daß es jetzt eine „goldene Chance für die USA“ gäbe, wenn die USA künftig auf multilateralen Kurs gehen würden, auf regionale Sicherheit setzen und dabei die Besonderheiten der Region berücksichtigen würden. Eine Lösung der Krise muß allen Seiten etwas geben: *keine persischen*

Nuklearoptionen mehr, aber auch Sicherheit für den Iran in einem bedrohlichen Umfeld. Mit anderen Worten – Sicherheit vor dem Iran verlangt auch Sicherheit für den Iran.

V.

In Afghanistan zeichnet sich ein Fiasko ab, wenn es nicht zu einer grundlegenden Änderung der Strategie kommt. Angesichts dieser Lage muß gerade die Allianz eine einleuchtend neue Antwort geben, wie sie mit den Herausforderungen von heute und morgen fertig werden will. Dies gilt um so mehr, als die meisten künftigen Herausforderungen im Grunde nicht militärischer Natur sind – was sich am Beispiel Afghanistan besonders deutlich zeigt; denn die Stabilisierung des Landes verlangt mehr als den Kampf gegen die Taliban und Al Qaida. Afghanistan steht für den Typ von Konflikten, mit denen wir es künftig zu tun haben werden.

Die von der Bundesregierung häufig wiederholte politische Formel, es müsse selbsttragende Stabilität durch vernetzte Sicherheit erreicht werden, wird als Antwort nicht ausreichen. Denn wir haben es in Afghanistan mit einer komplexen Herausforderung zu tun, in der sich mehrere, kaum kontrollierbare Entwicklungen gegenseitig negativ beeinflussen. Dazu gehört die Wechselwirkung zwischen der Rolle der Taliban und dem internationalen Drogenkartell wie auch die Wechselbeziehung zwischen den Taliban und der Stärke der Al Qaida in Afghanistan und im Irak.

Man kann für ein armes Land, das von Stammesgegensätzen und rücksichtslosen Machtansprüchen rivalisierender „War Lords“ zerrissen wird, kaum Stabilität erwarten. Der Opiumanbau macht Afghanistan zu einem Sonderfall. Der weltweite illegale Umsatz von Drogen macht heute etwa 600 Milliarden US \$ aus. Der Kreislauf dieses gigantischen Betrages liegt bei Produzenten und Drogenkartellen in wenigen Händen. Dabei generieren die gewaltigen Gewinnspannen eine erschreckend hohe kriminelle Energie. Damit ist das Geschäft mit Drogen ein gravierendes Problem für die globale Sicherheit geworden. Anbau, Produktion und Vertrieb von Drogen gedeihen in einem Umfeld von Chaos und Unordnung. Es liegt im Geschäftsinteresse der großen Kartelle, solche chaotischen Verhältnisse selbst herbeizuführen, weil ein Umfeld ohne politische Stabilität und staatliche Ordnung den ungestörten Anbau und die „Veredelung“ der Grundstoffe begünstigt.

Heute bestreitet Afghanistan 94% des Weltangebotes an Heroin. Drogenkartelle und Taliban bilden eine sich gegenseitig begünstigende machtvolle und finanzstarke Struktur. Wenn Afghanistan einer der größten Drogenlieferanten der Welt bleibt, werden Instabilität und Rückstand auf unabsehbare Zeit festgeschrieben. Daran werden auch die Bemühungen der Internationalen Unterstützungstruppe nichts ändern. Demokratie, wirtschaftlicher Fortschritt und politische Stabilität sind auch durch das intelligenteste System vernetzter Sicherheit nicht zu erreichen. Die politische Koketterie mit den Anfangserfolgen im Bildungswesen oder beim Polizeiaufbau führt zu falschen Schlußfolgerungen.

Eine Strategie für die Befriedung Afghanistans muß also den Zusammenhang zwischen Drogenanbau und den Entwicklungschancen des Landes in den Vordergrund rücken. Dieser Zusammenhang ist schon deshalb entscheidend, weil die finanzträchtige und zugleich auf Instabilität und Korruption angelegte Drogenstrategie der Taliban dem Terrorismus der Al Qaida direkt in die Hände spielt, wobei sich beide gegenseitig in ihren Zielen ergänzen.

Al Qaida hat die Taliban mit den taktischen Möglichkeiten vertraut gemacht, die im Irak täglich angewandt werden: Selbstmordanschläge und improvisierte Sprengladungen auf Plätzen und Straßen werden auf diese Weise in Afghanistan ebenso selbstverständlich wie im Irak. Die Taliban haben die Zahl ihrer Angriffe drastisch gesteigert und die Zahl der Selbstmordattentate erhöhen können. Mit dem Erstarken der Taliban auf der Basis von Drogenfinanzen und der gleichzeitigen Neupositionierung von Al Qaida ist ein Gefährdungspotential entstanden, das die zivile und militärische Unterstützung beim Staatsaufbau in Afghanistan direkt gefährdet. Die NATO hat erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Amerikanische und kanadische Einheiten sind besonders getroffen. Die meisten NATO-Generäle sind skeptisch, ob der Krieg in Afghanistan gewonnen werden kann –selbst wenn immer mehr Truppen ins Land geschickt werden. Das US-Kontingent in Vietnam wuchs von 15.000 auf schließlich 500.000 Soldaten an, und der Krieg wurde trotzdem verloren. Eine ähnliche Entwicklung wird hoffentlich nicht auch in Afghanistan eingeleitet.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklung wäre eine Strategie angebracht, die zunächst die Voraussetzungen für mehr Stabilität in Afghanistan schafft. Der Drogen-Anbau ist mit allen Mitteln zu zerschlagen, denn nur so verlieren die Taliban und andere Mächtige in Afghanistan ihre finanzielle Basis. Ein größerer Schlag könnte dem internationalen Terrorismus nicht zugefügt werden. Die NATO darf nicht Opiumfelder schützen, sondern muß sie verbrennen. Kompensationen für die Mohn-Bauern belastet die internationale Gemeinschaft zwar finanziell, aber weniger als ein endloser Krieg, der sonst nicht zu gewinnen ist. Vorrangiges Ziel muß außerdem sein, die Taliban wie auch die Führung und Infrastruktur von Al Qaida auszuschalten.

Von den USA verlangt ein solcher Ansatz, wesentliche Kräfte vom Irak nach Afghanistan zu verlagern und die Nachbarstaaten Indien und Iran in dieses Konzept einzubeziehen. Die NATO muß sich darauf konzentrieren, der Bevölkerung Sicherheit zu geben und zugleich alle Hilfsmaßnahmen klug zu koordinieren.

Wenn sich der Westen allerdings nicht zu einem radikalen Strategiewechsel entschließen kann, wird die Zahl der Opfer steigen und das Ziel „selbst tragende Stabilität“ in weite Ferne rücken. Deutsche Soldaten werden womöglich prioritäres Ziel im Fadenkreuz der Taliban, da die Taliban-Terroristen die Durchhaltefähigkeit unserer Gesellschaft für labil und verwundbar halten. Es ist eine Zumutung, wenn Soldaten der Allianz in Afghanistan als Folge von Korruption und Drogenhandel ihr Leben verlieren. Dieser Satz war auf der Münchner Konferenz aus gutem Grund vom britischen Außenminister an die Adresse des afghanischen Präsidenten *Hamid Karzai* gerichtet, der während seines Münchner Auftritts in kaum erträglicher Art die Drogenproblematik leugnete und mit keinem Wort das

Ausmaß der Korruption ansprach, in der siebzig Prozent der internationalen Hilfsgelder in Kabul hängen bleiben.

Es wird in Afghanistan nur Fortschritte geben, wenn die internationale Hilfe künftig direkt den Menschen zugute kommt und nicht im Korruptionsgestrüpp Kabuls hängen bleibt, wenn das Bündnis begreift, daß Militär allein das Land nicht stabilisieren kann und daher mit einem umfassenden Ansatz auf die inneren Probleme des Landes eingeht und wenn die Nachbarstaaten in die Stabilisierung einbezogen werden. Der Iran wird dabei eine Schlüsselrolle spielen.

VI.

Ein zentrales politisches und strategisches Problem im erweiterten Mittleren Osten und vor allem auf dem indischen Subkontinent ist die Gefahr der Destabilisierung der ganzen Region – als Folge von grenzüberschreitendem Terrorismus, ethnischen und religiösen Rivalitäten, aber auch schwachen Regierungen, die mit den Herausforderungen nicht fertig werden.

Die Anschläge in Mumbai im November letzten Jahres haben Indien wie nie zuvor erschüttert. Dieser Anschlag hat eine neue Qualität. Indien fühlt sich angegriffen. Die Führung der Opposition will militärische Operationen gegen Pakistan nicht ausschließen. Der indische Außenminister *Mukherjee* hält einen Krieg gegen Pakistan zwar für keine Lösung, besteht aber auf Auslieferung der Terrorverdächtigen.

Es gab immer terroristische Aktivitäten in Indien; sie gehören fast zum Alltag. Es macht aber einen Unterschied, ob auf öffentlichen Plätzen, Märkten oder Bahnhöfen Bomben detonieren, oder Kommandos – von See kommend – in eine belebte Innenstadt einfallen und gleich an mehreren prominenten Stellen verheerend zuschlagen. Die jüngsten Bluttaten zeichneten sich durch präzise logistische Planung aus. Es war eine bewaffnete Aggression im Rahmen asymmetrischer Kriegsführung.

Die Sicherheitslage Südasiens hat sich dadurch verschlechtert und wird in Zukunft kaum noch von der Lage im Nahen Osten zu unterscheiden sein. Der islamistische Terror reicht jetzt geographisch vom Mittelmeer bis nach Myanmar. Die Konfliktpotentiale reichen von der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung und dem konfliktgeladenen Umfeld, über den Krieg der Taliban bis zu den Spannungen zwischen Hindus und Moslems.

In der Vergangenheit hat man sich leicht getan, Pakistan für Anschläge verantwortlich zu halten. Aber tragen die Vorstellungen von einem pakistanischen Staatsterrorismus noch? Die bisherigen strategischen Annahmen Indiens stimmen nicht mehr. Der Staat Pakistan, gegen den Indien in seiner kurzen Geschichte drei Kriege geführt hat, ist nicht mehr der primäre Gegner. Indien sieht sich vielmehr von der weitreichenden Destabilisierung der ganzen Region, vor allem in Afghanistan und in Pakistan bedroht; Dehli fürchtet ein Überschwappen politischer Instabilität auf indisches Territorium. Ein Albtraum Indiens könnte wahr werden, wenn Pakistan kollabiert und sich die Grenze Afghanistans an Indien schiebt.

Im indischen Außenministerium betrachtet man Pakistan inzwischen weitgehend als einen „failed state“, einen Staat, dem die Kontrolle entglitten ist. In der Tat stehen etwa 40% des pakistanischen Territoriums nicht mehr unter der Kontrolle und Aufsicht des Staates; die Armeeführung hat mehr Macht als die Regierung; große Teile der Streitkräfte stehen nicht mehr unter politischer Kontrolle; der Geheimdienst ISI hat sich verselbständigt. Pakistan gewährt der kämpferischen Taliban Unterschlupf auf seinem Territorium. In Pakistan ist der Islam kein ausreichend einigendes Band, das den Staat trägt und die ethnischen Unterschiede zu überwinden vermag. Die Anschläge von Mumbai verfolgten das Ziel, die neue demokratische Regierung Pakistans, die sich um gute Beziehungen zu Indien bemühen wollte, lächerlich aussehen zu lassen. Die Attacken galten beiden Ländern.

In Afghanistan kann ohnehin von der Existenz staatlicher Autorität keine Rede sein. Die ISAF-Truppen der NATO können die öffentliche Sicherheit und Ordnung nur punktuell garantieren. Die radikal-islamischen Taliban haben ihren Einfluß erheblich ausgeweitet. Sie sind inzwischen auf 72% des Landesterritoriums präsent.

Die Folgen für den südasiatischen Halbkontinent sind jetzt schon bereits verheerend: denn die staatliche Gewalt in Afghanistan und Pakistan wird weiter erodieren, die Taliban und andere militante islamistische Organisationen können wie nie zuvor ungestört operieren; ihnen stehen mehr als ausreichende finanzielle Mittel für terroristische Operationen zur Verfügung, und Indien wird stärker als zuvor Ziel terroristischer Anschläge werden, um das Land zu zerstören. Die Attacken in Mumbai galten nicht nur Ausländern, sondern vor allem der ethnischen Patt-Situation Indiens, dem friedlichen Zusammenleben von Hindus und Moslems. Die Anschläge von Mumbai haben die Inder zwar zusammenrücken lassen. Was aber, wenn Attacken dieser Art, die wahllos Moslems und Hindus treffen, zunehmen, sich Hindufanatiker zusammenrotten und sich in ihrer Wut auf die islamistischen Drahtzieher aus Pakistan oder Afghanistan an ihren moslemischen Landsleuten vergreifen, was, wenn die staatlichen Autoritäten maßlose Übergriffe nicht mehr verhindern könnten, was, wenn nur ein Bruchteil der 150 Millionen indischen Moslems zurückschlägt?

Indien steht vor großen Aufgaben, bei der es auch auf die Unterstützung und Solidarität durch die internationale Gemeinschaft angewiesen ist, um das Überschwappen der Destabilisierung der Region nach Indien zu verhindern, die Beziehungen zu Pakistan mit dem Ziel auszubauen, einen nachhaltigen Beitrag zur Wiederherstellung stabiler Verhältnisse in Pakistan zu schaffen, die indische Demokratie und das sie tragende gemeinsame Staatsbewußtsein nach innen zu stärken, den islamistischen Terror zu bekämpfen und gemeinsam mit anderen gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen, um dem Terrorismus die finanzielle Basis zu entziehen.

Die Gefahr der Destabilisierung im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Terrorismus und der zunehmenden Unregierbarkeit Pakistans ist das unmittelbare Sicherheitsproblem Indiens.

Hinzu kommt die Gefahr, daß der Konflikt mit Pakistan in Folge neuer terroristische Anschläge zu einer verschärften Krise eskaliert und womöglich zu einem Krieg zwischen beiden Staaten führt – zu einem Krieg zwischen zwei Nuklearmächten; selbst wenn ein solcher Krieg auf niedrigem Niveau beginnen würde – beispielsweise durch indische Luftschläge auf Ausbildungslager der Terroristen. Eine solche Eskalation ist nicht ausgeschlossen. Die Konzentration pakistanischer Verbände an den Grenzen Indiens und die erhöhte Kampfbereitschaft der pakistanischen Luftwaffe Ende Dezember letzten Jahres waren alarmierende Zeichen für eine womöglich weitergehende Eskalation. Das indische Militär ist den pakistanischen Streitkräften zwar insgesamt überlegen. Aber Pakistan verfügt über eine hervorragende Luftwaffe, die grenznah stationiert ist und traditionell die Initiative übernimmt.

Längerfristig macht sich Indien Sorgen wegen der nur schwer zu deutenden Politik und Strategie Chinas – mit Truppenkonzentrationen an Indiens Grenzen und maritimen Aktivitäten rund um den indischen Subkontinent – gestützt auf Basen in Myanmar, Ceylon, Inseln im Indischen Ozean und enge Zusammenarbeit mit Pakistan.

VII.

Die unübersichtliche Lage in Zentralasien ist während der Georgienkrise im letzten Jahr besonders deutlich geworden. Im Kaukasus prallen nicht nur uralte ethnische und staatliche Rivalitäten aufeinander, sondern auch sich zuspitzende, ölbestimmte und strategische Interessengegensätze zwischen den USA und Rußland. Diese komplizierte Situation, die zudem von Kriminalität und Drogenhandel überlagert wird, verlangt besonders kluge und umsichtige Politik, um Spannungen abzubauen und das regionale Gefüge zu stabilisieren.

Der georgische Präsident *Michail Saakaschwili* steht nicht für eine solche Politik; *Saakaschwili* will sein Land in die NATO führen. Er hat bei seiner dilettantisch durchgeführten Offensive gegen die Provinz Südossetien darauf gesetzt, daß er bei diesem konfliktträchtigen Kurs gegenüber Rußland vom Westen und vor allem von den USA unterstützt wird. Das georgische Abenteuer endete für *Sakaschwili* im Fiasko. Er hatte sich verkalkuliert – sowohl was die Reaktion Rußlands angeht als auch in seinen Erwartungen an den Westen.

Der georgische Präsident hat zwar die Propagandadimension des Konfliktes zunächst für sich besetzen können. Unabhängige Gutachter der KSZE haben aber festgestellt, daß der georgische Präsident die Weltöffentlichkeit belogen hat und daß er es war, der die Aggression – selbst gegen den Rat seines Militärs – ins Werk gesetzt hat.

Die Entwicklung in Georgien zeigt deutlich die Konsequenzen der verfehlten Politik der *Bush*-Administration, die darauf ausgerichtet war, den amerikanischen Einfluß in Osteuropa und Asien zu stärken und dabei auf russische Befindlichkeiten keine Rücksicht zu nehmen. Solange die Öffnung der NATO auf mittelosteuropäische Staaten beschränkt blieb, hat Moskau keine Einwände geltend

gemacht. Die erste empfindliche Schwelle wurde mit der Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO überschritten.

Die von der *Bush*-Administration favorisierte weitere Ausdehnung der NATO auf die Ukraine und Georgien wird in Moskau als alarmierend empfunden und verstärkt den Eindruck Rußlands, *planmäßig umzingelt zu werden*. Dieser Eindruck verstärkte sich mit der amerikanischen Absicht, in Polen und Tschechien Komponenten des nationalen US-Raketenabwehrsystems zu stationieren. Die Unterschrift unter das Abkommen zwischen Polen und den USA auf dem Höhepunkt der Georgienkrise war ein weiterer Schritt zur Verschärfung der Spannungen mit Rußland.

Es ist seit langem absehbar, in welche gefährliche Konfrontation zu Rußland die NATO geraten würde, wenn Georgien mit seinen ungelösten Territorialproblemen in die NATO aufgenommen werden würde. Die NATO wäre deshalb auch kaum bereit, Georgien mit Waffengewalt zu verteidigen. Aber wenn das Bündnis einen Staat aufnimmt, ihm dann jedoch den Beistand versagt, verliert es jede Glaubwürdigkeit.

Die georgische Offensive ist offenkundig nicht ohne Wissen der amerikanischen Regierung ins Werk gesetzt worden. Die militärische Reaktion Rußlands war überzogen, allerdings auch provoziert. Die EU hat sich in dieser Situation friedensstiftend bewährt und ist im Gegensatz zur NATO für Moskau ein akzeptierter Gesprächspartner. *Sarkozy* ist es zu verdanken, daß der Krieg in Georgien nicht eskaliert ist.

VIII.

Angesichts der Herausforderungen für unsere Sicherheit stellt sich natürlich die Frage, wie die NATO damit fertig wird. Stellt sie sich der Nah-Ost Problematik? Welchen Beitrag leistet sie zur Stabilisierung Pakistans? Wie kann ein Erfolg in Afghanistan erreicht werden? Welche Exit-Strategie hat die NATO für den Einsatz in Afghanistan? Wie beurteilt die NATO die prekäre Sicherheitslage Indiens, und welche Konsequenzen ergeben sich für Europas Sicherheit? Warum verweigert die NATO bisher den Dialog über die russischen Vorschläge für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur?

Unter dem verhängnisvollen Einfluß der *Bush*-Administration sind diese Fragen im Bündnis bisher nicht angepackt worden. Dabei war der völlig überforderte NATO-Generalsekretär ein williger Vollstrecker verfehlter amerikanischer Außenpolitik.

Das Bündnis hat Rüstungskontrolle und Abrüstung über Jahre sträflich vernachlässigt und damit das Fundament europäischer Stabilität erodieren lassen. Die Verträge, die nukleare Stabilität zwischen den Weltmächten sichern, laufen in diesem Jahr aus. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa ist zwar 1999 den veränderten Bedingungen angepaßt, aber bisher nur von Rußland, Weißrußland, Kasachstan und der Ukraine ratifiziert – während die NATO-Staaten die Ratifizierung seit Jahren vor sich herschieben. Rußland hat schließlich die Geduld verloren und den Vertrag einstweilen ausgesetzt.

Das Bündnis dümpelt ohne straffe politische Führung vor sich hin. Es bietet heute kein überzeugendes Bild. Die öffentliche Zustimmung schwindet. Es ist weder in Europa noch in den USA zu vermitteln, daß NATO- oder EU-Soldaten weltweit in humanitären Interventionen verschlissen werden – dies womöglich, um Straßen zu bauen oder Mohnanbau zu schützen.

Mit dem NATO-Gipfel am 3. und 4. April 2009 findet Präsident *Obama* die erste Gelegenheit, der Allianz Führung und Perspektive zu geben: hinsichtlich des Nato-Beitritts von Georgien gilt nunmehr, daß ein neues Mitglied der Allianz die gemeinsame Sicherheit erhöhen muß und nicht mindern darf. Nahezu mit demagogischer Deutlichkeit hat Präsident *Sarkozy* auf der Sicherheitskonferenz in München am 7. Februar 2009 Vizepräsident *Biden* deutlich gemacht, daß die USA ihr Raketenabwehrprogramm zum Schutz einer wachsenden iranischen Bedrohung fortsetzen würden, aber er nannte hierfür neue Voraussetzungen: das System müsse technisch funktionieren, die Kosten vertretbar sein und es bedürfe vorheriger Konsultationen mit den NATO-Verbündeten und Rußland. Dies bedeutet, daß das Projekt zunächst einmal auf die lange Bank geschoben werden wird. *Obama* will auch rasch auf Rußland zugehen, denn ohne Zusammenarbeit mit Rußland wird sich weder zu Iran noch zu Afghanistan etwas bewegen lassen.

IX.

Abschließens gilt es, auf fünf wichtige Punkte hinzuweisen, die in unserem politischen und strategischen Bild des südlichen Krisenbogens nicht außer Acht bleiben sollten:

Erstens ist der Kampf gegen Terrorismus und radikalen Islamismus nicht gewonnen. Die Gefahr kultureller Konflikte wächst.

Zweitens zeichnet sich in Afghanistan ein Fiasko ab, wenn es nicht zu einer grundlegenden Änderung der Strategie kommt. Die Lage in Afghanistan ist besorgniserregend und steigert die Sicherheitsrisiken in Pakistan und Indien. Hier wird nur ein regionaler Ansatz weiter helfen, der die Nachbarn Afghanistans einbezieht, vor allem den Iran.

Drittens ist die Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht unter Kontrolle. Noch bevor Iran überhaupt zur Bedrohung wird, zeichnet sich ein nuklearer Rüstungswettlauf im Nahen Osten ab. Israel ist am meisten bedroht und zugleich in der Versuchung, sein Heil in einer militärischen Lösung zu finden.

Viertens: Der Nahe und Mittlere Osten sind die krisenträchtigsten Regionen der Welt und bedeuten für Europa eine ständige strategische Herausforderung. Zentralasien hat alle Ingredienzien für Krisen und Konflikte: immense Energievorräte, vielfache ethnische Gegensätze, korrupte Regime, islamische Fundamentalisten und ölbestimmte Gegensätze der Weltmächte. Wer die Lunte an dieses Pulverfaß legt, kann nur verlieren. Georgien in die NATO aufzunehmen würde nichts anderes bedeuten – zumal wir dort kein vitales Interesse haben, das mit Militär verteidigt werden muß.

Und schließlich fünftens: Das Atlantische Bündnis benötigt dringend neue strategische Orientierung. Die Politik Präsident *Obamas* gegenüber Rußland und Washingtons Initiativen im Nahen Osten können der NATO Aufwind geben. Die Tagesordnung der Allianz kann aber nicht weiter durch die engstirnige antirussische Politik der baltischen und anderer osteuropäischer Staaten bestimmt werden.

Wir brauchen Rußland und Amerika überall, wo es kritisch ist: in Afrika, auf dem Balkan, im Iran, in Afghanistan, im Nahost-Konflikt, für den Kampf gegen nukleare Proliferation und nicht zuletzt für Energiesicherheit.

Präsident *Sarkozy* hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt: *Europa muß sich entscheiden, ob es den Frieden will oder in Frieden gelassen werden will* und damit zum Spielball anderer wird. Wer jedoch den Frieden will, muß die notwendigen Ressourcen bereitstellen und zur Zusammenarbeit mit entsprechenden Fähigkeiten ausgestattet sein.

Die neue Art der Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa, die sich von der Gefolgschaftserwartung Amerikas unter der Regierung *Bush* unterscheiden wird, muß sich nun bei vielerlei Problemen bewähren – bei der Stabilisierung Afghanistans und Pakistans, bei der iranischen Nuklearproblematik, bei der Reparatur der Beziehungen zu Rußland, bei Abrüstung und Rüstungskontrolle und bei der neuen strategischen Orientierung der NATO.

Vizeadmiral a.D. Ulrich Weisser war Chef des Planungsstabes im Bundesministerium für Verteidigung und berät heute Regierungen und Unternehmen.

Astrid Meyer-Schubert

Zur Islamisierung Europas

Die Frage, ob für Europa die Gefahr einer Islamisierung besteht oder nicht, läßt sich anhand der im Jahr 2008 gehaltenen Kölner Rede des türkischen Ministerpräsidenten *Erdogan* mit einem klaren Ja beantworten. Denn selten wurde in einer politischen Ansprache der Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen Abendland und Orient so offenbar wie in diesem Antiassimilierungsauftritt an die eigenen Landsleute. Daher kann auf diese Rede noch auf unabsehbare Zeit als Modellbeispiel zurückgegriffen werden, zumal entschiedene Reaktionen deutscher Politiker ausgeblieben sind.

Wieder einmal signalisierte Deutschland in dem Versäumnis eindeutiger politischer Akzentsetzungen eine Lähmung, die bei Beobachtern die Frage aufkommen läßt, inwieweit sich nicht nur die deutschsprachige, sondern überhaupt die europäische Kultur der Gefahr einer Islamisierung bewußt ist. Wer hier antwortet, es handle sich um Paranoia oder Panikmache, möge sich darüber im Klaren sein, daß es ein Verantwortungsbewußtsein den nächsten Generationen gegenüber gibt und frage sich, ob unsere Kinder eines zukünftigen Tages noch die politischen und sozialen Probleme friedlich zu lösen imstande sein werden, die wir hier und heute schaffen. Der sich als ‚guter Mensch‘ gefallende Deutsche oder Österreicher öffnet irrigerweise gern seine Grenzen und übersieht dabei die Möglichkeit eines einziehenden trojanischen Pferdes, das seine Enkel und Urenkel in dramatische Verwirrungen stürzen könnte. Wehren wir also den Anfängen und beschwören nicht die nächste politische Katastrophe herauf.

Während der Jugendkrawalle in Frankreich machten Islamisten den Vorschlag, Mullahs mit den Jugendlichen reden zu lassen, denn nur sie würden bei ihnen Gehör finden. In den Niederlanden wurde der Regisseur *Theo van Gogh* ermordet, *Ajaan Hirsi Ali* muß sich noch immer verstecken. Die Engländer und Spanier leben in ständiger Angst vor neuen Anschlügen, während der deutschsprachige Bereich bisher zwar verschont blieb, die Justiz in Deutschland sich aber immer wieder mit innermuslimischen Ehrenmorden konfrontiert sieht. Bisher jedoch scheint allein Dänemark zu erkennen, daß islamistische Zuwanderer einer Integration schwer zugänglich sind.

Der Bau einer unverhältnismäßig großen Moschee mit zwei Minaretten mitten in Köln/Ehrenfeld ist recht unpassend in einem Augenblick, wo zur Diskussion gestellt werden muß, ob der Islam überhaupt in demokratische Gesellschaften integrierbar ist. Desgleichen existiert im österreichischen Vorarlberg das Problem, ihn in Form von Moscheen und Friedhöfen zu institutionalisieren. In Österreichs Universitäten dürfen Musliminnen mit Kopftuch islamische Religionspädagogik studieren, was paradoxerweise sogar in Ankara bis vor kurzem noch aufgrund des laizistischen Anspruchs verboten war und es einzelne Rektoren an türkischen Universitäten noch immer untersagen. Soll man demnächst die Matu-

ra in Türkisch machen dürfen und dabei Deutsch als Fremdsprache wählen können, so perfektionieren wir morgen jedes Migrantenkind im Kindergarten in seiner Heimatsprache, um ihm anschließend die deutsche Sprache beizubringen (neuerdings geistert die ‚Erkenntnis‘ herum, daß nur derjenige für eine Fremdsprache tauglich sei, der in der Muttersprache gefestigt ist). Für deutsche und österreichische Lehramtskandidaten stehen eines Tages Türkisch und andere Immigrantensprachen als Pflichtfächer auf ihren Studienplänen, damit sie auch die Kinder der Migranten zufriedenstellend zu unterrichten wissen. Und übermorgen sehen wir uns vielleicht noch mit der Forderung islamischer Religionsgemeinschaften konfrontiert, in den jeweiligen Heimatsprachen den Koran zu vermitteln. Aber dies alles tun wir doch gern, weil wir vom ‚Duft der anatolischen Erde‘ (siehe *Erdogan*-Rede) so benommen sind, daß wir offensichtlich jede eigene Argumentationsbasis verloren haben. Die Asylpolitik der neunziger Jahre scheint in dieser Bewußtseinstrübung zustande gekommen zu sein

Das derzeitige gesellschaftspolitische Handeln bezüglich der Migration wird vom „Gutmenschen“ geprägt und ist in seiner Verantwortungslosigkeit kaum noch zu überbieten. Diese Bezeichnung für den tonangebenden politischen Mainstream ist deshalb so treffend, weil hier ein Bild von Österreichern und Deutschen gezeichnet wird, das stark darauf bedacht ist, nicht in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt zu werden und sich so offen und menschenfreundlich wie nur möglich zu zeigen. Der deutschsprachige Bereich hat schwer am nationalsozialistischen Erbe zu tragen. Deshalb darf sich aber politisches Verhalten nicht auf eine völlige Ausschaltung eines Feindbildes bezüglich anderer Kulturen hin extremisieren. Eine Verdrehung des Opfer/Täterverhältnisses besteht, wenn das negative Handeln des kulturell Anderen allein als Re-Aktion auf unsere Integrationspolitik gedeutet wird. Das Ignorieren der Möglichkeit einer Nichtintegrierbarkeit zumindest des Islam ist weder eine realistische Art der Politik noch der Vergangenheitsbewältigung.

Auch ruft die politische Einteilung in links und rechts zum Nachdenken auf, weil dadurch die Mitte zum Schweigen gebracht wird. Schon demjenigen, der es wagt, sich kritisch zur Migrantenpolitik zu äußern, wird Mißtrauen entgegengebracht und faschistoides Verhalten unterstellt. Hinter einer Toleranz dem Islam gegenüber verstecken sich deshalb nicht nur selbstgerechte ‚Guttaten‘, sondern ebenso Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit und Furcht, gegen die vom Mainstream diktierte Islamfreundlichkeit aufzubegehren. Wer dagegen ist, wird moralisch abgekanzelt und als ‚Unmensch, Kleingeist oder Germanisierer‘ stigmatisiert. Die Politik des „Gutmenschen“ jedoch, die in ihrer Radikalität in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen hat, nimmt Formen an, denen in ihrer schrankenlosen Ausgestaltung Einhalt geboten werden muß.

Die Psyche des „Gutmenschen“ arbeitet folgendermaßen: Um ganz anders zu sein als der „Bösmensch“, macht er genau das Gegenteil von dem, was dieser tun würde und landet damit im anderen Extrem. Das Gefühl der Fremdheit z.B., welches in der Begegnung mit dem unbekanntem anderen ein Unbehagen aufkommen läßt und deshalb Vorsicht gebietet, wird rational übersprungen. An seine Stelle tritt eine durch Selbstsuggestion hervorgerufene Sympathie, welche

sich durch überzogene Positiv-Emotionalität selbst rechtfertigt. Der mangelhafte Realitätssinn der Fremdenproblematik gegenüber nährt beim politischen Beobachter den Verdacht, der „Gutmensch“ sei nur die Kehrseite des so oft beschimpften „Bösmenschen“. Andersartige Kulturen, eine andere Religion werden in Wahrheit nicht als ‚anders‘ wahrgenommen, sondern der Ideologie der von Natur aus friedliebenden Menschheit einverleibt. Die Vorstellung einer Multikulturalität entspringt dieser schwärmerischen Projektion, welche sich über den realen Boden von Tatsachen hinwegsetzt, das andere durch falsch verstandene Toleranz und vermeintlich eigenes Gutsein unbewältigt läßt und damit unlösbare Probleme schafft.

Nur *ein* Argument, das z.B. gegen eine unkritische Etablierung des Islam innerhalb unseres Kulturkreises spricht, ist dasjenige der Organisation des Raumes. Ist Europa vom Christentum und von der Aufklärung geprägt, so läßt es sich innerhalb dieses Europas (oder in diesem speziellen Fall Deutschland) nicht in enger Nachbarschaft mit einer alles überragenden Moschee und zwei Minaretten leben, von denen aus die Muezzin fünfmal täglich Muslime und Musliminnen zum Gebet rufen. Der Islam fordert ganz andere Zeitrhythmen und Lebenszusammenhänge als unser Kulturraum es ihm bieten kann. Die deutschen und europäischen Anwohner wiederum werden sich fünfmal am Tag in ihren Tagesabläufen gestört fühlen, was unabsehbare Aggressionen hervorrufen wird. Wenn der „Gutmensch“ also meint, seine Toleranz und freiere Gesellschaftsform seien ausreichende Garantien dafür, um auf Dauer friedlich leben zu können, so ist es seinem Größenwahn zuzuschreiben, anzunehmen, der andere, d.h. seine eigene Kultur beibehaltende Fremde, würde ihm dafür Anerkennung entgegenbringen. Von sich als einem Wohltäter der Menschheit überzeugt, neigt er in Verkennung der Realität zu gefährlicher Selbstüberschätzung. Und dieses macht auch das Unbehagen der schweigenden Mitte aus, die sich zwischen dem Selbstbetrug des „Gutmenschen“ und der realen Gefahr eines schleichenden Islamismus positioniert sieht. Sie erkennt ganz deutlich, jenseits romantischer Verklärungen, die Verachtung, mit der uns Islamisten – und auch die friedliebenden – begegnen.

Denn es ist eben nicht so, daß sie unsere Kultur akzeptieren – sie verachten sie vielmehr als eine von dekadentem Verhalten geprägte Welt, nutzen aber gern den Sozialstaat, weil er ihnen Freiheiten, Sicherheiten und einen gewissen Wohlstand garantiert, also all das, was ihre Heimatländer nicht bieten können. Auch wenn der friedliebende Durchschnittsislamist unauffällig und weitgehend politisch uninteressiert unter den Europäern lebt, heißt es nicht, daß seine Kinder, die im islamischen Selbstverständnis aufwachsen, es genauso tun werden. Die relativ autoritätsfreien gesellschaftlichen Strukturen der westlichen Zivilisation, die Anerkennung der Frau als selbstbestimmtes menschliches Wesen, die Aufwertung des Einzelnen in seiner Individualität, im Gegenzug dazu aber auch die Auflösung der Familienstrukturen, der Exhibitionismus unserer Körper, der Sexualitätswahn, die Gottlosigkeit und z.B. der mangelnde Ehrbegriff, der dem islamisch denkenden Menschen so wichtig ist, müssen ihn nach anfänglicher Verwirrung schließlich zur Verachtung und damit noch tiefer in sein religiöses Denken treiben. Spätestens *Erdogans* Rede und der Beifall seiner Landsleute

sollten zum Nachdenken über unsere kulturelle Identität zwingen, die wir der islamistischen ohne Selbsterniedrigung entgegen setzen können.

Die Gefahr europäischer Selbstschwächung

Die Freiheiten und Sicherheiten des individuellen und sozialen Denkens sind Errungenschaften einer auf der Basis christlicher Religion ermöglichten aufgeklärten Kultur. Dem in der Geschichte zeitweilig unmenschlich gewordenen und sich von seinem Glaubenskern entfernenden Christentum wurde durch die Mithilfe des Protestantismus ermöglichte Aufklärung Einhalt geboten, der einzelne zur Eigenverantwortlichkeit angehalten, Religion und Staat getrennt. Daß ein jeder dann auch wiederum nach seiner eigenen Façon selig werden darf, wird nun von Islamisten weidlich ausgenutzt, obwohl sie selbst von ihrer Religion her diese Trennung letztlich ausschließen.

Hier aber liegt die Lähmung des aufgeklärten Staates. Er gibt nur den Rahmen menschlichen Handelns vor, vermittelt aber keine Inhalte. Der Staat hat allein regelnde Funktion. Die Frage des Menschen nach einem übergeordneten Sinn seines Handelns, das Warum und Wofür menschlichen Leidens können Religionen und philosophische Systeme beantworten und den notwendigen Trost spenden. Die metaphysische Inhaltsleere unserer ökonomisch diktierten und aufgeklärten Welt wittern andere Kulturen wie der Islam und versuchen, diese Lücke auszufüllen. So werden wir nicht nur mit einer gewaltbereiten muslimischen Jugend konfrontiert, sondern überhaupt mit zugewanderten Moslems, die sich erst bei uns radikalieren. Von Demokratie und Luxus angezogen, waren sie anfangs sogar bereit, sich einzugliedern, erkannten dann aber die Sinnleere unserer materialistisch orientierten Welt.

Die Anforderungen der Aufklärung wie Vernunft, Freiheit, Rechtsstaat und Individualismus, welche Mündigkeit und verantwortungsvolles Selbstdenken voraussetzen, sind schwer zu erfüllen und fordern den Einzelnen sowie die Gemeinschaft tagtäglich heraus, so bewußt wie nur möglich im Umgang mit Emotionen zu leben. Welch hoher Anspruch hier an den handelnden Menschen gestellt wird, der mit der Aufklärung den obersten Rang im Denken einnehmen soll und wie schwer an diese Zielsetzung heranzukommen ist, zeigt uns die europäische und deutsche Geschichte des letzten Jahrhunderts.

Um der aufklärerischen Zermalmung traditioneller Werte zu entkommen, entstand in Europa vor mehr als zwei Jahrhunderten die Bewegung der Romantik. Sie warf der Aufklärung vor, sich von Nützlichkeitsbetrachtungen und ökonomischen Prinzipien leiten zu lassen und versuchte, der ihrer Ansicht nach abtöten- den Vernunft Lebendigkeit entgegenzusetzen, die sie im ‚Reiz des Lebens auf der Unbegreiflichkeit, auf dem Geheimnis‘ (A.W. Schlegel) beruhend fand, und damit die Poesie, die Leidenschaft und die Sinnlichkeit propagierte. Gefühl und Ergriffenheit sollten wieder mehr zu Wort kommen, später auch Politik und Machtausübung ästhetischer und schöpferischer werden. Diese Vernunftmüdigkeit und die Forderung nach mehr Phantasie und Leidenschaft waren allerdings Mitgrund für die größten politischen Radikalisierungen des 19./20. Jahrhunderts.

Nationalismus und ‚wissenschaftlich‘ untermauerte Sozialromantik führten zu Nationalsozialismus und Marxismus. Beide waren unter anderem auch politische Reaktionen auf eine kalte und inhaltsleere kapitalistische, sich an der Ware mehr als an sinnvollen Werten orientierenden Welt. Die einen wollten mit den Worten Nation und Rasse Identität verleihen, die anderen der ökonomischen Ausbeutung der Menschen Einhalt gebieten und unter der *Rousseauschen* Prämisse des von Natur aus guten Menschen mit einer nicht-entfremdenden Ökonomie eine humanere Welt schaffen. Doch weder gelang den Nationalsozialisten die Heranzüchtung des starken - noch den Kommunisten mit ihrer scheinbar menschlicheren Gesellschaftsvorstellung die Konstruktion des klassenlosen Menschen. Während der Nationalsozialismus den Holocaust herbeiführte, verkannte der Marxismus die gierige Natur des Menschen und endete in Terror und Diktatur. Heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß beide Ideologien gescheitert sind. Erstere hat im deutschsprachigen Raum Europas so viel Verwirrung gestiftet, daß die in ihm lebenden Menschen nicht mehr zwischen gut und böse, richtig und falsch zu unterscheiden wissen. Gefangen in einem Knäuel aus Schuldgefühlen und Wiedergutmachungsversuchen, verliert der „Gutmensch“, indem er allem und jedem Asyl gewährt, sein Verhältnis zur politischen Realität und öffnet unsere Tore dem Trojanischen Pferd.

Die Selbstschwächung unserer westlichen Welt besteht zweifellos in der durch die Aufklärung eingeleiteten Sinnkrise, wobei man hier zwischen einer Verantwortungs- und Aufdeckungsaufklärung unterscheiden muß. Während erstere Werte setzt, erzeugt die zweite neben Emanzipation aber auch Unterhöhlung. Wenn wir als Beispiele der letzteren die Philosophie *Feuerbachs* und die Psychoanalyse nehmen, welche das Bild Gottes als menschliche und sexuelle Projektion herausarbeiten, so kann sie mit ihrer Entwertung übernatürlicher Entitäten durch die Rückführung auf menschliche Phantasien zwar helfen, die einseitig männlich besetzte Bildlichkeit Gottes kritisch zu hinterfragen, führt aber doch wieder als psychoanalytische Entblätterungswissenschaft zu Inhaltslosigkeit.

Damit verliert sich der europäische Mensch im Sumpf der Sexualität, in der Blödigkeit bloß ästhetischer Körperlichkeit, im radikalen Egoismus und in einer alles dominierenden Ökonomie. Das Verantwortungsgefühl für den Mitmenschen und die Fähigkeit des Selbstdenkens bleiben dabei auf der Strecke. Mit dem fehlenden Inhalt wird aber auch der durch die Verantwortungsaufklärung gegebene Rahmen funktionslos und führt Europa in eine gefährliche Handlungs lähmung. So ist zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der europäischen Religion, also dem Christentum, und dem Erfahrungsschatz sowie dem Wissen der vergangenen Jahrhunderte zu raten, um aus dieser Agonie herauszufinden. Nur eine argumentative Stärkung Europas (von dem *Saddam Hussein* Anfang der neunziger Jahre sagte, daß es nicht ernstzunehmen sei) kann der schleichen den Islamisierung ein Ende bereiten, bevor sie richtig begonnen hat.

Hätte für die Aufnahme der Türkei in die EU das Argument eines Puffers zum islamistischen Orient hin hilfreich sein können, so ist dieses seit *Erdogans* Auftritt hinfällig geworden. Mit seiner aufreizenden Rede und dem provokant-ironischen Nachsatz, wovor die Deutschen denn Angst hätten, hat er sich und

sein Land für eine europäische Mitgliedschaft selbst disqualifiziert. Daß es in Deutschland nun für die drei Millionen Türken Zeit sei, Einfluß auszuüben sowie für die fünf Millionen in der EU, Bürgermeisterposten anzustreben, demonstriert die Gefahr türkischen und islamistischen Machtstrebens. Seine Rede beweist aber auch, daß es nicht Schuld der Europäer ist, zu ghettoisieren oder Parallelgesellschaften durch Ausgrenzung heranzuzüchten, sondern daß es die Migranten selbst sind, die sich nicht einordnen wollen.

Mit dem europäischen Integrationsversuch stoßen zwei Kulturen aufeinander, deren Asymmetrie nicht größer sein kann. Die islamischen Menschenrechte können mit den unsrigen nicht mithalten, weil sie a) durchweg den göttlichen Gesetzen untergeordnet werden (Scharia) und sich b) damit nicht auf alle Menschen beziehen, die ‚frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind‘.

So kommen wir nicht umhin, die Frage zu stellen, ob es überhaupt für den Islamisten Möglichkeiten des Verstehens unserer Kultur gegenüber geben kann. Ist er in der Lage nachzuvollziehen, daß jeder Mensch außerhalb seines muslimischen Glaubens Würde hat, die menschenrechtlich gesichert ist? Hat er die Fähigkeit, das Recht einer menschlichen Existenz ohne seinen transzendenten Gott anzuerkennen? Wenn noch nicht einmal die politischen Führer des Orients bereit sind, sich von diesen leider anzunehmenden Defiziten zu verabschieden, wir also bis heute eindeutige Signale diesbezüglich vermissen müssen, wie können wir dann an das Gelingen einer Integration des Islam in Europa überhaupt glauben?

Es war und ist eine Inkompetenz der Türkei, ihren Landsleuten ökonomisch wie sozial kein ausreichend lebbares Dasein zu gewährleisten, und so fühlen sie sich gezwungen, in andere Länder mit einer fremden Kultur auszuwandern. Da ist es nur allzu menschlich, daß sie ein Stück Heimat mitbringen, um sich in der neuen Welt einzurichten. Allerdings müssen sie ihre Ansprüche auf eine Verbreitung ihrer Kultur innerhalb der EU zurücknehmen. Und auch wenn es *Erdogans* unausgesprochene Ambition ist, durch die Besetzung institutioneller Machtpositionen vielleicht eines Tages die Islamisierung Europas durchzusetzen, so sollten wir darauf dringen, nur noch Staatsbürgerschaften denjenigen zu verleihen, die eine kritische und aufgeklärte Distanz zu ihrer Religion nachweisen können.

In Simultaneität zur Terrorismusbekämpfung wäre eine Integration mit dem Ziel der Assimilation erforderlich. Nur so kann letztlich ein islamistischer Marsch durch die Institutionen aufgehalten werden. Die Anpassung an abendländisches Denken und Fühlen ist unvermeidbar bei der Eingliederung in europäische Länder. Europa muß sich selber schützen, durch das Aufleben christlicher Werte von innen stärken und ihnen mit dem in den letzten Jahrhunderten erworbenen Wissen neu begegnen. Dies ist von immenser Bedeutung in einer Zeit der Globalisierung, wo sich die verschiedenen Kulturräume im Dialog verständigen müssen.

Dr. phil. Astrid Meyer-Schubert war Lehrbeauftragte in Berlin und Bukarest und wirkt als freie Publizistin in Wien.

Hans-Peter Raddatz

Der islamische Antisemitismus

Anmerkungen zu einer Chronik der Judenfeindschaft

Die im Ausland gut und oft besprochene „Legacy of Islamic Antisemitism – From Sacred Texts to Solemn History“, die *Andrew Bostom* im Jahre 2008 herausgegeben hat, ist auf ihre Weise bemerkenswert. Wer sie angemessen betrachten will, muß allerdings etwas weiter ausholen, denn bei der 766 Seiten starken „Erbschaft“ handelt es sich um ein sachlich und historisch ausgreifendes Werk, das in einen dem Thema gemäßen Rahmen gestellt werden muß. Wenige Lese-proben lassen erkennen, daß die Judenfeindschaft im Islam ein doppelt komplexes Problem ist – sowohl hinsichtlich der innerislamischen Strukturen und historischen Abläufe als auch, und dies ist für die nachfolgende Darstellung wichtig, in Bezug auf die Relevanz für Europa. Dessen Gesellschaften befinden sich in wachsenden Wechselwirkungen mit der islamischen Immigration und ihren politreligiösen Konsequenzen. Insofern sollte eine Betrachtung des Verhältnisses zwischen Islam und Judentum weder den „interkulturellen Dialog“, noch den westlichen Antisemitismus vernachlässigen.

1. Die Sozialtechnik des interkulturellen Wertewandels

Vielen, zumindest vielen Muslimen, klingen die Worte des byzantinischen Kaisers *Manuel II.* (gest. 1425) noch im Ohr, den Papst *Benedikt XVI.* in seiner „Regensburger Vorlesung“ im Jahre 2006 zitiert hatte: „Zeig mir doch, was Muhammad Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, daß er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten ...“ Der Sturm des Hasses aus der Islamregion und die Aggression aus den islamkonformen Institutionen Europas ließen erkennen, daß der Pontifex in ein „neoökumenisches“ Wespennest gestochen hatte.

Indem seine Rede über „Glaube und Vernunft“ in der Konsequenz gipfelte, daß jede Vorstellung von Gott, die etwas mit dem Menschen als sein Geschöpf zu tun haben soll, logischerweise auf Gewalt gegen Menschen verzichten müsse, hatte er automatisch eine „neoökumenische“ Lawine bei jenen losgetreten, die die Gewalt für sich als Stilmittel der Politik beanspruchen. Dazu gehören vor allem die orthodoxen Anhänger Allahs, weil ihre Gottheit die Überwindung der Welt fordert, und ihre westlichen Helfer, weil sie ihren links-rechten Ideologien nachhängen. Nach utopisch-totalitärem Muster sehen sie die „Krise als Chance“. Sie besteht darin, Europa vom Feindbild der Bürgergesellschaft und jüdisch-christlichen Zivilisation zu befreien und über die islamische Zuwanderung mit einer neuen, einheitlichen Klassenrasse zu bereichern, die sich perfekt eignet, die Altgesellschaft im „Frieden des Islam“ zur letzten Ruhe zu betten.

Daß die islamisch dominierte Migration auch eine Hauptsäule des laufenden, finanzglobalistischen Weltbilds ist, leitet sich aus drei zentralen Aspekten der europäischen Aufklärung her: aus der liberalistischen Abwehr von Kirche und Staat, der daraus folgenden Ersatzreligion des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der dialogpolitischen Toleranz des literarischen Orientalismus, der sich wesentlich auf Buddhismus und Islam stützt. Gemeinsam ermöglichten sie sowohl einen verstärkten Antisemitismus als auch die links-rechtsextremen Gewaltideologien, deren Materialismus es wiederum erleichterte, sie in den laufenden Radikalkapitalismus zu integrieren (vgl. Die Neue Ordnung 1,2/08).

Sie alle laufen in einer Art Globalsozialismus zusammen, dessen Strategie die Moderne selbst ist: permanenter „Strukturwandel“, der das jüdisch-christliche Wertesystem sowie auch dessen säkulare Nachfolgeformen, Demokratie und Rechtsstaat, auflöst. Der Prozeß, verhüllt als wirtschaftliche „Deregulierung“, erzeugt gleichwohl globalisierte Strukturen mit potenziert politischer Macht. Unter dem Dach der US-Weltmacht unterscheiden sich Organisationen wie Weltwährungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) wenig von politischen Korporationen wie der Europäischen Union oder auch der OIC, der Organization of the Islamic Conference. Letztere kontrolliert inzwischen die Formulierung und Gestaltung des Interkultur-Dialogs in der EU und spielt auch bei der Interpretation der Menschenrechte in der UNO eine federführende Rolle.

Im globalistischen Kontext wirkt die Moderne als ein Konzept, das – ausgehend von Europa und den USA – die Welt erfaßt, indem es Staat für Staat einheitlich deregulierte Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen durch- und geeignete Führungskräfte einsetzt. Das Verfahren – bekannt unter dem Begriff der „Governance“ – ist seinerseits reguliert. Es geht kulturunabhängig vor, macht aber bei den islamischen Staaten die Ausnahme von der Regel, indem es die Scharia, das islamische Gesetz, von der Deregulierung ausnimmt. Ebenso befreit es die liquideren OIC-Staaten von der neokolonialistischen IWF-Regel, nach der die nicht verplante Auslandshilfe in US-Schatzwechselln zu halten ist.

Diese Ausnahmeregelung ergibt sich aus dem Governance-Prinzip, das die alte Werteorientierung durch ein geldgeleitetes Nutzenprinzip ersetzt und dem Islam mit Öl, Investmentportfolien und Billiarbeit eine privilegierte Position in der finanzkulturellen Rangliste öffnet. Im Westen entstanden, setzt sich das Konzept dort problemlos durch. Es beruht auf einem kurzen, auf Toleranz getrimmten Gedächtnis, das weniger zu kritischer Reflexion als zu Kritikreflexen fähig ist und somit den elitären Fortschritt eher antreibt als mäßigt. Hier entfaltet sich der Job-, Konsum- und Kulturnomade, fixiert auf Arbeit und Entertainment, als Programmfigur, nicht als politischer Faktor. Weitaus wirksamer sind die Medien, die auf allen Ebenen – Bild, Druck, Sprache, Symbol – ihren indoktrinierenden Gleichstrom verstärken. Dabei wird der soziale Vorgang zum quasi-chemischen Prozeß. Nobelpreisträger *Erwin Chargaff* meinte, daß „ein Haufen einzelner Verschiedener zu einer wie ein einzelner Organismus reagierenden Masse gerinnt ... (Es) bildet sich eine funktionsfähige Masse aus vielen einzelnen Menschen, wenn diese richtig präpariert sind. Die dazu notwendige Beize ist die sogenannte öffentliche Meinung ...“ (Chargaff, *Über das Lebendige*, 212).

Keine etablierte Führungsform versäumt es, ihre Vorherrschaft auch für die Zukunft zu sichern. Sie folgt einer Tradition, seit jeher im Kampf um die Deutungsmacht bewährt, die nun die aufklärerische Moderne und *Muhammads* koranische Lehre in einer nur scheinbar heterogenen „Neoökumene“ vereint. Beide verbindet das „Neue“ der Gewalt, die zwar eine ebenso alte Tradition ist, sich aber bei jedem Machtwechsel, heute „Strukturwandel“ genannt, der Zeit gemäß kaschieren muß. So wie der byzantinische Kaiser den Islamverkünder als Machtpraktiker enthüllte, so offenbarte sich die Französische Revolution als Bewegung, in der weder von Freiheit noch Gleichheit die Rede sein konnte.

Muhammad schuf das „Neue“, indem er sein System gegen Juden und Christen definierte und mit der physischen Beseitigung der Juden von Medina ein metaphysisches Vorbild setzte. Ebenso „neu“ erschien den großen, zumeist antisemitischen Aufklärern ihr Kampf gegen Klerus und Adel, indem sie die metaphysische Machtroutine und ihre physische Praxis vermehrt rhetorisch verhüllten. So wie die Gewalt im Islam eine „Anstrengung im Glauben“ ist, so gilt sie der Moderne als Anstrengung im Fortschritt. Da die Verhüllung des „Neuen“, d.h. die Wandlung des Fiktiven ins Faktische, nur langsam greift, driftet die „Deutungs“-Macht in die Sprachmagie, um sich durchzusetzen.

Als stetige Machtvermittler bestehen diese Parallelen mit neuen „Fakten“ fort. Nun bedeutet „Kultur“, den höfischen Glanz islamischer Despotien zu rühmen – allen voran *Cordoba* – ohne deren finanziell ergiebige Sklavenkultur zu erwähnen, die islamische Wissenschaft zu loben, ohne ihrer eingespernten und abgeschlagenen Köpfe zu gedenken, die Ehre der islamischen Frauen und den „Respekt“ zu besingen, der ihren rabiaten Schutz erzwingt, Allahs Portfolien und Absatzmärkte zu feiern, dabei aber sowohl sein niedriges BIP, als auch die islamweite Christenverfolgung zu vergessen, ganz zu schweigen von den EU-Subventionen für die Gewaltgruppen, die Israels Vernichtung anstreben. All das verwundert nicht, denn schließlich beherrscht die veröffentlichte Meinung die öffentliche, so wie der Islamismus den Islam und seine Eurohelfer dominiert.

Wer also wie ein orthodoxer Muslim denkt, vormoderne Praktiken in moderne Tugenden umwandelt und die Regeln der Scharia in das westliche Rechtssystem einschleust, wird zum Träger des neuen Euro-Weltbilds. Dieses bleibt insofern alt, als es den Kampf gegen Kirche und Staat fortsetzt, nunmehr mit den Mitteln der islamisch-modernen Doppelrevolution, die sich als politreligiöse Mischung aus Neoökumene und Globalsozialismus etabliert. Wer von „Reformen“ spricht, meint den finanzkulturellen Abbau von Rechts- und Besitzständen zum Nachteil der Altkultur. Die entstehenden Räume füllen Prozesse der Immigration und anderskultureller Ansprüche, die sich auf der Basis von „Toleranz“ vollziehen. Die Besonderheit der Transformation besteht im Euro-Gewissen, das durch den eigenen Antisemitismus diffamiert, sich über den Katalysator des islamischen Judenhasses nun in ein Ruhekitzen moderner Moral umwandelt. Mit anderen Worten: Antisemitismus wird zum Gebot der interkulturellen Toleranz.

Die liberalistische Rechts-Links-Fusion, die wir Globalsozialismus nennen, führt mit der islamischen Lizenz den Kampf gegen Kirche und Staat unter dem Schutz der Religionsfreiheit fort. Diese Abbauwirkung der Moderne – für die einen

„Werteverfall“, die anderen „Innovation“ – bildet eine prominente Ismen-Kette. Vom Rationalismus über Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Nationalismus, Szientismus, Konstruktivismus bis hin zum Neoliberalismus, bestätigt sich diese Linie als traditionelle Lebensmitte westlicher Zivilisation. Sie erscheint als Metaideologie der Macht, die weit über die Zeit der Aufklärung zurückreicht und frühere Wurzeln ebenso in der Gnosis, Renaissance und Reformation hat. Dieser Welttrend setzt sich schlicht selbst als absolutes Apriori eines jeden Gott-Mensch-Konzepts – oder auch -Rezepts – das Philosophie, Wissenschaft und Literatur oft mit Hochesoterik und Sprachmagie verbinden. Indem sich darin der okkult-nietzscheanische Übermensch eines *Lenin* und *Hitler* abzeichnet, sehen auch Soziologen – über *Chargaffs* Biochemie hinaus – die Moderne als riesige Sozialretorte, in der globale Akteure die Gesellschaften „verflüssigen, verdampfen und verschmelzen“ lassen können (*Manuel Castells*).

Das „Erbe Europas“, arabische Wissenschaft und orientalische Esoterik, übt mit Mysterienkulturen, Islamfaktoren wie Djabir, Avicenna und Sufimystik eine tiefgreifende Wirkung auf Naturwissenschaften, New Age und Politikulte wie den Globalsozialismus aus. Eine wichtige Sonderrolle spielt dabei die gnostische Lehre des *Marcion*. Er vermittelt die moderne Idee eines „kommenden Gottes“, der als eine Art Prozeßidol die Übergänge von einem Weltbild zum andern trägt. Indem er sich explizit den Fremden öffnet, ist er die Kraft, welche die elitären Weltlenker inspiriert, u.a. in Gestalt der EU-OIC-Allianz, die Migrationsströme dort zu verschmelzen, wo sie Frieden und Profit maximieren. *Marcion* kann als sakraler Katalysator dienen, der die moderne Nivellierung von Religionen und Kulturen sowie den Basisprozeß einer technischen Gottesfusion beschleunigt.

Ob der *Teilhardsche* „Omegapunkt“, der Allgott des *Rahnerschen* „anonymen Christentums“, der „eine Gott“ des Konzils, der Zweckgott des *Küingschen* Weltethos oder schließlich auch der Allah der OIC – in dieser Stufung befreien sie alle sich von der Machtbremse des trinitarischen Jesus. Die *Marcion*-Gnosis ist die Universalreligion, über die sich technisch-kommerzielle Moderne und Koran verbinden – mit Jesus als Vorläufer *Muhammads*. Sie erfüllt die OIC-Strategie, die die Juden vom Christentum trennt und die biblischen Gesetze durch die koranischen ersetzt. Dem tritt Papst *Benedikt* nun diametral entgegen. Er sieht Gott nicht in dem, „der Gefallen am Blut hat“ und die Menschen mit Gewalt zum Glauben zwingt, sondern in dem, „der am Sinai gesprochen hat ... und dessen Gesicht wir im gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus erkennen“. Indem er die wurzelhafte Evolution des Christen- aus dem Judentum erneuert, die die islaminspierte „Neoökumene“ kappen will, wird *Benedikt* zum zentralen Feindbild des politikulturellen, antisemitischen „Dialogs“.

Der Israel-Gaza-Konflikt und die Piusbruderschaft-Affäre zogen im Frühjahr 2009 einen so massiven wie folgerichtigen Strom von Haßtiraden gegen das Juden- und Christentum allgemein bzw. gegen Israel und Papst speziell nach sich. Wie immer sind es die Eliten, deren Agitatoren heute die interkulturellen Freiräume zwischen Toleranz und Aggression testen, eine alte Machtstrategie, die letztlich auch das Töten rechtfertigt. Da die gesamte Geschichte darauf aufbaut, gibt es auch keinerlei Beweisnot. Die neue Aggressionswelle wurde von

den Medien angetrieben, wobei auch die Regierungschefs der großen EU-Länder nicht fehlen wollten. Der Vorwurf, damit die Trennung zwischen Kirche und Staat aufzuheben, geht ins Leere, weil sich die „Kirchen von unten“ kaum noch von Parteien unterscheiden. Daß der Staat ohnehin zur Disposition steht, machte etwas anderes deutlich: die explosive Ausweitung der Schuldenblasen durch die Finanzkrise. Deren Dimension kann mittelfristig die gesamte EU sprengen und den Islameliten die Erfüllung des alten Traums, die historische Wachablösung in Europa – Deutschland und Österreich voran – erleichtern.

Dabei ist zu bedenken, daß die globalsozialistische Deutungsmacht ein flexibles Zensursystem braucht, das Analysen kulturkritischer Art wegbeißt. Manche belassen es bei „Verschwörungsdenken“, andere dämonisieren mit Keulen wie „Rassismus“ und „Rechtsradikalismus“. Je weiter die diktierten „Fakten“ von der Wirklichkeit abweichen, desto härter auch die Ausgrenzung der Abweichler. Dies umso mehr, als der Islam eine finanzielle „Innovation“ bedeutet, deren Behinderung Profit und Prestige schmälert. So wie der Globalismus Toleranz und Effizienz zu Kriterien des „Friedens“ erhebt, so erscheinen ihm Kritik und Sozialansprüche seitens der Altkultur als „rassistische“ Konfliktpotentiale.

2. Ein Buch gegen das islamische Wissensverbot

Wenn die Institutionen, die Unternehmen, Parteien, Universitäten, Stiftungen Gerichte und Kirchen, ihre Aufgabe erfüllen sollen, die Gesellschaften Europas islamisch zu verändern, müssen sie Verhältnisse und „Fakten“ schaffen, die eine entsprechende Propaganda absichern und jede Quelle verstopfen, die dauerhaft schädliche Informationen verbreitet. Der „Dialog“ mit dem Islam spielt daher eine große Rolle im Rahmen des akademischen Bildungskanons. Er vermittelt ganz bestimmte Inhalte und betont seine Funktion, die eine einheitlich gebildete „Dressurelite“ hervorbringt, mit dem Begriff der „Excellence“, also einer in besonderem Maße wirksamen, system- und elitefördernden Qualität.

So wie der moderne Fortschritt allgemein seine eigenen „Fakten“ schafft, so muß auch der aktuelle Strukturwandel für geordnete Verhältnisse sorgen. Aussagen in den islamischen Grundlagen, die zu Gewalt auffordern oder den westlichen Kriterien anderweitig zuwiderlaufen, müssen durch Veränderung oder schlichte Umkehrung verschleiert bzw. durch Wiederholung passender Floskeln ins Gegenteil verkehrt werden. Dabei versteht sich, daß die in den Institutionen zuständigen Referenten oder Beauftragten, die in diesen Pflichten versagen, von ihren Posten zu entfernen sind, während sie durchaus aufsteigen können, wenn sie bestimmte Grundregeln der Diffamierung einhalten.

Wer islamwidrige Informationen publiziert, ist als universaler Kreuzzügler, als Person zu stigmatisieren, die totalitäre Feindbilder aus obskuren Quellen nährt, unter psychischen Störungen, Haßsyndromen oder Paranoia leidet, die Religion und Geschichte des Islam verfälscht und unter terroristischen Generalverdacht stellt, die sakralen Gefühle der Muslime und ihr Verfügungsrecht über die Frauen beleidigt, vielleicht sogar den Holocaust am Islam wiederholen will. Ein solcher Verirrter gehört zu jenen Volksverhetzern, die Menschenrechtsrassismus

betreiben, indem sie sich als Demokraten verkleiden, welche die Muslime wieder auf inquisitorische Folterbänke spannen wollen, sich aber zunächst damit abfinden, ihnen vorerst nur die Ausübung ihrer Religionsfreiheit zu verweigern.

Als ein solches Exemplar ist der amerikanische Autor *Andrew Bostom* zu sehen. Er bietet die bislang umfassendste Kompilation judenbezogener Islamquellen an, die aus Sicht des Mainstream als „obskur“ gelten müßten, weil sie ein düsteres Bild der Allah-Religion zeichnen. Dagegen basieren sämtliche Aussagen des Werks auf den Grundlagen des Islam. Es sind Koran und *Muhammad*-Tradition sowie theologische Kommentare von der Frühzeit bis in die Gegenwart, die authentische Auskunft über das Judentum als Minderheit unter islamischer Herrschaft erteilen. Auf 700 Seiten (ohne Anmerkungen) dokumentiert *Bostom* jenes Wissen über den von Allah und seinem Verkünder befohlenen Judenhaß, den die westlichen Islamdiener mit öffentlich geförderter Desinformation unterstützen, ein Wissen also, das im „Excellence“-Kanon nicht vorkommt.

Die Orientalistik als zuständige Wissenschaft hat sich nicht nur von gesicherten Ergebnissen, sondern auch von bis in die 1970er Jahre geltenden, unabhängigen Forschungskriterien verabschiedet. Ihre Vertreter nähern sich mit benachbarten Fachbereichen wie Soziologie, Politologie, Anthropologie, Religions- und Kulturwissenschaften der „Islamwissenschaft“ an, die Mensch und Gesellschaft nach den aus Koran und Tradition entwickelten Rechtsregeln interpretiert. Da keine andere Weltsicht Geltungsansprüche erheben kann, sind im „Excellence“-Kontext Zitierkartelle entstanden, ein Rahmen interdisziplinärer Bezugnahmen, die sich im Sinne des Islaminteresses sowie des Abbaus von Demokratie und Altethik auswirken. Dazu gehören politreligiöse Aspekte wie auch Spezialitäten der audiovisuellen Unterhaltung. Denn deren verdummende Effekte ersparen den Erfindern von Islampropaganda eine Menge Zeit und Phantasie, abgesehen von den Wort- und Bildmühlen, die ohnehin in endlosem Turnus Moscheen, Basare und Oasen als Zeichen des Friedens ins öffentliche Hirn gravieren.

Vor diesem Hintergrund leuchtet ein, daß *Andrew Bostoms* „Legacy of Islamic Antisemitism – From Sacred Texts to Solemn History“ eine Provokation der herrschenden Kulturdoktrin bildet, andererseits jedoch wertvolle Daten für die Nachwelt bereitstellt, die man nicht verbrennen, sondern „nur“ löschen bzw. blockieren kann – auf den Festplatten der Computer und den Hirnrezeptoren. Ebenso erstaunt nicht, daß die judenfeindliche Erbschaft des Islam einen Verlag im meinungsfreudigen Amerika fand, nicht jedoch in Europa, geschweige denn Deutschland, wo sich der islamfreundige Antisemitismus spätestens seit *Hitler* eine lebendige Tradition bewahrt hat. Wenn von „spätestens“ die Rede ist, so verweist der deutsche Orientalismus natürlich auch auf frühere Autoritäten, zu denen unter anderen der große *Herder*, der Erzvater des Multikulturalismus gehört, abgesehen von der harten Linie, die über *Fichte* bis zu *Luther* reicht.

Selbst *Kant* hat sich bekanntlich der antisemitischen Versuchung nicht entzogen und die Juden als problematisches Volk beschrieben, das zum Streiten und Wuchern geboren sei und sich somit nicht zu wundern brauche, wenn es immer wieder zu Konflikten Anlaß gebe, die zuweilen eben auch tödlich verliefen. So wie die europäischen Rationalisten primär die Kirche und die Liberalisten den

Staat im Visier hatten und haben, so stellt ihr gemeinsamer Antisemitismus die Familienähnlichkeit mit der Judenfeindschaft des Islam her. Dies schließt seit Inquisitions- und Lutherzeiten auch die Gewalt ein, die ebenso ihre Vertreter im deutschen „Idealismus“ hat. Während *Herder* und *Kant* die Vernichtung auf kühl-elitärem Niveau andeuteten, sprach *Fichte* sie offen aus. Er schlug vor, den Juden die Köpfe abzuschneiden, um sie durch andere ohne jüdische Ideen zu ersetzen. Er bahnte den Weg zum Hitlerismus, indem ihm die Deutschen als „erwähltes Urvolk“ und der Islam als nützliches, weil verdummendes Mittel erschienen. Daß hier keine dumpfe Denkform, sondern hohe Intelligenz am Werk war, ließ der „deutsche Jakobiner“ an seiner zutreffenden Machtformel von den Juden als „Urheber des entgegengesetzten Systems“ erkennen.

Natürlich stehen Dekalog und Bergpredigt zur Macht generell und zum Islam speziell quer. Juden- und Christentum bilden das islamische Doppelfeindbild, das sich der Dhimma, dem koranischen „Schutzvertrag“, demütig zu beugen hat. Die Juden ziehen dabei den Kürzeren, weil sie das erste Gesetz überhaupt in die Welt brachten und dies überaus machtwidrig. Denn der Mensch soll keinesfalls die Gottesmacht vorschieben, um mit ihr die Herrschaft über die Menschen zu beanspruchen. Dieses Hindernis wurde dem Pharisäertum lästig, so daß der jüdische Prediger Jesus an die Unverfügbarkeit göttlicher Macht erinnerte. Der Vorgang wiederholte sich im christlichen Klerus, den der Machtverzicht ebenso belastete. Er nahm Kaiser *Konstantins* „Schenkung“ an und ließ das Christentum zur römischen Staatsreligion mutieren. Die Papstmacht belastete freilich *Luther* so sehr, daß er eine tendenziöse Bibelübersetzung erstellte und den werkfreien Glauben dem „freien“ Menschen sowie die Reformreligion den Fürsten widmete.

Damit war der Übergang zur Aufklärung offen, die nach dem Klerus auch den Adel überwand und – angebahnt durch *Kopernikus*, *Galileo* und *Bruno* sowie jüdische Philosophen wie *Gersonides* und *Spinoza* – die Macht auf Kräfte des mathematischen Kosmos verschob. Mit wissenschaftlicher Forschung und rationaler Herrschaft schienen sie den Menschen zu beflügeln und von den Bremsen herkömmlicher Ethik zu befreien. Dabei fielen zwei Aspekte auf, die heute von grundlegender Bedeutung sind: Die Aufklärer lehnten einerseits *Luthers* Abneigung gegen den Islam ab und wandelten sie in eine deutliche Islamophilie um; andererseits übernahmen sie nicht nur den Antisemitismus des Reformators, sondern entwickelten ihn durch das Medium des jakobinischen Radikalismus zu einem Katalysator, der den Weg in den Totalitarismus öffnete.

Die Fusion des Wissenschaftsglaubens mit der ersatzreligiösen Öffnung zum Islam erzeugte jene Mischung aus esoterischer Biotechnik und moderner Macht-ratio, die mit Szientismus, Leninismus und Hitlerismus die Weltkriege anschob und heute durch den neoliberalen Globalismus überwölbt fortlebt. Entsprechend weniger verdeckt überwinterte darin freilich der kombinierte Antisemitismus, der sich durch den Islam legitimieren und die Schatten der Schoah hinter sich lassen konnte. So wie schon die Achse Hitler-Arabien-England-Frankreich die jüdische Besiedlung des geplanten Israel erschwerte, so installierte die Achse EU-Arabische Liga-OIC Arafat und ein Palästina, dessen Gewaltgruppen heute den Bestand des real existierenden Israel in Frage stellen.

Die Katalysatoren des Marcionismus und Antisemitismus bilden die epochalen Pole, zwischen denen sich die Dialektik des Globalsozialismus vollzieht. Hier gibt es allerdings kein drittes Element, kein *tertium datur*, das auf sakraler Ebene die Juden-Christen-Evolution sowie profan den klassisch-antiken Dialog kennzeichnet. Es gibt nur den Monolog der Macht, der mit manichäischen Diktaten den Lauf der Welt setzt und alternatives Wissen löscht. Das Rezept ist uralte und funktioniert auch in der Moderne, die das denkende Subjekt auflöst und mit Scheinkompromissen diktatorische Tendenzen entwickelt. Wenn die Eliten dem Volk Toleranz und Verzicht gegenüber den Immigranten abfordern, weil der Westen in der Kolonisation Schuld auf sich geladen habe, ist keine Rede von den gleichen Eliten, die die Kolonisation antrieben und damals die anderen Kulturen ebenso ausbeuteten, wie sie heute die Ressourcen der eigenen Kultur zur Disposition stellen. Macht bedeutet den Austausch von Volkslasten durch den Elitenutzen – mit der heutigen Turboversion des Shareholder Value.

Da die Eliten moralfrei bleiben, während sie die Moral definieren, an die sie das Volk binden, trägt letzteres alle Folgen elitären Handelns. In der islamischen „Innovation“ bestehen sie in erneuertem Antisemitismus und im Kulturwechsel an sich. Weil sich aus moderner Sicht jeder Werteverfall als Erneuerung darstellt, kann das „Neue“ in der Selbstaufgabe als islamischer Wiedergeburt bestehen, so wie *Muhammad* es verlangt und Kaiser *Manuel* abgelehnt hat. Er stand unter dem Eindruck des Kaiserberaters *Kantakuzenos*, der Thrakien an den Osmanen *Orhan* (gest. 1360) ausgeliefert und die Einkreisung Konstantinopels eingeleitet hatte. In seiner historischen Ähnlichkeit erscheint der türkische EU-Beitritt als moderne „Kantakuzenos-Politik“. So wie damals die Orthodoxen den Gläubigen den Widerstand gegen die Osmanen als „Kampf gegen Gott“ verboten, so gilt heute der Widerstand gegen die Scharia als Sakrileg gegen die Demokratie.

Kein Wunder, daß jede Diskussion über die interkulturelle Diskrepanz und die Rolle der Eliten unterbleibt, um das Toleranzdiktat zugunsten Moscheebau, Dialogdesign, Schariabildung etc. zu sichern. An diesem Spektrum nähren sich sowohl ganze Industrien wie die Beratungslobby für die Institutionen und die monströse Sozialbürokratie als auch eine bunte Fülle von sonstigen Profiteuren und Scharlatanen. Im pluralistischen Wort- und Bildgestöber treten sie alle als „Experten“ auf, sind jedoch konformistisch auf das Islaminteresse festgelegt.

Für weniger Informierte, und das sind in der „Wissensgesellschaft“ die meisten, kann der so oberflächliche wie kuriose Eindruck eines Diskurses mit diversen Meinungen entstehen. Daß es einen solchen längst nicht mehr gibt, läßt sich an zwei einfachen, universalen Maßstäben erkennen: individuell am Bekenntnis zum Moscheebau, ohne das jede höhere Karriere scheitert, und allgemein an der Erosion des Rechtsstaats. Unter politikkulturellem Druck mutieren Muslime von Straf- zu Kulturtätern und Volksverhetzung vom Straf- zum Kulturtatbestand, der weitaus öfter geändert wird als alle Paragraphen des deutschen Strafrechts. Denn imperiales Recht – wie das islamische – dominiert und bricht staatliches Recht, weil es „im Prinzip keinen Gleichen neben sich anerkennt“ (*Herfried Münkler*).

Indem die Eliten zur Volksverhetzung machen, was im Interesse des Volkes liegt, treiben sie den islamischen Machtprozeß und dessen antisemitischen Dominanzanspruch voran, der sich mit dem westlichen Globalsozialismus zu einer enormen antizivilisatorischen Kraft verbindet. Welchen konkreten Beitrag der Islam dazu leistet, und welche geistigen und physischen Anstrengungen seine Anhänger auf sich genommen haben, um den jüdischen Teil der jüdisch-christlichen Kultur auszurotten, läßt sich in *Bostoms* „Legacy“ in bedrückenden Details nachlesen. So wie „Mein Kampf“ *Hitlers* Pläne für Deutschland sowie für Juden und Christen offenlegte, so läßt sich eher noch berechtigter, weil auf erweiterter Erfahrung fußend, die Behauptung aufstellen, daß die „Legacy“ das Zukunftsmanifest für Europa bildet, den Teil des Westens, der sich dem Islam in besonderer Weise öffnet. Die „Legacy“ beschreibt, was die Menschen erwartet, wenn die Islameliten den Eurokollegen den Herrschaftsstil diktieren können, zumal sie weder die Mehrheit brauchen, noch ihre Doktrin verändern müssen. Denn ihr Verdrängungskonzept, das die Westelite ohnehin als höchste Kultur lobt, erscheint als genau jenes Machtmodell, aus dem die gleiche Elite vor zwei Jahrhunderten erfolgreich den Christenklerus verdrängte.

Der Angriff auf die Juden ist, wie sich mit dem aktuellen Exodus aus Frankreich und England abzeichnet, seit einigen Jahren im Gange, und der Angriff auf die Christen hat bereits begonnen, als man den „einen Gott“, jenes Retortenidol aus Gott und Allah mixte und sich einen Maulkorb betreffend die Christenverfolgung im Nahen Osten umhängte. Diese Richtung verstärkte sich durch Multiplikatoren wie *Hans Küng*, der als Anwalt der islamischen Gewalt und als verhin-derter Gegenpapst auftritt. Die Islamophilie *Johannes Pauls II.* ist kaum vorwerfbar, weil er persönlich besten Willens und seine theologisch-philosophische Ausbildung esoterisch konnotiert war. So konnten die Tragweite seiner Aussagen eher jene beurteilen, die seinen Werdegang beeinflußten und seine Wahl ermöglichten.

So wie der Gehorsamszwang der Kirche ihre eigene Erosion fördert, so helfen auch die bürokratischen Diensthierarchien, den interkulturellen Imperativ in den Institutionen zu installieren. Ähnliches trifft auf die Unternehmen zu, obwohl sie sich rühmen, ihre Strukturen „verschlankt“ zu haben. Ihre Handlungsbremse kommt aus der Drift von Kompetenzen, die sich in den Konzernen und Banken aus den mittleren Ebenen verflüchtigt und in den Chefetagen konzentriert haben. Ausschlaggebend ist hier allerdings weniger die interne Veränderung, sondern die Suprakompetenz, die sich aus den diversen Institutionen in die Konzerne und Banken verlagert und die Deutungshoheit für die gesamte Gesellschaft bei der Wirtschaft ansiedelt. Politik, Bildung, Information, Recht, Religion sind kaum noch Gegenstände eines demokratischen Diskurses zwischen den Staaten und ihren Menschen, sondern Objekte der „Governance“ und „Excellence“. Sie werden zumeist als „Politikberatung“ von großen Industrie- und Bankstiftungen entwickelt, mit den Organisationen des „informellen Imperiums“ abgestimmt, in den Ministerien in die Gesetzestexte eingebaut, für Laien unerkennbar durch Fraktionen und Parlament geschleust und am Volk vorbei verbindlich installiert.

Daß die Wirtschaft inzwischen tief in die Führung der Staaten eingreift, zeigte sich in deren Dilemma, die gewaltigen Verluste der Börsenstürze von 2008/09 auffangen zu müssen. Während der Vermögenstransfer vom Jobnomaden und Steuerzahler zum Konzernchef und Topanleger in Billionen ausuferte, mußten die Staaten ihre Verschuldung auf neue Spitzenwerte treiben, was der OIC ebenso neue Chancen eröffnete. Denn sie konnte den imperialen Kulturdruck verstärken, indem ihre Staaten – Saudi-Arabien voran – den Anteil an der Euro-Refinanzierung aufstockten. Den EU-OIC-Eliten obliegt es, ihren Kurs an der finanzkulturellen Börse zu stützen und vor negativen Publikationen vom Kaliber der „Legacy“ zu schützen. Toleranz und wirtschaftliche Vernunft erzwingen den islamisch induzierten Werteverzicht, der mit neuem Antisemitismus einhergeht.

3. Die „Legacy“ – Erbschaft islamischer Judenfeindschaft

Worin besteht nun eigentlich die Bedeutung der *Bostom*-Kompilation? Der Herausgeber, selbst kein Orientalist, sondern Mediziner mit akademischer Anbindung, tritt als gebildeter Autodidakt auf, der viele Orientalisten an Euro-Universitäten hinter sich läßt. Dies erstaunt nicht, weil er eben jene Inhalte anbietet, die den „Wissenschaftlern“ des Mainstream teils verboten, teils – zumindest den jüngeren – schlicht unbekannt sind. Da die erlaubte, islamisch korrekte „Forschung“ sich auf Zitierkartelle bzw. Paradiesthemen beschränkt, bietet sie eine kokonartige Mühle, die immer gleiche Aspekte in autistischen Kombinationen mischt – eine natürliche Konsequenz aus der wachsenden Wechselwirkung mit den Auflagen durch „Governance“ und „Excellence“.

Die gesamte Bandbreite der sich historisch entwickelnden Selbstbeschreibung des Islam kommt im real existierenden Wissenskanon nicht mehr vor. Da die Muslime in den Juden den politischen und religiös-endzeitlichen Kombifeind sehen, sind die einschlägigen EU-OIC-UN-Organisationen seit vielen Jahren um einen Dialog-Katechismus bemüht, der die islamische Transformation als einen Vorgang weitgehender Harmonie und Problemlosigkeit erscheinen läßt. Solches erweist sich allerdings als nicht ganz einfach, weil das historische Spektrum islamischer Identität entscheidend von eben jener Judenfeindschaft geprägt ist.

Wäre sie unverhüllt, würde sie als eine zentrale und dabei ungemein aggressive Konstante das Islamprojekt im Westen akut in Frage stellen. Mehr noch als die Christen betreffend müssen die Eliten daher um das Judenproblem einen Dialog konstruieren, der zwei Illusionen nährt: Zum einen soll der Eindruck entstehen, daß es sich bei den drei monotheistischen Religionen um Gebilde handelt, die nicht nur auf dem gleichen Gott, sondern auch auf dem gemeinsamen Erzvater *Abraham* beruhen. Zum zweiten muß auf dieser ohnehin schwankenden Basis die Chimäre des sogenannten „Friedensprozesses“ aufrechterhalten werden.

Dies ist noch schwieriger, weil man nicht nur die offensichtlichen religiösen Unterschiede ausblenden, sondern auch erklären muß, wieso sich bei so vielen Gemeinsamkeiten weder der arabische Judenhaß in der Region, noch der anti-westliche Muslimtrend und Antijudaismus in Europa besänftigen lassen.

Hinzu kommt die besondere Haßqualität, die tagtäglich aus den islamischen Medien quillt. Der Euro-„Dialog“ scheint das Problem zu lösen, indem er sich mit der Islamideologie verähnlicht. So wie früher den Kolonialismus, werfen die Eliten der jüdisch-christlichen Kultur heute Gewalt und Antisemitismus vor. In Deutschland sind Parteien, Stiftungen, Universitäten, ganz zu schweigen von der Bundesanstalt für politische Bildung, von islamischen Agitpropkademern kaum zu unterscheiden. Das schließt vereinzelte, gegenläufige Aussagen ein, weil das Machtkonzept, dem Mühlespiel nicht unähnlich, von der Ambivalenz lebt.

In dieses Getriebe wirft die „Legacy“ den Sand des islamischen Wissens, das die Gefahr des westlichen Abweichertums verstärkt. Durch Gliederung und Inhalt macht das Werk rasch deutlich, daß es um etwas ganz anderes geht, als die offiziellen Sprachregelungen glauben machen wollen. Herausgeber *Bostom* präsentiert das Judentum im Islam in über 70 Beiträgen, die zahlenmäßig zu je etwa der Hälfte von muslimischen bzw. nichtmuslimischen Autoren kommen und erstere zwei Drittel des Volumens ausmachen. Ihre Aussagen, bei *Bostom* „antijüdische Motive“, gliedern sich in Koran (2), *Muhammad*-Tradition (2) und *Muhammad*-Biographie (10) sowie zwei große Abschnitte mit Kommentaren aus klassischer Islamzeit (10) und Moderne (10). Nichtmuslimische Autoren bilden zwei Sektoren, die Artikel über diverse Themen von der Frühzeit bis in die Gegenwart (25) bzw. Dokumente und Augenzeugenberichte umfassen (9).

Bostom erscheint selbst als Autor, u.a. einer umfangreichen Einführung, in der er auf die Inhalte der Artikel eingeht und prozeßhafte Aspekte – die Aneignung von Vermögen und Land, die Erosion der jüdischen Stellung durch *Muhammad*, die historische Repression etc. – vorstellt. In diesem Kontext steht die Relation Judentum-Islam unter verschiedensten Einflüssen, deren Mehrzahl wirksamer und unbekannter ist als z.B. die vom Islam konservierten Christenklischees vom Gottes- und Ritualmord. Ungemein detailreich, konzentriert sich die Einführung – fast 200 Seiten stark – zeitlich auf die Moderne und räumlich auf Nordafrika, wird aber ihrer Aufgabe gerecht, indem sie einen repräsentativen Querschnitt aus dem Gesamtwerk anbietet und dem Leser Interesse Anregungen gibt, in den jeweiligen Artikeln bzw. zitierten Quellen detaillierter nachzulesen.

Durch die Querschnittsmethode vermittelt die „Legacy“ die schnelle Erkenntnis, daß der Judenhaß – eher noch als die Christenfeindschaft – eine heilige Pflicht darstellt, die dem Islam sakramental eingewurzelt ist. Ob Spätantike, Mittelalter, Neuzeit oder Moderne – zu allen Zeiten und in allen Regionen des Islam sind Stimmen laut geworden und Zeugnisse entstanden, die in vergleichbarer Weise eine immer wieder ähnliche Haltung der Abwertung und Verachtung der Juden bzw. die Bereitschaft zu ihrer Unterdrückung und Vernichtung deutlich machen.

Kein Zweifel: Was Judenfeindschaft betrifft, brauchen sich die Muslime hinter den Europäern nicht zu verstecken – weder hinter den Christen, noch hinter den Aufklärern. Der westliche Mainstream führt als Gegenbeispiel oft die Schoah an, was lediglich den interkulturellen Antisemitismus relativiert. Auch Stichproben aus der „Legacy“ sind wenig sinnvoll, weil fast alle Inhalte Gewalt implizieren. So sind es keine Platzgründe, wenn wir uns abschließend auf das Schicksal einer

jüdischen Märtyrerin beschränken, das auch *Bostoms* Sammlung einleitet. Die Monotonie der islamischen Judenfeindschaft erspart weitere Differenzierung.

In jedem Falle belegen die umfangreichen Originalquellen der Islamliteratur, die in *Bostoms* „Legacy“ versammelt sind, einen antijüdischen Rassismus, dessen historische Kontinuität keine Parallele hat. Europas Judengeschichte ist dagegen von Wechseln geprägt zwischen unterschiedlich schweren Pogromen und Vertreibungen sowie langen Phasen relativer Ruhe, die mit der Aufklärung in regionale Emanzipationen übergingen. Zwar gibt es einen enzyklopädischen Antisemitismus in der europäischen Geistesgeschichte, doch fehlt bei aller Grundierung durch „Christentum“ und deutschen „Idealismus“ eine kohärente Qualität, die mit dem genetischen Kaliber der „Legacy“ vergleichbar wäre.

Umso willkommener ist den frustrierten europäischen Antisemiten die neue Geistesheimat, die ihnen die globalsozialistische Interkultur bietet. Dabei spielt die „Legacy“ eine zwiespältige Rolle. Offiziell muß sie verschwiegen werden, inoffiziell liefert sie den Stoff, aus dem der neue Antisemitismus kommt. Schon auf Anhieb präsentieren sich alle wichtigen Autoritäten: Muslimbruder-Ikone *Sayyed Qutb*, Ägypten-Mufti *Muhammad Tantawi*, Fatwa-Imam *Yusuf al-Qaradhawi* und Palästina-Imam *Salah al-Khalidi*. Sie alle beziehen sich auf den Koran, die kanonischen Hadith-Sammlungen und Orthodoxiesäule *Ibn Taymiya*. Da sie alle Gewährsleute des aktuellen Islam sind, dokumentieren ihre Bezüge die unveränderte Glaubensbasis des Judenhasses, die in *Muhammad* grundgelegt ist und über viele Generationen von Islamgelehrten – weit mehr als die hier genannten, in der „Legacy“ detailliert vorgestellt – in die Gegenwart führt.

Dabei setzte sich eine uniforme, machtorientierte Auslegung der chronischen Vieldeutigkeit des Korans durch. Der Theologe und Koranexeget *Al-Suyuti* (gest. 1505) entkräftete (abrogierte) alle für Juden und Christen günstige Aussagen, ein Diktat, das der Traditionarier *Ibn Hadjar al-Asqalani* (gest. 1460) ein halbes Jahrhundert zuvor für die Frauen verkündet hatte. Ein halbes Jahrtausend später stellt Palästina-Imam *Al-Khalidi* nach gleichem Muster einen Katalog jüdischer Merkmale zusammen, welcher der islamischen Judendiskussion ein ebenso überzeitliches Siegel aufdrückt. Dieses bewährte Verfahren steht stellvertretend auch für die gesamte „Legacy“-Kollektion. Es schließt nicht nur an *Muhammad*, Koran und Hadith an, sondern faßt mit antijüdischen Archetypen die „Legacy“-Berichte über politreligiöse Motive und historische Situationen sowie die Kommentare zu vielfältigen Einzelaspekten islamisch korrekt zusammen.

Al-Khalidis Aussagen, wenngleich etwas palästinensisch überzeichnet, stehen keineswegs allein, sondern im Einklang mit *Tantawi*, *Qaradhawi* und früheren Autoritäten. Zunächst bestätigt er den oben erwähnten metaphysischen Rahmen der unübersteigbaren Vorzeitigkeit des Islam. Dem zufolge haben die Juden den muslimischen Vorfahren nicht nur das Land Israel, sondern auch den Propheten Moses geraubt. Da für all das der Koran die unerschaffene Grundlage bildet, muß die Bibel ein von Anbeginn gefälschtes Werk sein, dessen geschichtliche Abschnitte eine besonders perfide Methode darstellen, dem Islam als Vater aller monotheistischen Religionen die gerechte Legitimation abzuschneiden. Auf dieser Basis erscheinen die Juden als ein von Grund auf glaubenloses Volk von

illegitimen Besitzern, die berechtigt von den Römern und noch berechtigter von Muhammad vertrieben wurden. Da sie mit Israel nichts zu tun hätten, sei die Rückgabe des Landes an die Palästinenser ein Akt überfälliger Gerechtigkeit.

Hierzu drängt vor allem der Merkmalskatalog, in dem sich eine mehr als tausendjährige antijüdische Diffamierungsgeschichte spiegelt. Danach leisten die Juden, obwohl glaubenlose, unzüchtige, feige, gierige, listige, heuchlerische, verleumderische und betrügerische „Wanderer“, feindseligen und gezielten Widerstand zugleich gegen nicht immer klare, vorwiegend freilich islamische Rechts- und Glaubensvorschriften. Darin eingeschlossen ist ihr wiederholter Ungehorsam gegen die Propheten, allen voran den *Muhammad*-Vorläufer Jesus, den sie sogar töteten. All diese Kennzeichen und Eigenschaften verdichteten sich zu einem übergeschichtlichen Defektstatus, der die Juden, über die Ekelbilder der Affen und Schweine zudem ins Untermenschliche verschoben, unter der „gerechten“ islamischen Herrschaft grundsätzlich disponibel machte.

Was im Westen kaum verstanden wird und auch immer weniger verstanden werden soll, besteht im wurzelhaft verankerten Rassismus dieser Ideologie. Sie sieht im Judentum eine verfehlt, weil unheilbar depravierte, psychisch kranke, ethisch korrumpierte, sexuell pervertierte, biologisch deformierte Existenzform, die sich allen, insbesondere islamischen Wertvorstellungen widersetzt. Daß sie geradezu nach ihrer Beseitigung verlangt, ergibt sich aus ihrem Defektstatus, der zwar als von Allah gesandtes Schicksal zu Dienstzwecken genutzt wird, immer aber auch als zeitlos islamwidriges, eher diabolisches Antikonzept zu sehen ist, das unter Allahs ewigem Fluch steht. Alle Juden, ob antik oder modern, waren und sind genetisch depraviert und somit nicht mit Menschen, zumindest nicht der muslimischen Art, vergleichbar. Darum müsse man nicht nur die Dhimma, die vertragliche Unterdrückung, sondern auch die Räumung Israels konsequent betreiben, andernfalls ein Dauerverstoß gegen Allahs Gesetz vorliege.

Es sei die ungeheure, jede Vorstellung übersteigende Konzentration negativer Eigenschaften, die sich in allen jüdischen Personen finde und sie zu ständig tickenden Zeitbomben mache. Aus dieser paranoiden Sicht steigert sich das Judentum auf kollektiver Ebene zu einem metahistorischen „Krebsgeschwür“, das sich zur „Weltverschwörung“ gegen die islamische Umma, wenn nicht die gesamte Menschheit aufbläht. Offenbar fließen hier deutliche Elemente des Euro-Antisemitismus, z.B. der „Protokolle der Weisen von Zion“ ein, welche die muslimische Judenfeindschaft jedoch zu keiner Zeit brauchte. Wie die Fülle der „Legacy“-Berichte zeigt, gehört sie zu jenen hehren Pflichten, die auf einer breiten Kette der besten Islamexegeten bis hin zum Verkünder selbst fußt. Ihr nach bestem Wissen und Gewissen nachzueifern, formt den korrekten Muslim nicht nur heute, sondern hat ihn seit *Muhammad* kulturgenetisch geformt.

Bei noch genauerem Hinsehen bedarf es keiner Mühe, diese Ideologie, die „den Juden“ zu einem brennglasartigen Feindbildfokus macht, als psychologische Projektion zu orten. Interessant ist die gebetsmühlenhafte Wahrnehmung des Judentums als wuchernde, geizende, hurende Gemeinschaft, die Lügner, Neider, Täuscher, Spötter, Fälscher, Verräter etc. umfaßt, aber auch geniale Köpfe der Wissenschaft hervorbringt, die man als Sonderform von „Idiotentum“ sehen soll.

Denn wie es heißt, liege hier eine doppelte Spaltung vor: die innere zwischen Wissenschaft und Betrug, denn auch jüdische Forschung sei mehr als Täuschung und Fälschung, und der äußere Kontrast zwischen der anerkannten Intelligenz und dem *Verzicht auf Weltveränderung*. Hier kommt die Projektion massiv zum Vorschein, denn genau dieser Verzicht ist oberstes Anathema des Islam.

Indem sie das Bild des Juden zwischen den extremen Polen des Teufels und Idioten aufspannt, läßt die islamische Ideologie ein Feindbild erstehen, das sich von der nahen Gegenwart profaner Gewalt bis in die Ferne des eschatologischen Endgerichts ausdehnt. So wie Allah den Mann als seinen Stellvertreter in der Beherrschung der Frau eingesetzt hat, so obliegt diesem die Verwirklichung des Endgerichts auf Erden, soweit Allahs Fluch es vorzeichnet. Seien es Juden, Christen, Heiden, zu denen auch die Homosexuellen gehören – sie alle fallen unter das Verdikt, das Allah über den Unglauben verhängt hat, wobei es in dieser Welt zu vollstrecken ist, sobald sich die Umstände günstig gestalten.

Davon kann nun umso mehr die Rede sein, je weiter der globalsozialistische Fortschritt die Altkultur Europas verdrängt und Raum für die Islamexpansion schafft, ähnlich dem „Lebensraum“, den *Hitler* einst im Osten schaffen wollte. Indem der „Führer“ nach den Juden die Liquidierung der Christen – Katholiken voran – plante, kopierte er die islamische Ideologie, weil ihre Parallelität auch ähnliche Handlungen und Aussagen erzwingt. So ist es kein Zufall, wenn *Hitler* seine „neue Bewegung“ gegen das „biblische Konzept des Humanen“ (*Hermann Rauschning*) und gegen die jüdisch-christliche Zivilisation positionierte: „Die Geschichte wird unsere Bewegung als die große Schlacht für die Befreiung der Menschheit vom *Fluche des Berges Sinai* erkennen ... Wir kämpfen gegen den Fluch der sogenannten Moral, *gegen die Zehn Gebote*“ (Hervorh. v. Verf.). So erlangt *Andrew Bostoms* „Legacy“ erweiterte Bedeutung als Leitfaden für den Islamimpuls in der Antikultur eines neuen Antisemitismus in Europa.

Wenn Papst *Benedikt* dagegen den Dialog mit den Juden führt über den „Gott, der am Sinai gesprochen hat“, und reflexhaften Haß auslöst, so bestätigt sich der Globalsozialismus, dessen Ideologen jener Antikultur auf hitleristischer Basis das Wort reden. Hier gibt es den Menschen nicht als Namen, sondern als Masse, eine totalitäre Leerstelle, die quer zum jüdisch-christlichen Gott steht. Daß er jeden Menschen, der ihn erkennt, „bei seinem Namen ruft“, rief *Benedikt* beim Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vaschem im Mai 2009 ins Gedächtnis: „Mögen die Namen der Opfer niemals untergehen.“

In diesem Sinne setzt *Andrew Bostom* seinem Buch die Erinnerung an eine Märtyrerin voran, ein Denkmal für die jüdischen Opfer der islamischen Geschichte, die nicht namenlos bleiben sollen. Die 17jährige *Sol Hachuel* aus Tanger wurde im Jahre 1834 in Fes für ein „Verbrechen“ hingerichtet, von dem sie nichts wußte. Eine Denunziantin hatte behauptet, daß sie zum Islam übergetreten, aber wieder abgefallen sei, nachdem *Sol* die Frage nach ihrem Glauben, ihrer grotesken „Konversion“ nicht gewahr, natürlich mit dem Judentum beantwortete, das sie nie verlassen hatte.

Da auf den Abfall vom Islam die Todesstrafe steht, muslimische Aussagen gegenüber den „Dhimmiyun“ (Juden und Christen) doppeltes Gewicht haben, und Denunziationen verbreitet sind, nahmen die Dinge ihren tödlichen Lauf.

Aus ihrer Lage hätte sie nur der konkrete, ihr mehrfach angetragene Übertritt befreien können. Den lehnte sie ebenso oft mit dem Hinweis auf ihren Gott ab, der auf Lügen nicht angewiesen sei, womit zwar ihr Schicksal besiegelt, nicht jedoch ihr Geist besiegt war. Die Jüdin begegnete dem erzürnten Richter nicht mit Demut, sondern mit aufreizender Gelassenheit: „Deine Empörung und der Ärger deines Propheten erheitern mich, denn weder er noch du waren in der Lage, eine schwache Frau zu überwinden! Offensichtlich ist der Himmel nicht so verheißungsvoll, um die Menschen von eurem Glauben zu überzeugen ... Ich (jedenfalls) bin als Jüdin geboren, und als Jüdin werde ich sterben.“

So fanatisch die muslimische Masse die Enthauptung der *Sol Hachuel* feierte, so still begruben Familie und Gemeinde ihre heilige Märtyrerin auf dem jüdischen Friedhof von Fes. Die Szene ihrer Exekution hielt ein französischer Maler 1860 in einem Gemälde fest, dessen Kopie nun auf dem Umschlagbild der „Legacy of Islamic Antisemitism“ erscheint. Indem die Geschichte immer wieder Opfer hervorbringt, deren Geist die Henker überlebt, hält sie das Gewissen wach, das die Juden bei der Macht so verhaßt macht. Ihrem Feind *Fichte* zufolge vertreten sie das „entgegengesetzte System“, das im Wissen um Machtgrenzen besteht – sowohl, wie ihr Freund *Schelling* betont, in der Herrschaft als auch im Tod.

Dr. Hans-Peter Raddatz, Orientalist, Volkswirt und Systemanalytiker, ist Ko-Autor der „Encyclopaedia of Islam“ und Autor zahlreicher Bücher über den Islam.

Heinrich Pompey,

Spiritualität der Caritas

Zu einem Buch von Paul Josef Kardinal Cordes

Die vorliegende Publikation von *Paul Josef Kardinal Cordes* umfaßt grundlegende Beiträge verschiedener Autoren zum christlichen Profil der caritativen Diakonie der Kirche. Aus unterschiedlicher Perspektive werden Kontext und Optionen der leitenden Spiritualität, wie sie durch die Enzyklika *Deus caritas est* von *Benedikt XVI.* neu angestoßen wurde, reflektiert und weitergeführt:

Paul Josef Kardinal Cordes, Helfer fallen nicht vom Himmel – Caritas und Spiritualität. Herder, Freiburg 2008

Die orientierende Ansprache *Benedikt XVI.* anläßlich der Verkündigung seiner Enzyklika *Deus caritas est* 2006 sowie die einleitenden Ausführungen von Kardinal *Cordes* gewichten die zentralen Aspekte einer heute unumgänglichen Caritasspiritualität, so die Unaufgebarkeit der caritativen Sendung der Kirche (11ff), die ganzheitliche Zuwendung zu den Leidenden (16ff), die Grenzen einer vorwiegend fachlich organisierten Hilfepraxis (13f) etc.

In seiner Ansprache weist *Benedikt XVI.* auf das zentrale Anliegen seiner Enzyklika hin: „die Menschlichkeit des Glaubens“ aufzuzeigen, „zu dem der Eros gehört“ (20). „Die christliche Agape“ schiebt nicht den Eros beiseite, sondern „hat in dem Opfer, das Christus für den Menschen erbracht hat, eine neue Dimension gefunden, die sich in der Geschichte der barmherzigen Hinwendung der Christen zu den Armen und Leidenden immer mehr entfaltet hat“ (20). Theologische Theorie und karitative Praxis gehören zusammen, bilden in seiner Enzyklika eine Einheit. Ebenso darf der persönliche Akt der Agape „niemals eine rein individuelle Angelegenheit bleiben“, sondern muß zu einem „wesentlichen Akt der Kirche als Gemeinschaft werden“ (21). Zudem hat die konkrete Hilfe der Caritas „den lebendigen Gott“ sichtbar zu machen. Darum dürfen „Gott und Christus ... in der karitativen Organisation keine Fremdworte sein“ (22); denn caritatives Engagement „geht weit über bloße Philanthropie hinaus“ (22). Damit formuliert der Papst in seinem Buchbeitrag klare Optionen für die spirituelle Grundlegung der Caritas.

Mit seiner Untersuchung der geistesgeschichtlichen Determinanten des Glaubens und damit der kirchlichen Caritas (23ff) verdeutlicht *Cordes* verschiedene gesellschaftliche Abwehrkräfte christlicher Nächstenliebepraxis. Ergänzend weist er demgegenüber aber auch auf neue religionsfreundliche Rückbesinnungen hin, die der geistlichen Vertiefung des Kampfes gegen Elend und Not entgegenkommen. *Udo Di Fabio* (41ff) greift indirekt seine Einschätzung der Gesellschaft auf und stellt heraus, „daß die Kirche dann Hilfe den Menschen am besten leistet, wenn sie es als Kirche tut und ihren Glauben und ihre Werte dabei nicht ver-

steckt“ (48). Dafür Sorge zu tragen, kommt nach seiner Einschätzung dem päpstlichen Rat COR UNUM als besondere Verpflichtung zu (42ff.).

Ausgehend von diesem Hintergrund vertieft Kardinal *Cordes* in einem weiteren Kapitel biblisch-theologisch zentrale Aussagen der Enzyklika *Deus caritas est* (56ff) und belegt den ursprünglichen Zusammenhang von Verkündigung und helfender Zuwendung (75f). *Alexander Smolczyk* (93ff) verdeutlicht und konkretisiert diese Option für heute an einigen Beispielen konkreter Caritas der Weltkirche.

Im nachfolgenden Kapitel greift Kardinal *Cordes* den Begründungszusammenhang für eine spirituelle Ausrichtung der kirchlichen Caritas wieder auf und fokussiert von Theorie und Praxis ausgehend die Ziele der Caritas im Blick auf ihre Akteure (123). Ohne bei seiner spirituellen Akzentsetzung die ungerechten Lebensbedingungen der Menschen in Armut und Ausgrenzung zu übersehen bzw. ihre Ursächlichkeit für das Elend der Welt herzuheben (123f). Im Kapitel zum Paradigmenwechsel betont der Kardinal zwar die Unumgänglichkeit und Notwendigkeit des eigenen Profils, zollt in dem Zusammenhang jedoch auch der „neuen humanitären Sensibilität“ (125f) seinen hohen Respekt, sei es bezüglich der allgemeinen Förderung einer neuen Kultur der Zivilgesellschaft, des Engagements der NGO's bis zum Mäzenatentum großer Firmen.

Im Hinblick auf das unaufgebbare caritative Engagement der Kirche für die leidenden Menschen – vor allem im Miteinander von Staat und Kirche – wird in Anlehnung an die Lehrtradition der Kirche hervorgehoben: „Welt- und Heilsgeschichte durchdringen einander fortwährend“ (127). Kirche „kann sich nicht manichäisch ins ‚Jenseits‘ verflüchtigen“ (128). Kirche hat ihren Beitrag zum Gelingen des Lebens zu leisten (128); denn nicht nur die Not der Menschen sondern auch die Liebe Christi drängt uns (2Kor 5,14) (129). Die Enzyklika *Deus caritas est* fokussiert für Kardinal *Cordes* die grundlegenden Quellen und Optionen christlich-humaner Caritas (131). Jesu „Verkündigung ist ohne den Menschen zu vergessen, eindringlich theozentrisch“ (132), hebt *Cordes* gegenüber einem rein anthropozentrischen Verständnis der Caritas hervor.

Praktisch-theologisch ist es Kardinal *Cordes* ein weiteres wichtiges Anliegen, die besondere Relevanz caritastheologischer Inspirationen gegenüber den orientierenden Möglichkeiten der Christlichen Soziallehre als ergänzendes und als selbständiges theologisch begründetes Element herauszustellen (132ff). Neben ökonomischen und politischen Unordnungen und Ungerechtigkeiten erweisen sich auch theologische und zwischenmenschliche Defizite als Ursachen für das Elend der Welt (135). Die Christliche Soziallehre optiert normativ, während die Caritastheologie – z. B. in der Weise der Enzyklika *Deus caritas est* – spirituell motiviert (137). Beides schließt sich nicht aus, sondern bildet eine Einheit. Die Botschaft Jesu Christi zwingt uns, „den Imperativ des Einsatzes immer am Indikativ des Glaubens festzumachen“ (140). Dies läßt sich normativ nicht verordnen, sondern nur katechetisch erschließen und vermitteln.

Ein Blick auf die deutschen Leitbilder der Caritasverbände und ihrer Fachverbände zeigt, wie wichtig diese Herausstellung der Caritasspiritualität ist. Die

meisten Leitbilder nehmen zwar Bezug auf normative Aspekte der Christlichen Soziallehre, aber nicht auf die spirituelle caritastheologische Prägung ihres Profils im Sinne der Enzyklika *Deus caritas est*. Um der Caritas wieder einen spirituellen Tiefgang zu verleihen, nimmt Papst *Benedikt XVI.* – nach *Cordes* – einen Paradigmenwechsel vor, ohne die bewährte christlich-soziale Praxisgestaltung zu relativieren bzw. zu annullieren. „Angesichts einer gewandelten Welt muß zu Programmen und Projekten ein Zweites kommen: Die Personen, die im Namen der Kirche Zeugnis geben von der Liebe Gottes, sind vom Glauben her zu formen und zu prägen“ (141). Müßte er caritastheologisch nicht sogar sagen: zuerst kommt die Person, d. h. ihre personale Zuwendung, und dann ihre materielle Hilfe; denn wenn die Kirche bzw. der einzelne Christ „*noch so viel Geld, ja die ganze Habe Armen geben würde, und hätten aber die Liebe nicht, so nützt dies nichts*“ (vgl. 1. Kor. 13,3). Eine entsprechende Sensibilisierung hat in der Ausbildung für den caritativen Dienst der Kirche seinen Niederschlag zu finden (141).

Im Kapitel „Gesetzeslücke (142ff) greift Kardinal *Cordes* – ebenfalls mit einem gewissen Rückgriff auf *Benedikt XVI.* – ein unerwartetes Defizit des kanonischen Rechts auf, z. B. daß die Verantwortung des Bischofs für den caritativen Dienst nur marginal erwähnt wird (CIC 394). *Cordes* referiert, wie *Benedikt XVI.* dieses Defizit mit Hilfe der Hl. Schrift und der Zeugnisse der frühen Kirche behutsam zu modifizieren versucht, dem fügt *Cordes* noch weitere Belege hinzu. Selbst das II. Vatikanische Konzil stellt nicht deutlich genug die Verantwortung des Bischofs und damit der Kirche im Blick auf die Caritas heraus (147), wie *Cordes* kritisch bemerkt.

Mit seinen Ausführungen versucht er – in Anlehnung an die Enzyklika *Deus caritas est* – die Verantwortung des Bischofs zu akzentuieren und diese Aufgabe seinen bischöflichen Mitbrüdern deutlich bewußt zu machen (149f). *Cordes* schließt die Analyse dieses Kapitels mit konkreten Forderungen an eine Neuformulierung des Can 394. Dies sei unumgänglich für die institutionelle Sicherung des spezifischen Profils der Caritas der Kirche (151).

Werden von Kardinal *Cordes* Konsequenzen aus dem besonderen Selbstverständnis kirchlicher Caritas für den Verantwortungsbereich der Weltkirche aufgezeigt, so folgen nun zwei Beiträge zu praxisrelevanten Herausforderungen bzgl. einer Sicherung des spirituellen Profils der deutschen Caritas. Zwei deutsche Autoren *Karl Kardinal Lehmann* und der Psychologe *Manfred Lütz* nehmen unterschiedliche Aspekte der weltweit einmaligen Praxis der deutschen Caritas in den Blick. Das große internationale Ansehen der deutschen Caritas schenkt ihr – angesichts der außerordentlich hohen Professionalität ihrer sozialen und medizinischen Dienstleistungen, der über hundertjährigen Erfahrungsgeschichte im deutschen Staat, der im Vergleich zur Weltkirche einmaligen Zahl von hauptamtlichen Mitarbeitern von fast 500.000 – eine große internationale Reputation und verleiht ihr so eine richtungweisende Bedeutung.

Kardinal *Lehmann* greift vor allem den spezifisch deutschen Dritten Weg der Regelung von Arbeitsverhältnissen auf. Insbesondere das darin abgesicherte Faktum der „Dienstgemeinschaft kennzeichnet ... die Eigenart des kirchlichen

Dienstes“ (159), d. h. der „Zusammenschluß von Dienstgebern und Mitarbeitern in kirchlichen Einrichtungen“ (159f). Auf diese Weise wird der „Dienst Jesu Christi in und an der Welt repräsentiert“ (160). Daraus leitet *Lehmann* wiederum ab, „daß mit dem fachlich qualifizierten Dienst die christliche Spiritualität ... unlösbar verbunden sein muß“ (160f). Die Gefährdungen der Besonderheiten des dritten Weges sieht er vor allem angesichts des derzeitigen ökonomischen Drucks (163) und formuliert aufgrund dieser Sorge einige Impulse für die Weiterentwicklung des 3. Weges (167).

Profilverlust

Demgegenüber zeigt die Einschätzung von *Lütz* (173ff) innere, strukturelle Gefährdungen des besonderen Profils der Caritas in Deutschland und daraus resultierender Konsequenzen auf. Ausgehend von dem gigantischen Wachstum der verbandlichen Fachcaritas im vergangenen Jahrhundert auf der einen Seite und dem fast zeitgleichen radikalen Rückgang der Ordensmitarbeiter in den caritativen Einrichtungen wie der fehlenden spirituellen Prägung der an die Stelle der Ordensleute getretenen Laienmitarbeiter, stellt er – ohne Schuldzuweisungen – einen christlich-humanen Profilverlust fest. Die ökonomischen Zwänge, die Verkürzung der Zeiten für die Patientenzuwendung bei Ärzten und Pflegepersonal, die fehlende christliche Sozialisation vieler Mitarbeiter der Caritas etc. trugen dazu bei.

Verständlicherweise sieht er in einer Anpassung an die Zeitläufe, also Abbau des christlich-humanen und spirituell verankerten Profils der Caritas, keine Lösung. „Der Prozeß der Herunterschraubung kirchlicher Anforderungen unter gleichzeitiger uneingeschränkter Aufrechterhaltung der im 19. Jahrhundert aufgebauten gewaltigen Institutionen kirchlicher Caritas ist definitiv in die Sackgasse geraten. Eine Neubesinnung und vor allem eine neue strategische Ausrichtung kirchlicher Caritasinstitutionen ist dringend erforderlich.“ (182). Die Konsequenz ist klar, entweder die Ansprüche an das eigene Profil zu minimieren oder die Institutionen zu reduzieren bzw. zu modifizieren. Das bedeutet für *Lütz* den Schwerpunkt der deutschen Caritas, d. h. Hauptträger von sozialen wie medizinischen Facheinrichtungen und Fachdiensten in Deutschland zu sein, auf eine lebensraumnahe Caritas, d. h. auf die Gemeindeebene zu verlagern (185ff). Also im wesentlichen ein zivilgesellschaftliches soziales Engagement zu praktizieren, d. h. vorrangig die ehrenamtlichen Begleitungs- und Unterstützungsdienste für Behinderte, Alte, Ausgegrenzte, Arbeitslose, Kranke etc. durch die Pfarreien zu fokussieren und die Fachdienste auf ihre subsidiäre Funktion zur fachlichen Stützung der caritativen Diakonie der Gemeinde zu beschränken.

Zu Recht merkt er provokativ an: Man kann „bezweifeln, ob es bei schwindenden Katholikenzahlen unbedingt noch eine ‚katholische Herzoperation‘ geben muß. Gerade die ‚Erfolgsmedizin‘ ist nicht unbedingt kirchliche Aufgabe, sondern eher die ‚Mißerfolgsmedizin‘, das heißt die menschliche Sorge um unheilbar Kranke, die einsam und mit Schmerzen leben. Je mehr technisch die Tätigkeit also ist, desto weniger ist sie Aufgabe kirchlicher Caritas“ (196). So könnte

die Kirche ihre Krankenhäuser an weltliche Träger abgeben, bei denen die Kirche lediglich einige Anteile behält,¹ z. B. an Einrichtungsträger, die kirchliche Prinzipien beachten, jedoch an die Mitarbeiter keine spirituellen Forderungen stellen, die diese nicht leisten können und wollen. Diese Einrichtungen repräsentieren folglich nicht die Caritas der Kirche und sind somit nicht Teil der caritativen Verkündigung der Kirche.

Der Vorrang der Gemeindecaritas vor der Facheinrichtungscaritas ist in der Weltkirche nicht neu. Er entspricht der heute in romanischen Ländern im wesentlichen gelebten Caritaspraxis. Kommt in Deutschland auf einen Hauptamtlichen vielleicht ein Ehrenamtlicher, so ist demgegenüber z. B. das Verhältnis in Spanien 1 zu 15. Dort versteht sich der hauptamtliche Sozialpädagoge subsidiär, d. h. als animateur, als Supervisor und als fachlicher Helfer und Organisator der caritativ engagierten Gemeindeglieder. Dieses Hilfeverständnis sollte auch – wie *Lütz* für die deutsche Caritas feststellt (193) – zum vorrangigen Selbstverständnis eines Mitarbeiters der Caritas in Deutschland werden.

Systemisch ausgedrückt, greift *Lütz* bei seinem Lösungsversuch – angesichts der spirituellen Entkernung der deutschen Caritas – auf den Modus einer Problembewältigung 2. Ordnung zurück, d. h. er versucht eine Lösung des Dilemmas außerhalb des praktizierten Systems. Er bleibt nicht, wie andere Autoren bei einer Lösung 1. Ordnung stecken, die mehr oder weniger am alten System herumkurieren. Doch muß bezweifelt werden, ob die Verantwortlichen der Caritas der deutschen Kirche – Bischöfe wie Caritasdirektoren – für diesen qualitativen Sprung den erforderlichen Mut zur Umorientierung und Umorganisation aufbringen; denn diese Systemveränderung wird möglicherweise einen politischen Machtverlust der Kirche in Deutschland nach sich ziehen, wenn auch umgekehrt das menschliche Gesicht und damit die Glaubwürdigkeit der Kirche durch diese Neuausrichtung für die Menschen deutlicher würden.

So hat der Vf. sicher recht, wenn er sagt: „Es ist derzeit fast niemand zu erkennen, der die nötige Einsicht und zugleich die nötige Macht hat, die erforderlichen Reformen durchzuführen“ (183). So ist es – bereits vor 10 Jahren – fast gleichen inhaltlichen Überlegungen ergangen, als sich der drohende Verlust des christlichen Profils und der spezifischen Sendung der Caritas in Deutschland und die Umwandlung der Krankenhäuser als soziale Einrichtungen in Wirtschaftsunternehmen in Folge der deutschen Krankenhausgesetzgebung der 90iger Jahre bereits abzeichnete.² Nicht von ungefähr zählt bei den meisten Caritasverbänden der Welt der Krankhausbereich nicht zu ihrem Dienstleistungsspektrum.

Insgesamt dokumentiert und unterstützt das vorliegende Buch das eindrucksvolle Engagement von *Paul Josef Kardinal Cordes*, dem caritativen Dienst der Kirche ein erkennbares und für die Leidenden menschlich spürbares Profil zu verleihen. Seine Beiträge zeigen auf, wie das Christliche das Humane radikalisiert (vgl. *Rahner*), sei es daß das Humane stärker und zwar christlich verwurzelt und zugleich auch radikaler formuliert wird. Dies geschieht nicht zum Selbstzweck der Kirche sondern dient dem Wohl der leidenden Menschen. Selbstverständlich werden nur einige Problemfelder im Zusammenhang mit der Profilfrage untersucht, manches bleibt offen wie z. B. die Mitwirkung von Nichtgläubigen an der

caritativen Verkündigung der Kirche, die Sicherung des spezifisch caritativen Profils bei Kooperationen mit Nicht-kirchlichen Organisationen etc. oder wird nur kurz erwähnt, wie die caritastheologische Ausbildung der Mitarbeiter der Caritas. Andererseits korrespondieren die einzelnen Beiträge zumeist gut miteinander und zeichnen sich fast alle durch interessante Inspirationen zur Profilierung der christlichen Caritas aus, auch wenn die meisten Beiträge nicht den Anspruch erheben, hinsichtlich ihrer Optionen wissenschaftlich hinreichend untermauert zu sein. Angesichts der verständlich und plausibel geschriebenen Beiträge des Buches mit dem Anliegen, das spezifisch christlich-humane Profil der caritativen Diakonie der Kirche zum Wohl der leidenden Menschen klar verdeutlicht zu haben, fragt man sich, ob *Franz Müntefering* dieses Buch überhaupt gelesen hat, wenn er bei der Buchpräsentation sagt: „Den Hungrigen ist es egal, muß es egal sein, ob sie eine wertrationale oder eine zweckrationale Schüssel Reis bekommen.“³ Ist diese entmenschlichte Sichtweise des Helfens das Leitbild sozialdemokratischer Wohlfahrtspraxis? Dies würde bedeuten, daß es ausreicht, Getränke- und Essensautomaten aufzustellen, wo die Armen z. B. Nichtseßhafte, Alleinerziehende, Ausländer, Behinderte etc. ohne personalintensive Menschenkontakte ihre Wohlfahrtschips einlösen können.

Diesem rein materialistischen sozialdemokratischen Hilfeverständnis stellt in der Tat die christliche Tradition ein personales Hilfeverständnis gegenüber. Gerade in unseren Ländern hungern arme Menschen oft mehr nach Liebe als nach Brot. Würde Herr *Müntefering* als Sozialdemokrat selbst einmal in einer Suppenküche für Nichtseßhafte arbeiten, dann könnte er erfahren, daß es Armen nicht nur um materielle Unterstützungen geht sondern ebenso um die damit verbundene menschlich verstehende Zuwendung. Genau diese Hilfequalität christlich zu verstärken und zu optimieren, ist Anliegen des vorliegenden Buches.

Anmerkungen

1) Vgl. H. Pompey, Problemlösungsperspektiven am Beispiel stationärer und ambulanter Pflegedienste und -einrichtungen, in: Pompey, Heinrich (Hrsg.), Caritas im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit, Reihe „Studien zur Theologie und Praxis der Caritas und Sozialen Pastoral“, Bd. 9, Echter, Würzburg 1997, 327-401.

2) Ebd. 347ff.

3) Vgl. FAZ v. 2. Juni 2008, S. 37.

Prof. Dr. Heinrich Pompey lehrte Caritaswissenschaft und Christliche Sozialarbeit an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg.

